

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



31. Juli 1982
Jg. 3 Nr. 16

G 7756 D Preis:
2,50



Die Justizminister von Bund und Ländern wollen kurzen Prozeß im Strafprozeß



Rentenstandard: Zur Abwehr drastischer Absenkung bleibt den Gewerkschaften wenig Zeit Seite 8



Deutscher Imperialismus und Zionismus: Wechselhafte Tradition der Zusammenarbeit von der „Lösung der Judenfrage“ zur „Lösung der Palästinenserfrage“ Seite 13



USA: US-Regierung betreibt die höhere Verschuldung der kleinen Farmer Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Justiz: Justizminister planen Umwälzung des Strafverfahrens	Seite 3
Änderungen der Strafprozeßordnung seit 1964	Seite 4
Exekutionsbeschleunigungspläne	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Besoldungsanpassung: Bundesrat lehnt Verschiebung nicht ab — DGB kündigt Protestaktionen an	Seite 7
Tuberkulose: Ausländerkinder besonders bedroht	Seite 7
Rentenstandard: Zur Abwehr drastischer Absenkungen bleibt den Gewerkschaften wenig Zeit	Seite 8
Altenheime: 12 qm Wohnfläche „Hotelatmosphäre“ ..	Seite 9
Fusion Hoesch/Krupp: Subventionen für Kampf um EG-Stahlmarkt	Seite 9
Seerechtskonferenz: BRD sieht „maritimes Versailles“ und droht mit gewaltsamer Revision	Seite 10
Großbritannien: Schwere Niederlage der Lokführer	Seite 11
Golfkrieg: Greift die NATO ein?	Seite 12
Deutscher Imperialismus und Zionismus: Wechselhafte Tradition der Zusammenarbeit von der „Lösung der Judenfrage“ zur „Lösung der Palästinenserfrage“	Seite 13
Auch nach 7 Wochen Krieg hat Israel seine Kriegsziele nicht erreicht. Die PLO ist ungeschlagen	Seite 14
„Wiedergutmachung“ mit und ohne Waffen	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Manteltarif Buchhandel/Verlage Bayern: Die Kapitalisten wollen Verschlechterung der Tarifbestimmungen durchsetzen	Seite 19
Siemens: Produktionssteigerung und Auslagerung	Seite 19
Rheinland-Pfalz: Vogel schließt „Partnerschaft“ mit „ehemaliger deutscher Kolonie“ Ruanda	Seite 20
Uranabbau: Neues Berggesetz erleichtert Abbau	Seite 21
Chemische Industrie: Jetzt auch 40-Stunden-Woche bei Kontischicht	Seite 21
Nordrhein-Westfalen: Änderungen des Abstandserlasses: Bleiwerk neben dem Wohnzimmer	Seite 22
Schwermetallverseuchung in der Eifel	Seite 23

Beamtenrecht: Niedersächsische Disziplinarordnung verschärft	Seite 23
Kammerwahlen: Fortschrittliche Ärzte wollen kandidieren	Seite 23
Audi: Dequalifizierung junger Facharbeiter	Seite 24
Friseurhandwerk: Blockunterricht abgeschafft	Seite 24
Ferien in der Großstadt Hamburg: „Ich bin fast den ganzen Tag auf dem Spielplatz“ Interview mit Jugendlichen	Seite 25
Ferienangebote in Hamburg: Trost für Urlaubsenthaltung?	Seite 26
Stichwort: Urlaubsreisen BRD	Seite 27
Internationale Nachrichten	Seite 28
USA: US-Regierung betreibt die höhere Verschuldung der kleinen Farmer	Seite 29
El Salvador: FMLN-Kräfte seit 1981 verdreifacht	Seite 29
Südafrika: Streiks in der Automobilindustrie	Seite 30
Mauritius: Großbritannien soll Diego Garcia räumen ...	Seite 30
Indien: Textilarbeiterstreik dauert an	Seite 31
Kampuchea: Vietnams Truppenabzug eine Farce	Seite 31
Nigeria: Regierungspläne: Schwierigkeiten beim Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft	Seite 32
Eine Landreform für die Bauernmassen steht noch aus	Seite 33
Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
Medienwerkstatt Freiburg: „S'Weschpenäscht — Die Chronik von Wuhl“ eine parteiliche Videoproduktion ..	Seite 34
Der Kampfkoloß: Ein Action-Film?	Seite 34
Malko im Sudan	Seite 34
Ein Nazi-Verehrer kommt zu Ehren	Seite 35
Arbeiterbewegung und Katholiken: Italien: Gewerkschaftseinheit oder „historischer Kompromiß“	Seite 35
Deutsch-türkische Beziehungen (2): Weimar und Faschisten: Die Plünderungsziele bleiben	Seite 36
„Blut und Ehre“: „Heil Hitler, mein Schatz“ Fernsehserie über Hitlerjugend	Seite 37
Unternehmen: Verwertung des eingesetzten Kapitals ...	Seite 38

Justizminister planen Umwälzung des Strafverfahrens

Auf ihrer 52. Konferenz am 1. und 2. Oktober 1981 starteten die Justizminister der Länder zusammen mit dem Bundesjustizministerium ein Projekt, welches zu einer zu Zeiten parlamentarisch verbrämter Herrschaft des Kapitals in Deutschland bisher nicht dagewesenen Umwälzung des Strafverfahrens führen soll. Die Justizminister hielten es in dem für dieses Projekt gefaßten Beschluß für passend, die ganze Sache als ein Element des Sparprogramms zu deklarieren: „Die Justizminister und -senatoren halten angesichts des ständig steigenden Geschäftsanfalls in weiten Bereichen der Rechts-

Elementen: Alleinige Bestimmung des Gerichts über den Umfang der Beweisaufnahme, Abschaffung des Beweisanzugsrechts des Angeklagten; weitgehende Ersetzung der unmittelbaren Verwertung der Beweismittel in der Verhandlung (Verlesung von Schriftstücken, Vernehmung von Zeugen) durch Verweis auf die Akte bzw. Verlesung von Aussagen; nur noch formelle Angaben im Protokoll, inhaltliche (Inhalt von Aussagen) nur noch nach Ermessen des Vorsitzenden; Urteile brauchen keine konkrete Beweiswürdigung mehr zu beinhalten; nur noch Berufung gegen AG-Urteile, keine Revi-

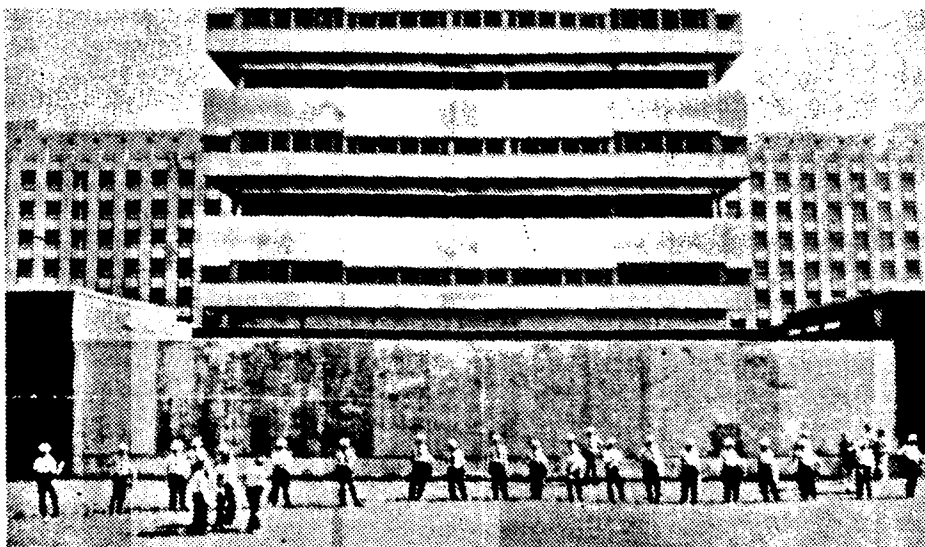
wird, um vor einer hierzu eingeladenen Zuhörerszene politische Erklärungen abzugeben, insbesondere den Rechtsstaat zu verunglimpfen und die Mitglieder des Gerichts als Vertreter dieses Staates zu diffamieren und lächerlich zu machen.“

– „Untersuchungshaft“

Durch diesen Vorschlag soll die bisher bestehende Pflicht zur Entscheidung des Oberlandesgerichts über die Fortdauer der Untersuchungshaft nach sechs Monaten beseitigt werden: Bei „Verzicht von Angeklagtem und Verteidiger“, Verlängerung von sechs auf neun Monate. Ruhen des Fristablaufs bei Terminierung der Hauptverhandlung innerhalb der nächsten zwei Monate. Zusätzlich noch: Wegfall der weiteren Beschwerde (gegen negative Entscheidung der Beschwerdeinstanz) in Haftsachen. Der Vorschlag spekuliert auf Verzichtsbereitschaft bei Angeklagtem und Verteidiger in der Hoffnung auf ein besseres Verhandlungsklima. Während noch in der Gesetzesfassung von 1877 die Dauer der Untersuchungshaft auf eine Woche, bei schweren Delikten maximal 4 Wochen beschränkt war, soll sie so fast beliebig ausgedehnt werden.

– „Einschränkung des Antragsbegründungs-, Frage- und Erklärungsrechts“

Das Justizministerium Baden-Württemberg stellt in seiner Vorlage dazu fest, daß „immer häufiger Strafverfahren ganz erheblich gestört und verzögert werden, weil Angeklagte und insbesondere Verteidiger, ihr prozessuales Recht, Anträge zu begründen, Fragen an Zeugen oder Sachverständige zu stellen und Erklärungen abzugeben, mißbrauchen“, z.B. zur „Abgabe ideologischer Erklärungen“ oder „Angriffen gegen Auskunftspersonen“, womit vor allem Polizeizeugen gemeint sind. Deshalb soll zukünftig der Vorsitzende Richter „berechtigt sein, einem Prozeßbeteiligten nach Abmahnung das Wort zur weiteren Begründung von Anträgen zu entziehen, wenn die Begründung in keinem sachlichen Zusammenhang zum Verfahren steht oder zu einer sachlich nicht gebotenen Verzögerung der Hauptverhandlung führt“. Und weiter: „Unter den gleichen Voraussetzungen soll das Frage- und Erklärungsrecht entzogen werden können“. Die wenigen Rechte des Angeklagten und seiner Verteidigung, sich im Prozeß als Subjekt zu verhalten und



Vollzugsanstalt Köln mit Polizeischutz – Verlängerung der Untersuchungshaft ohne Überprüfung durch das Oberlandesgericht auf 9 Monate geplant.

pflüge Entlastungsmaßnahmen für dringend geboten ... Die Bedeutung des einzelnen Rechtsfalles und der mit seiner Behandlung verbundene Aufwand müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.“

Es wurde der Auftrag erteilt, „bis spätestens Mitte des Jahres 1982“ Gesetzesvorschläge zu erstellen. Bis zum 1. März wurde von Referenten sämtlicher Justizministerien aufgrund „ganz überwiegend von Anregungen aus der“ (namentlich nicht genannten) „Praxis“ eine Arbeitsunterlage von 300 Seiten in aller Heimlichkeit erstellt, die auf Änderung der Strafprozeßordnung in 17 Komplexen zielt, insbesondere in folgenden Komplexen:

– „Vereinfachung bei den Rechtsmitteln gegen Urteile“

Hinter dieser Überschrift verbirgt sich die Absicht einer völligen Umgestaltung des Verfahrens vor den Amtsgerichten, wo 98% aller Strafsachen verhandelt werden, u.a. mit folgenden

sion, keine Zurückweisung durch das Berufungsgericht wegen Verfahrensfehlern; Revision gegen Urteile des Berufungsgerichts nur noch nach Revisionszulassung.

– „Maßnahmen zur besseren Erledigung von Ablehnungsanträgen“

Nach dieser Vorlage des Westberliner Justizsenators sollen Anträge auf Ablehnung des Richters wegen Befangenheit auch während der Hauptverhandlung nur noch außerhalb der Verhandlung schriftlich angebracht werden können. Weiter soll jeder Ablehnungsgrund unverzüglich geltend gemacht werden müssen (d.h. ggf. lange vor der Verhandlung). Die Begründung hat mit „Sparmaßnahmen“ offensichtlich nichts mehr zu tun. Der Angeklagte soll vielmehr seine Ablehnung des Richters nicht mehr öffentlich bekanntmachen dürfen: „... hat sich besonders in Verfahren gegen politisch motivierte Straftäter gezeigt, daß das Ablehnungsverfahren auch benutzt

zu verteidigen, werden damit zur Disposition des Gerichts gestellt und können jeweils für einen ganzen Abschnitt der Hauptverhandlung entzogen werden.

– „Änderungen im Beweisrecht“

Der Justizsenator von Berlin schlägt vor: „Es soll bestimmt werden, daß das Gericht eine Frist zur Beweisantwortstellung bestimmen kann. Nach Fristablauf gestellte Beweisangebote können abgelehnt werden, wenn das Gericht nach pflichtgemäßem Ermessen die Beweiserhebung zur Erforschung der Wahrheit nicht für erforderlich hält“. Seit 1877 bestimmt §246 Strafprozeßordnung, daß eine Beweiserhebung nicht deshalb abgelehnt werden kann, weil das Beweismittel oder die zu beweisende Tatsache zu spät vorgebracht worden sind. Die jetzt vorgeschlagene Änderung hat ihre Vorläufer in faschistischen Gesetzen von 1935 (RGBl. I. 844f.) und 1939 (RGBl. I. 1658f): „Das Gericht kann einen Beweisanspruch ablehnen, wenn es nach seinem freien Ermessen die Erhebung des Beweises zur Erforschung der Wahrheit nicht für erforderlich hält“.

Der Plan, diese „Arbeitsunterlage“ zur Stellungnahme binnen drei Wochen vertraulich einigen Justiz- und Verbandsspitzen zukommen zu lassen und dann schleunigst zur Gesetzgebung zu schreiten, scheiterte jedoch:



Auf „Anregungen aus der Praxis“ berufen sich die Änderungsvorschläge – Praxis wie die des Frankfurter RAF-Richters Schäfer (kein Schritt ohne Polizei) schimmert durch.

Auf dem 6. Strafverteidigertag vom 23. – 25. April in Hamburg wurden die Vorschläge unter Mithilfe der ÖTV Richter u. Staatsanwälte bekannt gemacht. Diskussion, besonders auch unter Anwälten, setzte ein. Die Hauptversammlung der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) verabschiedete am 22.5. einstimmig eine Erklärung mit u.a. folgendem Wortlaut: „... damit würde eine Entwicklung eingelei-

tet, die mit den Grundsätzen eines rechtsstaatlichen Verfahrens nicht zu vereinbaren wäre.“ „... teilweise verhängnisvolle Vorschläge, die ... eine unerträgliche Schwächung der Stellung des Angeschuldigten und seines Verteidigers bewirken würden.“ Ähnlich äußerte sich der Vorstand des Deutschen Anwaltvereins (DAV, Standesorganisation). BRAK und DAV hatten bei den bisherigen StPO-„Reformen“ immer stillgehalten. Beim ursprünglich für Gesetzesfassungen gedachten Referententreffen der Justizminister Ende Juni wurde daraufhin die Arbeitsunterlage kurzerhand für „überholt“ erklärt.

Neue Vorschläge seien aufgetaucht, die erstmal behördenintern ausgearbeitet und dann der 53. Justizministerkonferenz im Oktober vorgelegt werden sollten. Die Absicht der Umwälzung des Strafverfahrens ist damit keineswegs aufgegeben. Die neuen Vorschläge werden auch kaum viel anders aussehen als die jetzigen. Objektive Umstände veranlassen nämlich die Bourgeoisie dazu, aus dem Strafprozeß im wesentlichen einen „kurzen Prozeß“ unverhohlener Unterdrückung und Willkür zu machen.

Was die Justizminister als „ständig steigenden Geschäftsanfall der Rechtspflege“ bezeichnen, spiegelt nur die

Änderungen der Strafprozeßordnung seit 1964

19.12.1964: „Kleine Strafprozeßreform“

Verschärfung des Untersuchungshaftrechts. Über die Haftgründe „Flucht- und Verdunklungsgefahr“ hinaus wird die „Wiederholungsgefahr“ als Haftgrund bei bestimmten Sittlichkeitsdelikten und Verbrechen gegen das Leben eingeführt.

1968, Notstandsgesetze

Einführung des § 100a StPO, „Abhörgeheimnis“. Legalisierung der Telefonüberwachung gegen den Beschuldigten und dritte Personen, die von ihm oder für ihn Nachrichten entgegennehmen könnten.

7.8.1972: „Vorbeugehaftgesetz“

Einführung des § 112a StPO, wonach die Wiederholungsgefahr bei verschiedenen Körperverletzungs-, Eigentums- und Brandstiftungsdelikten einen Haftgrund darstellt.

9.12.1974: Große „Strafprozeßreform“

Verteidigerausschluß bei Verdacht

der Tatbeteiligung, Begünstigung, Strafvereitelung, bei Mißbrauch des Verkehrs mit dem inhaftierten Beschuldigten zur Gefährdung der Sicherheit der Anstalt, bei Gefährdung der Staatssicherheit. Beschränkung der Verteidigerzahl auf drei pro Beschuldigten, Verbot der Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen Verteidiger. Einführung der Hauptverhandlung in Abwesenheit des Beschuldigten wegen dessen vorsätzlich herbeigeführter Verhandlungsunfähigkeit oder wegen Ausschlusses nach „ordnungswidrigem Benehmen“. Beseitigung des Rechts, jederzeit in der Hauptverhandlung Erklärungen abzugeben. Einführung der Erscheinungspflicht des Beschuldigten, der Aussagepflicht von Zeugen bei der Staatsanwaltschaft. Recht der Postöffnung für die Staatsanwaltschaft.

18.8.1976: „Anti-Terror-Gesetz“

Untersuchungshaft gegen vermutliche Mitglieder einer „terroristischen Vereinigung“ (§ 129a StGB) ohne jeden Haftgrund möglich. Erweiterte Ausschlußmöglichkeiten gegen Verteidiger

solcher Mandanten, Einführung der Überwachung des schriftlichen Verkehrs zwischen Anwalt und Untersuchungshäftling.

30.9.1977: „Kontaktsperre-Gesetz“

Möglichkeit der Unterbindung jedweder Kontakte von Gefangenen untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit dem Verteidiger.

14.4.1978: „Razzien-Gesetz“

Exekutive kann in Form sog. „Großrazzien“ ganze Stadtteile abriegeln und an Kontrollstellen auch „Nichtverdächtige“ bis zu zwölf Stunden festhalten und erkennungsdienstlich behandeln.

1.1.1979: „Beschleunigungsnovelle“ zur Strafprozeßordnung

Ein wegen Befangenheit abgelehnter Richter kann bis zum Beginn des übernächsten Verhandlungstages weiterverhandeln. Neufassung des § 245 StPO: Verteidigung kann nicht mehr die Vernehmung „präsen-“ Zeugen und Sachverständigen erzwingen.

enorme Steigerung der Kriminalität und ihrer Verfolgung seit Beginn der BRD wieder: Von 1955 1575300 bekannt gewordenen Straftaten (entspricht 3032 auf 100000 Einwohner) entwickelte sich die Kriminalitätsrate zu 1965 1789300 (gleich 3031 auf 100000 Einwohner), um dann aber ab Ende der 60er Jahre sprunghaft zu steigen: 1970 2413600 (gleich 3976 auf 100000 Ew.), 1974 2741700 (gleich 4419 auf 100000 Ew.), 1977 3287642 (5355 auf 100000 Ew.), 1981 schließlich 4072000 (6675 auf 100000 Ew.). Im gleichen Zeitraum sank die Aufklärungsquote bezüglich der *bekanntgewordenen* Straftaten von 1955 72,6% auf 1981 45,3%, bei Eigentumsdelikten nur 29,4%. Von den erfaßten Straftaten sind allein 66,5% (1979) einfacher oder schwerer Diebstahl, Unterschlagung, Raub und räuberische Erpressung, also Verletzungen der bürgerlichen Eigentumsordnung. 1981 stieg die Quote bekanntgewordener Straftaten gegenüber dem Vorjahr bei Taschendiebstahl um 28%, bei Banküberfällen um 50%, bei Geldtransportüberfällen um mehr als 100%, bei Raub und räuberischer Erpressung um 14,5%.

Die Kriminalität ist ein deutlicher Ausdruck dafür, wie weit die unterdrückten Klassen noch bereit und aufgrund ihrer Lebensumstände noch in der Lage sind, sich an bestimmte Mindestregeln für den Bestand der Gesellschaft zu halten. Setzt ein massenhafter Verfall des Anerkennens bürgerlicher Werte, insbesondere des Privateigentums, ein, so wird für die Bourgeoisie ein Verfahren, in dem der Angeklagte noch bestimmte Verfahrensgarantien zur Wahrnehmung seiner Interessen hat, immer unbrauchbarer. Es kann nämlich weitgehend nicht mehr für die öffentliche Feststellung und Anerkennung einer „individuellen Schuld“ genutzt werden. Abschreckung tritt in den Vordergrund. Der Angeklagte dagegen kann gerade dann um so weniger auf Verfahrensrechte verzichten, wo ihm daran liegt, seine ganz entgegengesetzten Interessen zur Geltung zu bringen: Auf einmal gegen ihn in Gang gekommenes Ermittlungsverfahren hat er nahezu keinen Einfluß. Im Prozeß selbst kann er nur das Wort ergreifen, wenn der Richter es duldet. Er kann dem Zeugen Fragen stellen, nach der Vernehmung dazu eine Erklärung abgeben und eigene Anträge stellen und begründen. Werden dem Angeklagten auch diese wenigen Rechte genommen, so ist er vollständig der „freien Beweiswürdigung“ und damit der Willkür des Gerichts ausgeliefert.

Quellenhinweis: Arbeitsunterlage der Justizminister (zu beziehen über Republikanischer Anwaltsverein Hannover); Statistisches Jahrbuch der BRD 1981; F. Neumann, Daten zur Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Baden-Baden, 1976

Exekutionsbeschleunigungspläne

Der nebenstehend vorgestellte Justizbeschleunigungsplan löst nicht nur bei Strafverteidigern, sondern auch bei Richtern und Staatsanwälten Kritik aus. Zum Beispiel die Strafrechtskommission der Fachgruppe Richter und Staatsanwälte der Gewerkschaft ÖTV verwirft den großen Teil der vorgeschlagenen Änderungen. Leider lassen sich alle uns bekanntgewordenen kritischen Stimmen aus dem Justizbereich auf das angebliche Ziel der Reform ein und begründen wesentlich, daß eine Beschleunigung des Justizganges durch die geplanten Maßnahmen nicht oder nur auf Kosten des Angeklagten erreicht würde. Das Ziel der Reform tritt klarer vor Augen, wenn man die erstaunliche Ähnlichkeit der jetzigen Änderungsvorhaben mit solchen, die in den Jahren um den Machtantritt des Faschismus durchgeführt wurden, würdigt, auf die viele der Kritiker hinweisen. Welchem Zweck dient die Einschränkung des Rechts auf Verteidigung, die durch die bekanntgewordenen Pläne erst einmal erzielt würde?

Zunächst dem Zweck, die Verurteilung angeklagter Fälle zu erleichtern. Was die Reformplaner nämlich wirklich beklagen, ist die Schwierigkeit, auf Basis schwach fundierter Anklagen eine Verurteilung zu erzielen. Welche Folgen hätte eine Hebung der Verurteilungsquote? Ohne Zweifel doch die, daß durch die Staatsanwaltschaften noch fragwürdigere Verfahren eingeleitet würden. Die Anzahl der Verurteilungen würde steigen, die Anzahl der Anklagen würde aber stärker steigen.

Dies wird dann auch die Absicht sein. So gesehen handelt sich's um eine Anklageerhebungserleichterungsreform. Die meisten Anklagen entste-

hen durch Anzeigetätigkeit der Polizei. Wenn die Staatsanwaltschaften immer schwächer begründete Fälle mit immer besserer Verurteilungserfolgsaussicht anklagen können, so wird das die Polizeitruppe ermutigen anzuzeigen. Nicht nur die Zahl der Verurteilungen und in der Folge die Zahl der Anklagen wird steigen, sondern auch die Zahl der Anzeigen.

Dies wird dann auch die weitere Absicht sei. Wenn der Polizei ermöglicht wird, immer zweifelhaftere Fälle anzuzeigen, so werden sich Anzeigen vom Typ: Metzger verklagt Schaf wegen Messerbeschädigung! mehren. So schält sich die Entfesselung der Exekutive als das letzte Ziel der Reform heraus, und die politische Verbindung mit der Zeit der Vorbereitung und Machtfestigung des Hitlerfaschismus wird deutlich. Wir befürchten, daß die Reform der Strafprozeßordnung nicht abgewendet werden kann, wenn die Kritik sich ganz auf die Verschlechterung der Rechtsposition des einmal vor Gericht gebrachten Angeklagten konzentriert, die Verschärfung der allgemeinen Polizei- bzw. polizeiähnlichen Verwaltungstätigkeit, die für so viel mehr Leute spürbar werden wird und heute bereits ein terroristisches Element in fast jedem Polizeiauftritt spürbar macht, aber vernachlässigt. Gerade dem Strafverteidiger liegt nahe, die Gefahr durch Erzielung von Freisprüchen einmal Angeklagter zu wenden. Erfolgsversprechend ist das aber nur zusammen mit Reformforderungen gegen das Strafrecht, die die Polizei, Anzeige-, Anklage- und Verurteilungstätigkeit erschweren. Hierzu würde man gern mehr hören, gerade auch von Strafverteidigern, die Sachkenntnis ja haben.



Demonstration am 11.9. in Frankfurt beschlossen

Politische Niederlagen, und erst recht Niederlagen von solchem Ausmaß, wie sie mit dem Putsch der Militärjunta der türkischen Arbeiterbewegung zugefügt wurden, führen häufig dazu, daß sich die fortschrittlichen Kräfte bei der Klärung ihrer Aufgaben zunächst gegenseitig bekämpfen, anstatt ihre Kräfte um so entschlossener gegen den gemeinsamen Gegner zusammenzufassen. So hatten im letzten Jahr noch die politischen Differenzen zwischen den verschiedenen linken türkischen und kurdischen Organisationen in der BRD und Westberlin eine gemeinsame Demonstration zum Jahrestag des Militärputsches verhindert.

In diesem Jahr jedoch zeigten sich alle zu den Aktionseinheiten erschienenen türkischen und kurdischen Organisationen — insgesamt fast 30 — fest

entschlossen, zu einer gemeinsamen Demonstration auf einheitlicher Grundlage zu kommen. Diese Demonstration wird am Samstag, den 11.9., in Frankfurt stattfinden. Die beteiligten Organisationen einigten sich trotz ihrer fortbestehenden unterschiedlichen Auffassungen auf eine gemeinsame Plattform. Leider können wir sie noch nicht veröffentlichen, da einige Teile noch endgültig ausformuliert werden müssen und die gültige deutsche Übersetzung noch nicht vorliegt, hoffen aber, daß dies bis zur nächsten Ausgabe der Politischen Berichte der Fall ist.

Von den an die 50 eingeladenen westdeutschen Organisationen nehmen nur der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, der BWK und die KPD sowie verschiedene Ko-

mitees an den Verhandlungen teil. Viele der anwesenden Organisationen kritisierten die schwache Beteiligung der westdeutschen Antifaschisten bei den früheren Aktionen und auch den Tatbestand, daß gerade die Kräfte, die die „Friedensbewegung“ tragen, an den zentralen Verhandlungen zur Vorbereitung der Demonstration am 11.9. nicht teilnehmen. Schließlich ist gerade die westdeutsche Finanzbourgeoisie einer der führenden Auftraggeber des Putsches, und bis heute ist sie eine der Hauptstützen der Junta und einer der Hauptprofiteure der blutigen Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Völker in der Türkei. An einigen Orten haben sich jedoch bereits örtliche Aktionseinheiten zur Demonstrationsvorbereitung gebildet, die ein größeres Spektrum der fortschrittlichen Kräfte in der BRD einbeziehen.

Preisneutral

Wer sich auf die Suche nach seiner Identität als Deutscher begeben hat, muß sich spaten, sonst stiehlt der Deutsche Bundestag die Schau. Dort liegt inzwischen das Gesetz zur Einrichtung eines neuen, fälschungssicheren Bundespersonalausweises an, und wenn der da ist, kann die Identitätsfrage als gelöst betrachtet werden. So hilft der Bundestag den Guten im Lande, ohne deswegen die Unglücklichen zu vergessen, die östlich der Elbe unter gefälschter Nationalidentität vergewaltigt ihr Dasein fristen müssen. Sie sind von der Pflicht befreit, den neuen fälschungssicheren anzuschaffen, ihr Recht, ihn zu beantragen, bleibt selbstverständlich unberührt. Ein gutes Gesetz freut die Guten, tröstet die Unglücklichen und trifft die Schlechten. Das letztere ist der Hauptzweck der Übung. Der Umtausch hat binnen eines Jahres zu erfolgen. Wer in diesem Umtauschjahr unterläßt, vor eine Behörde zu treten, um sich zu sich und seinen Taten zu bekennen, wird viel leichter als gegenwärtig zu erkennen, zu fahnden und ins Loch zu bringen sein. Ein umfassendes Antreten aller über 16jährigen zur Volksgesichtskontrolle steht an und wird in inniger Verbindung von Verwaltungs- und Polizeibehörden abgewickelt werden. Die Fälschungssicherheit wird freilich nicht von Dauer sein. Wir leben im Zeitalter der Industrie. Was die Bundesdruckerei kann, kann wer anders auch. Aber eben nicht gleich, gut Ding will Weile haben, und in dieser absehbaren Weile wird sich's gut fahnden lassen. Billig wird das Ganze nicht. Nach Vorstellungen des Bundestages soll der Staatsbürger fünf, nach denen des Bundesrates zehn DM beim Antreten entrichten. Ein Strafmandat, vielleicht für mangelnde Anzeigtätigkeit der Bürger. „Spürbare Auswirkungen“, so zu lesen in der Begründung zum Gesetzentwurf, „auf das Preisniveau sind nicht zu erwarten; insbesondere wird der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nicht verändert, da eine Position ‚Personalausweise‘ im jetzt gültigen Warenkorb nicht enthalten ist.“ So tut man preisneutrale Geldquellen auf und verbindet das politisch Angenehme mit einem Nutzen.

Stählerne Freundschaften

Einen „Familienstreit“ soll Kanzler Schmidt die Auseinandersetzung zwischen EG und USA über die Stahlexporte in die USA genannt haben. Am 10. Juni hatte das US-Handelsministerium gegutachtet, Stahlkapitalisten aus sieben EG-Staaten hätten ihre Stahlexporte in die USA, die 1981 um 100% auf 6,5 Mio. t emporgeschwollen waren, subventioniert. Dieser Dumping-Vorwurf ist feinfühlig verteilt. Die BRD-Stahlmonopole müssen seitdem durchschnittlich 0,5% Strafzoll zahlen, das italienische Stahlmonopol Italsider dagegen 18,3%, Cockerill aus Belgien 20,6%, die französischen Stahlmonopole 20 bis 30% und British Steel sogar 40,4%. Die westeuropäischen Stahlmonopole, die den Verlust von Absatzmärkten für 3,9 Mio. t ihrer Produkte fürchten müssen, gerieten in Harnisch und sich gegenseitig in die Haare. Vorläufig letzter Stand: Die EG-Kommission bot den USA im Auftrag der zähneknirschenden westeuropäischen Stahlmeute eine Exportbeschränkung bis 1985 an, falls die Strafzölle aufgehoben werden. Nachdem die USA zustimmten, müssen sich jetzt die Stahlkapitalisten in der EG einigen. Also wer wieviel weniger wovon exportieren darf.

Reaktion der BRD-Stahlmonopole: Beschränkungen beim Röhrenexport kämen überhaupt nicht in Frage, zweitens sollten gefälligst die anderen Stahlkonzerne ihren Export drosseln, nicht aber sie, und drittens müßten die EG-Stahlquoten dieser Konzerne entsprechend gesenkt werden, damit nicht am Ende der Export in die BRD steige. Eine feine Lösung wäre das! Und zudem ein Beweis, wer hier die „Familie“ bildet und wer das Opfer: Die westdeutschen Stahlmonopole könnten ihre mit Milliarden Steuersubventionen bezuschußten Rationalisierungsprogramme voll durchziehen, während die westeuropäische Konkurrenz stilllegen müßte. Die US-Stahlmonopole hätten ihren US-Markt gesichert, die BRD-Stahlmonopole ihren EG-„Binnenmarkt“ ausgebaut. „Deutsch-amerikanische Partnerschaft“!

Hungerstreik gegen Isolationshaft

Vier politische Gefangene, als Mitglieder der RAF inhaftiert, befinden sich im Hungerstreik: Sieglinde Hoffmann und Ingrid Barabaß sind in das Haftkrankenhaus Kassel verlegt worden. Inzwischen haben sich Verena Becker, die in der JVA Köln-Ossendorf einsitzt, und Bernd Rössner, der in der

JVA Straubing inhaftiert ist, dem Hungerstreik angeschlossen. Sie wenden sich gegen die Haftbedingungen, denen sie unterworfen sind: 23 Stunden Einzelhaft, 1 Stunde Einzelhofgang, Beschlagnahmung der Post, generelles Schreibverbot, Ablehnung von Besuchsanträgen, extreme Einzelisolation in schalldichten Zellen. Sie fordern die Zusammenlegung mit anderen RAF-Gefangenen, „um als politische Menschen zu überleben“ und die Vernichtung ihrer Persönlichkeit zu verhindern. Sie verlangen Gespräche mit Bundesjustizminister Schmude über die Haftbedingungen. Dieser hatte im Verlauf des letzten Hungerstreiks von über 20 Häftlingen im Frühjahr 1981 „Hafterleichterungen“ zugesichert. Sigurd Debus starb, nachdem die Zwangsernährung eingestellt wurde. Der jetzige Hungerstreik soll darauf aufmerksam machen, daß die Aufhebung der Isolierung immer noch aussteht. Gegenüber drei politischen Gefangenen im Berliner Moabiter Hochsicherheitstrakt erklärte die Staatsgewalt offen, was ihr Ziel ist: entweder physische und psychische Vernichtung oder Vernichtung als politische Person. Sie sollen eine öffentliche Erklärung abgeben, in der sie sich „vom Terrorismus distanzieren“, dann werde ihre Einzelhaft aufgehoben.

Besoldungsanpassung

Bundesrat lehnt Verschiebung nicht ab DGB kündigt Protestaktionen an

Bereits Mitte Juni demonstrierten 4000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in München auf einer DGB-Veranstaltung gegen die Besoldungspläne der Bundesregierung. Am 13. Juli zählte ein Protestmarsch der nordrhein-westfälischen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Düsseldorf (Bild) fast 10000 Teilnehmer. Im Gegensatz hierzu setzt der Deutsche Beamtenbund auf seine Parlamentslobby und verkündet in seiner Monatszeitung eine „geschlossene Haltung und Mehrheit der CDU/CSU-regierten Bundesländer gegen die vom Bundeskabinett vorgesehene dreimonatige Verzögerung der Besoldungsanpassung“ (1).

Am 16. Juli beriet der Bundesrat über den Gesetzentwurf der Bundesregierung, dessen Kernstück ist, die Besoldungsanpassung für Beamte gegenüber der Tarifierhöhung im Arbeiter- und Angestelltenbereich des öffentlichen Dienstes um drei Monate zu verzögern (s. Politische Berichte Nr. 14/82, S.7). Daß die Länderkammer die von der Bundesregierung angepeilte 1 Mrd. DM an Personalkosten einsparen wollte, war klare Sache. Gleichzeitig aber mußten insbesondere CDU und CSU, die im Bundesrat die Mehrheit haben, versuchen, den Eindruck zu erwecken, sie seien Anwalt der besoldungsrechtlichen Interessen der Beamten. Diese entgegengesetzten Zielsetzungen führten schon im Vorfeld der Bundesratssitzung zu Reibungen im Lager der CDU/CSU. Während die CSU- bzw. CDU-regierten Länder Bayern und Rheinland-Pfalz, wie auch H. Kohl, sich wortgewandt gegen die

Pläne der Bundesregierung aussprachen, stimmte u.a. das CDU-regierte Land Niedersachsen in den Bundesausschüssen für die dreimonatige Verzögerung der Besoldungsanpassung.

Mit der Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf der Bundesregierung kleideten die CDU/CSU-regierten Länder ihre Absicht in Worte, einerseits 1 Mrd. DM Personalkosten unbedingt einzusparen, andererseits zu versuchen, möglichst keinen Einfluß in der Beamtenschaft zu verlieren. Die dreimonatige Verschiebung der Besoldungsanpassung wird als Verstoß gegen die „prinzipielle Gleichbehandlung aller Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes“ kritisiert, als „beamtenpolitisch bedenklich“ und als „für Beamte schwer verständlich“. Nur, daß der Bundesrat die dreimonatige Verzögerung der Besoldungsanpassung *ablehnt*, das sucht man vergebens im Beschluß des Bundesrates. Anstatt dessen fordert der Bundesrat die Bundesregierung und den Bundestag auf, „im weiteren Gesetzgebungsverfahren *möglichst* eine Gleichstellung innerhalb des öffentlichen Dienstes herbeizuführen und zu *prüfen, wie die angestrebte und notwendige haushaltsmäßige Entlastung auf andere Weise bewirkt werden kann*“ (2).

Der DBB, der über 800000 Mitglieder zählt, hat den Beschluß des Bundesrates ausdrücklich begrüßt. Solange es der DBB für ein Privileg der Beamten hält, nicht streiken zu dürfen, solange wird dem DBB wohl auch nichts anderes übrig bleiben, als bei seinen

Mitgliedern Vertrauen in die Fürsorgepflicht des Staates und seiner Repräsentanten zu wecken. Und auch die vom DBB für den 11. September angekündigte Demonstration wird kaum Nutzen bringen können, wenn sie nicht als Schritt hin zu Streikaktionen organisiert wird.

Der DGB, in dessen Einzelgewerkschaften 850000 Beamte organisiert sind, hat es als „unverständlich und enttäuschend“ kritisiert, daß der Bundesrat der Verschiebung der Besoldungsanpassung keine eindeutige Absage erteilte. Für Anfang September hat der DGB zu einer zentralen Protestveranstaltung aufgerufen, um klarzustellen, „daß die Beamten nicht länger gewillt sind, einseitig verordnete Lohnverzichtsedikte von Politikern in Bund und Ländern hinzunehmen“. Der niedersächsische DGB-Landesvorsitzende, Drescher, kritisierte gegenüber der Landesregierung unter Hinweis auf die Kürzung der Beamtenbezüge in der Weimarer Republik, daß auch jetzt wieder eine einkommenspolitische Wende vermittelt des Besoldungsrechts durchgesetzt werden solle; ein Hinweis, der in die Unterstützung der besoldungsrechtlichen Forderungen der Beamten durch alle DGB-Gewerkschaften münden sollte. Das würde auch die gewerkschaftlichen Positionen gegenüber der Standespolitik des DBB stärken.

Quellenhinweis: (1) „Der Beamtenbund“ Nr. 7-8/1982, Monatszeitung des Deutschen Beamtenbundes; (2) Stellungnahme des Bundesrates vom 16.07.82, Drucksache 236/82; „Der Deutsche Beamte“, Zeitschrift des DGB

Tuberkulose Ausländerkinder besonders bedroht

Durch eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion mußte der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit zugeben, daß 1977 die Rate der tuberkulösen Erkrankungen der Atmungsorgane genau so hoch war wie in Bangladesch, Ghana, in Kenia, in der Türkei oder Brasilien. Zwar sei die Anzahl der Neuerkrankungen von 34000 im Jahr 1975 auf 26000 im Jahr 1980 zurückgegangen, jedoch ist der Anteil der Ausländer mit 5111 1980 unverhältnismäßig hoch.

Insbesondere ist der Anteil der Kinder unter 15 Jahren sehr hoch. 1980 sind 1941 Kinder unter 15 Jahren an Tuberkulose erkrankt, davon allein 783 Kinder von Ausländern. In der Altersklasse unter 15 Jahren gibt es 20% Ausländerkinder, der Neuzugang an Tuberkuloseerkrankungen war aber 40% bei den Ausländerkindern. Die Erkrankungshäufigkeit bei den ausländischen Kindern ist viermal so hoch, wie unter deutschen Gleichaltrigen.



In den sechziger Jahren wurde den Medizinstudenten noch beigebracht, der hohe Anteil an Erkrankungen an Tuberkulose bei den Ausländerkindern, insbesondere bei den Türken, käme dadurch zustande, daß diese ihre Tuberkulose mit in die BRD brächten, weil die hygienischen Verhältnisse in der Türkei so liederlich seien.

Im Deutschen Ärzteblatt vom 5.11.81 schreibt Professor Neumann über die „Epidemiologie der Tuberkulose“ (Entstehung und Ausbreitung der Tuberkulose), daß die Ausländer in Folge frischer Ansteckung in der BRD an Tuberkulose erkranken.

In der Anfrage hat der Bundesminister Stellung zu den Ursachen der Tuberkulose genommen: „Die Erfahrungen aus der Bekämpfung der Tuberkulose werden über die WHO den Ländern der Dritten Welt nutzbar gemacht. Abwehrschwäche durch Hun-

ger und Armut sind insbesondere bei großer Bevölkerungsdichte ein Nährboden für Tuberkulose. Eine Verbesserung der Lebensverhältnisse ist die Voraussetzung für ein Zurückdrängen auch der Tuberkulose in diesen Ländern.“

Die BRD ist nachgewiesen kein Land der Dritten Welt und doch ist die Neuerkrankungsrate so hoch wie in einigen Ländern der Dritten Welt. Offensichtlich ist, daß sich die Lebensverhältnisse für einen bestimmten Teil der Bevölkerung so verschlechtert haben, daß jährlich noch 2533 Personen an Tuberkulose sterben, und daß insbesondere bei der ausländischen Bevölkerung, und hier vor allem bei den Kindern, „die Abwehrschwäche durch Hunger und Armut“ zu groß ist, um die Tuberkulosebakterien abwehren zu können.

Quellenhinweis: BT-Drucksache 9/1748, 16.6.82

Rentenstandard

Zur Abwehr drastischer Absenkungen bleibt den Gewerkschaften wenig Zeit!

Durch die Beschlüsse der Bundesregierung „Anpassung der öffentlichen Haushalte und der sozialen Sicherung an schwierige gesamtwirtschaftliche Bedingungen“ vom 1. Juli sah sich der Vorstand der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) veranlaßt, vor der drohenden Zahlungsunfähigkeit der Rentenversicherung öffentlich zu warnen. Diese Warnung ist mehr als begründet. Das ergibt bereits die Übersicht über die in diesem Zusammenhang wichtigen Maßnahmen und ihre finanziellen Folgen für die Einnahmen, Ausgaben und das Leistungsrecht der Rentenversicherung nach Angaben des

Sozialministeriums in Bonn:

– „Die Bemessungsgrundlage für den Beitrag der Bundesanstalt für Arbeit an die Rentenversicherung und an die Krankenversicherung für die Beziehung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Unterhaltsgeld wird auf 70% des zugrundeliegenden Bruttoarbeitseinkommens festgesetzt.“ Die daraus resultierenden Mindereinnahmen der Rentenversicherung werden für 1983 mit 2 Mrd. DM angegeben.

– „... die schrittweise Beteiligung der Rentner ... an ihrer Krankenversicherung (Beitrag 1983: ein Prozent der Rente; 1984: zwei Prozent; 1985: drei

Prozent; 1986: vier Prozent). Dies führt 1983 z.B. dazu, daß die Renten ... nicht um 5,6% ansteigen, sondern nur um 4,6%.“ Die daraus folgenden Rentenkürzungen werden für 1983 mit 1,3 Mrd. DM in der Summe angegeben.

– Schließlich drittens: „Der Bundeszuschuß an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten wird 1983 um 1,3 Mrd. DM gekürzt, der Zuschuß an die Bundesknappschaft um 200 Mio. DM.“

Unter dem Strich bleiben also als Ergebnis dieser Maßnahmen: rd. 3,3 Mrd. DM weniger Einnahmen abzüglich 1,3 Mrd. DM weniger Ausgaben. Über die Auswirkungen dieser Politik gegen die Versicherungsansprüche der Lohnabhängigen ist sich die Regierung vollständig im klaren: „... stellt der Bundesfinanzminister ggf. durch entsprechende zeitliche Gestaltung der Bundeszuschußzahlungen (an die Rentenversicherung, d. Verf.) die Liquidität sicher.“ (alle Zitate aus „sozialpolitische Informationen“ v. 5.7.82)

Die Aufstellung der Rentenversicherungsträger vom März dieses Jahres über die mittelfristige Finanzentwicklung 1982-1986 ergibt dagegen eindeutig, daß die „Beruhigung“ der Regierung auf Sand gebaut ist. Die Finanzprognose kommt zu folgenden Ergebnissen. Die Schwankungsreserve soll 1983 mit 10,4 Mrd. DM auf das 1,6fache einer Monatsausgabe des Vorjahrs absinken. Für die Liquidität der Rentenversicherungen stellt der Bericht fest: „Es ist nicht auszuschließen, daß wegen der starken unterjährigen Schwankungen der Beitragseinnahmen im Verlauf des Jahres 1983 zeitweilig die Mindestliquidität von einer halben Monatsausgabe (ca. 3,25 Mrd. DM, d. Verf.) unterschritten wird.“ Also eine Größenordnung, bei der die vorgesehenen 2 Mrd. DM Mindereinnahmen deutliche Wirkung haben werden. Dabei kommt hinzu, daß die Annahmen dieser Finanzprognose ebenso wie die entsprechenden Daten des Wirtschaftsberichts der Bundesregierung inzwischen u.a. vom Kieler Wirtschaftsinstitut als „optimistisch“ bestritten werden. Der Finanzprognose der Rentenversicherungen wurde zugrundegelegt eine Bruttolohnsteigerung von 4,8% (der Lohnsumme!) sowie eine Arbeitslosenzahl von knapp 1,7 Mio. in 1982.

Die Beteuerung des Ehrenbergnachfolgers Westphal: „Trotz einiger Einschränkungen bleibt unser soziales Sicherungssystem in seinem Kern erhalten“ stellt sich aufgrund der angeführten Daten als glatter und vollständig kalkulierter Betrug in der Versicherungspolitik gegen die Lohnabhängigen und Rentner heraus. Das Interesse dieser Politik der „Umschichtung des Haushalts“: aus der Rentenversiche-



Aus einer durchschnittlichen Rente nach 40 Versicherungsjahren (1982: 1205 DM) sollen bis 1986 4 Prozent zur Krankenversicherung abgezogen werden, d.h. auf die gegenwärtige Rentenhöhe bezogen 48,20 DM

buchstäblich herauszuholen, was holen ist, um die internationale Konkurrenzfähigkeit des westdeutschen Finanzkapitals weiter zu stärken, wie z.B. in der Stahlindustrie, und die dafür notwendige Rüstung zu finanzieren.

Bezahlt werden soll diese Politik durch eine drastische Senkung des Rentenstandards und weiterer Versicherungsansprüche, für die die „Eigenbeteiligung der Rentner an der Krankenversicherung“ bloß den Auftakt bildet. Nicht ohne Grund ist die 84er Reform der Hinterbliebenenversorgung zunächst verschoben und in der Regierungserklärung von 1980 eine Aussage über die Höhe der Ansprüche der Hinterbliebenen *nicht* enthalten.

Weiteres sicheres Zeichen für die planvolle Durchsetzung dieses Diktats des Finanzkapitals ist die Tatsache, daß die CDU, die seit Jahr und Tag als entschiedenster Verfechter der Bruttoanpassung der Renten aufgetreten ist, nun den Zeitpunkt für gekommen hält, im Angriff auf den Rentenstandard die Führung zu übernehmen: „Mit großer Mehrheit verabschiedete der Parteitag (der CDU Westfalen-Lippe unter Leitung Biedenkopfs Anfang Juli, der Verf.) den Leitantrag zur Alterssicherung. Danach soll vom Gesetzgeber nicht mehr jährlich festgelegt werden, ob und um wieviel die Renten steigen. Vielmehr soll einmalig und auf Dauer *politisch* entschieden werden, wieviel Prozent die *Nettoeinkünfte* der Rentner von dem jeweils *frei verfügbaren* Einkommen der erwerbstätigen Beitragszahler ausmachen sollen. Wachsende Abgabenlast für die Erwerbstätigen soll ... bei den Renten berücksichtigt werden.“ (Hervorhebungen durch den Verf.)

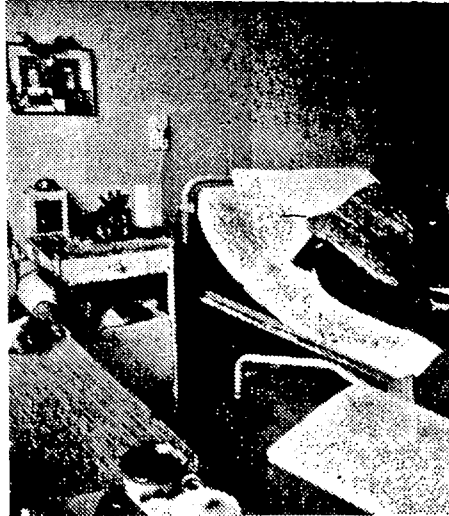
Quellenhinweis: sozialpolitische Informationen v. 5.7.82; Die Angestelltenversicherung, März 1982; Informationsdienst der CDU Nr. 23/82 v. 22.7.82)

Altenheime

12 qm Wohnfläche „Hotelatmosphäre“

Als erste Stadt in der BRD sind in Braunschweig alle Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime nach der Verordnung über bauliche Mindestanforderungen für diese Heime von 1978 durch ein Gutachten überprüft worden. Das Ergebnis ist erschütternd. Von 23 Heimen entsprachen nur 3 vollständig den Anforderungen, bei 9 sind nur Baumaßnahmen in geringem Umfang notwendig, bei den übrigen 11 Heimen sind Baumaßnahmen mittleren bzw. erheblichen Umfangs nötig. Gesamtaufwand ca. 14 Mio. DM. Bezogen auf die einzelnen Plätze entspra-

chen 554 von 1917 nicht den Mindestanforderungen (= 29%). „Überbelegung und für eine Person zu kleine Zimmer sind in den Wohnformen Altenpflegeheim und Altenheim die Hauptursachen; fehlende individuell nutzbare Sanitäreinrichtungen je Wohnplatz in der Wohnform Altenwohnheim“ (aus dem Gutachten). Das heißt nichts anderes als, daß diese alten Menschen in Löcher gestopft werden. Denn nach der Verordnung sind ganze



Zweibettzimmer in einem Altenheim.

12 qm mindestens für einen Wohnschlafraum für eine Person gefordert (18 qm bei zwei Personen). Das entspricht genau der Mindestgröße für ein Kinderzimmer im Sozialen Wohnungsbau in Niedersachsen. Die Mindestgröße für ein Wohnzimmer im Sozialen Wohnungsbau beträgt 18 qm für eine Person. In diesen 12 qm ist außerdem noch ein Waschtisch mit Kalt- und Warmwasseranschluß unterzubringen, während im Sozialen Wohnungsbau die Kinderzimmer wenigstens Teil der Wohnung sind. Schließlich steht den Heimbewohnern noch 1 qm je Bewohner Gemeinschaftsraum zu (mindestens 20 qm), für acht Bewohner ein Spülabort und für 20 eine Badewanne oder Dusche. Bei alledem soll „Pflegen im Wohnbereich“ möglich sein!

Auf der 5. Jahrestagung des Verbandes der Leiter von Altenheimen e.V. am 11.5.82 in Hannover hat nun der Niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit (CDU) in einem Grußwort diese Heimindestbauverordnung angegriffen. „Ist es denn wirklich erforderlich, immer größere Prunkbauten ... zu bauen, die vielleicht dem Bewohner eher eine Hotelatmosphäre als ein anheimelndes Zuhause bieten? Müssen wir Einrichtungen schaffen, in denen sich manch einer unsrer älteren Mitbürger, der sein Leben lang gearbeitet hat und schlicht und einfach gelebt hat, gar nicht mehr zurecht findet, weil alles ungewohnt ist und viel zu groß?“ (Altenheim 6/82, Seite 139) Weiter: „Hier müssen die

Anpassungsfristen aus der Verordnung genommen werden und von den örtlichen Behörden flexibel festgesetzt werden.“ Die Verordnung schreibt eine Anpassung der bestehenden Heime nach den Vorschriften innerhalb von zehn Jahren, höchstens 15 Jahren vor, also bis spätestens 1993. Aber damit nicht genug; Schnipkoweit will auch die „Befreiungsmöglichkeiten“ erweitern, d.h. es soll so gebaut werden können, wie der Träger es wünscht. Damit wäre diese bescheidene, lang erkämpfte Mindestverordnung vom Tisch. Entsprechende Änderungsvorschläge hat er angeblich schon erarbeiten lassen.

Aufgrund des Gutachtens in Braunschweig sahen sich selbst die christlichen Politiker gezwungen, jetzt Schritte zur Durchsetzung der Mindestvorschriften einzuleiten (Ratsbeschluß vom 15.6.82). Der Gutachter kommt zu dem Ergebnis: „Die Mindestgrößenvorschriften der HeimMindBauV müssen als Allermindestgrößen anerkannt bleiben. „Mindestens“ setzt eine Grenze, die Toleranzen nicht mehr zuläßt.“ (Kurzfassung Seite 20)

Quellenhinweis: HeimMindBauV vom 27.1.78 (BGBl. I S.189), Techn. Bestimmungen für den sozialen Wohnungsbau Nds. 1.11.78 (Nds. MBl. Nr. 2/79)

Fusion Hoesch/Krupp Subventionen für Kampf um EG-Stahlmarkt

Solange die westdeutschen Stahlmonopole über einen eindeutigen Produktivitätsvorsprung verfügten und es sich noch nicht lohnte, die Maschinerie zu erneuern, traten sie in der EG laut für das völlige Verbot von staatlichen Stahlsubventionen ein, um die Konkurrenten bei der Modernisierung veralteter Produktionsanlagen zu behindern. Jetzt, wo ihre Maschinen sich bereits amortisiert haben, soll ein neuer Investitions- und Rationalisierungsschub folgen. Die neue Runde im Kampf um die Vorherrschaft auf dem EG-Stahlmarkt beginnt mit Fusionen und Anträgen auf gewaltige staatliche Subventionen. Bis zum 30.6. sind beim Bundeswirtschaftsministerium Anträge mit einem Investitionsvolumen von insgesamt fast 15 Mrd. DM eingereicht worden. Der Hauptanteil von den beiden schlagkräftigsten Monopolen: 4,6 Mrd. DM von Thyssen und 4,7 Mrd. DM von der geplanten Ruhrstahl (Hoesch/Krupp Stahl). Bei Hoesch/Krupp beträgt dabei der Eigenmittelanteil höchstens 25%, die Subventionen zwischen 30 und 50%, für den Rest ist eine Bürgschaft beantragt.

Begonnen werden soll auf der Dortmunder Westfalenhütte mit dem Bau einer Durchlaufglühe für das Kaltwalzwerk. Sodann soll für die Eigenversor-

gung der Warmbreitbandstraße ein kleines Oxygenstahlwerk gebaut werden, aber nur, wenn es vollkommen aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Die Produktionsbereiche werden soweit wie möglich konzentriert (siehe PB Nr. 4/82).

Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff ließ Ende Juni verlauten: „Die Bundesregierung erwartet, daß alle Beteiligten im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen materielle Opfer bringen, auch die Belegschaften.“ Dieser Ratschlag stützt sich auf das Vorurteil, Stilllegungen, Entlassungen, Kurzarbeit, Lohnsenkungen und Arbeitsintensivierungen würden erfolgen, weil



es der westdeutschen Stahlindustrie so schlecht gehe. Das Gegenteil ist der Fall. Die BRD-Monopole erwarten für 1982 kräftige Gewinne. Nach Analyse der Hoesch-Bilanz stellt das „Handelsblatt“ fest: „In das – auf dem hohen kartellierten Preisniveau für Stahlprodukte basierende – neue Ertragshoch der Stahlindustrie startet der Hoesch-Werke-Teilkonzern mit der (nach Thyssen) bilanziell zweitbesten Ausgangsposition.“ „Es besteht die Möglichkeit, bereits 1982 einen nicht geringen Prozentsatz jenes Eigenanteils zu erwirtschaften, der bis 1987 zur Finanzierung des Sanierungskonzepts selbst beigesteuert werden soll.“

Auf der Hoesch-Vertrauensleute-Vollkonferenz am 14.6. wurde eine Betriebsbesetzung gegen weitere Stilllegungen ins Auge gefaßt. Entscheidend wird sein, daß weitere Lohnsenkungen und das geplante Prämienlohnsystem nicht hingenommen werden. Sonst ziehen die Kapitalisten aus der gesteigerten Ausbeutung die Mittel, die sie zum weiteren Überflüssigmachen großer Teile der Belegschaft brauchen.

Quellenhinweis: Handelsblatt vom 21.6. bis 12.7.1982; Revier Nr. 7, Brennpunkt Stahlkrise, Revierredaktion, M. Jäger Revier-Verlag, Duisburg, 1981.

Seerechtskonferenz

BRD sieht „maritimes Versailles“ und droht mit gewaltsamer Revision

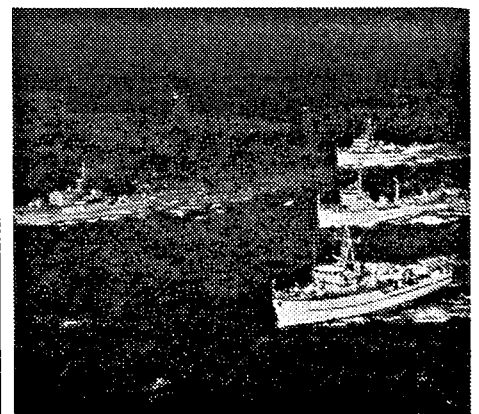
Am 21. Juni 1982 antwortete Genscher auf eine Große Anfrage der CDU/CSU zu „Stand, Entwicklung und mögliche Konsequenzen der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen“: „Zeitig sind auch die Gefahren erkannt worden, die gerade für ein hochindustrialisiertes Land mit kurzen Küsten und ausgedehnten Interessen zur See wie die Bundesrepublik Deutschland aus der neuen Seerechtsentwicklung erwachsen.“ Was sind die „Gefahren“, die die BRD bewogen haben, bei der Schlußabstimmung über die UNO-Seerechtskonvention am 30. April sich der Stimme zu enthalten? Und welche „ausgedehnten Interessen zur See“ sehen die Kapitalisten so wenig berücksichtigt, daß der Deutsche Industrie- und Handelstag die Bundesregierung jetzt aufgefordert hat, der Konvention nicht beizutreten?

Es sind koloniale Interessen, für die die BRD Gefahren erkennt. W. Graf Vitzthum, Jurist für Seerecht, umschreibt die Interessenslage der westdeutschen Bourgeoisie 1981 in einem Vortrag auf der InterOcean, zu dem die Wirtschaftsvereinigung Industrielle Meerestechnik eingeladen hatte: „Bis weit in die Ozeane hinein soll Poseidons bisher gemeinfreier Nachlaß aufgeteilt und als uferstaatliches Wirtschaftsimperium annektiert werden. Auch die Tiefsee wird unterworfen ... Angesichts der Wirklichkeitsnähe des Völkerrechts ist diese Entwicklung nicht aufzuhalten ... Die im Informellen Konventionsentwurf der Seerechtskonferenz (1980) weitgehend festgeschriebene Neue Weltmeeresordnung aber reagiert *selektiv und momentan* auf Machtansprüche der Langküstenstaaten, auf statische Protektionswünsche der Land-Rohstoffproduzenten und auf Privilegierungspostulate der Schwellenmächte ... Die Seerechtskonferenz kann den Teilhabeanspruch der geographisch oder wirtschaftlich benachteiligten Staaten nicht dadurch aus der Welt schaffen, daß sie ihn weitgehend leugnet. Andernfalls löst sie als ein maritimes Versailles gewaltsame Revisionsbegehren der Vierten Welt aus.“

Welche Staaten gehören nun zur „Vierten Welt“ und drohen, falls die von 130 Staaten beschlossene Seerechtskonvention nicht ihren Ansprüchen entsprechend geändert wird, daß sie ihre Revisionsbegehren gewaltsam durchsetzen werden? Jedenfalls gehören nicht zur „Vierten Welt“ die

„Langküstenstaaten“, die den „bisher gemeinfreien Nachlaß Poseidons“ aufgeteilt haben, wodurch dann z.B. Guinea-Bissau zum „uferstaatlichen Wirtschaftsimperium“ geworden wäre – sozusagen Teil der „Ersten Welt“ der maritimen Mächte – weil es den Fangflotten der BRD u.a. den gemeinfreien Gebrauch seiner Fischereitürme durch die Errichtung einer 200 Seemeilen-Wirtschaftszone unmöglich gemacht hat. Solche Länder wie Zaire, das „statische Protektionswünsche“ bezüglich seiner Kobaltproduktion anmeldet, stehen offensichtlich den „dynamischen Rohstoffwünschen“ der „Vierten Welt“ im Wege, die mit dem Tiefseebergbau solchen Ländern die Preise drücken möchte. Und schließlich noch die „Privilegierungspostulate der Schwellenmächte“. Graf Vitzthum: „Kann man es etwa den Brasilianern und Indern verdenken, daß sie sich hier nicht besser erwiesen als einst die Imperialisten ...?“ Und alles auf Kosten der „Vierten Welt“, die nicht einfach im Golf von Mexiko ihre Bohrtürme aufstellen darf!

Ist nun die BRD tatsächlich ein solch maritimer Habenichts, auf gleicher Stufe stehend mit Mali, Niger oder Tschad? Das ist eine interessierte Lüge. Die BRD hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr Einfluß auf ein Seegebiet verschafft, das nicht nur ein Hundertfaches des eigenen Hoheitsgebiets in der Nord- und Ostsee ausmacht. Wenn sie sich durchsetzen kann, könnte die BRD über ein weltumspannendes Kolonialmeer verfügen: das „EG-Meer“. 1977 deklarierten die Staaten der EG ihre 200 Seemeilen (ca. 370 km) breiten Fischereizonen, die im Nord-



Für's „EG-Meer“ die „EG-Flotte“: Ständige Seestreitkraft Ärmelkanal mit britischen, niederländischen, belgischen, dänischen und westdeutschen Schiffen.

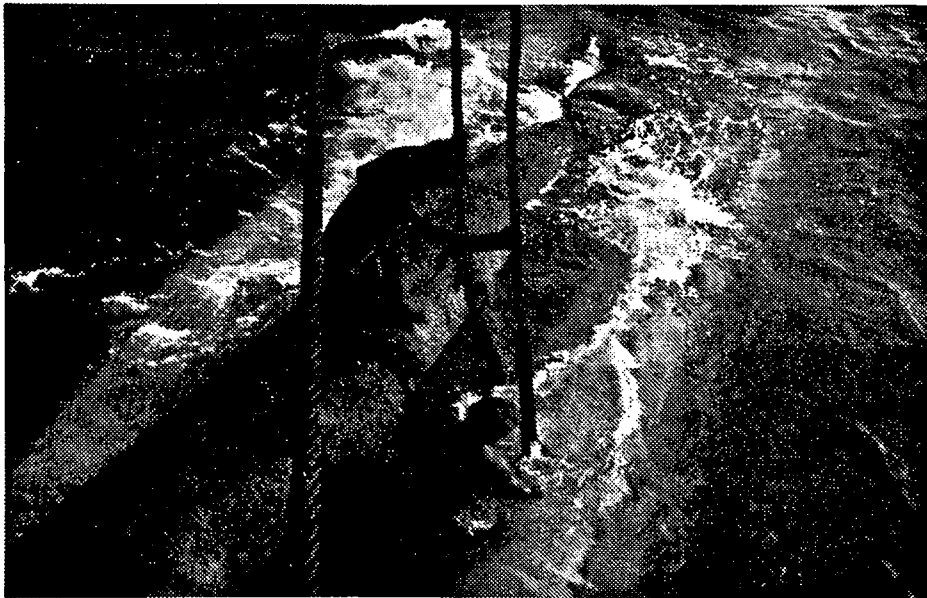
ostatlantik zusammen etwa drei Mio. km² ausmachen, zur gemeinsamen Fischereizone, in der jeder EG-Staat bis auf einige Schutzzonen unter Ausschluß aller Nicht-EG-Staaten seine Fänge durchführen kann. Nach der Erweiterung der EG um Portugal, Spanien und Griechenland wird sich das „EG-Meer“ auf sechs Mio. km² verdoppelt haben, ohne die überseeischen Kolonialgewässer mehrerer EG-Staaten – allein das Seegebiet um die Falkland-Inseln und Süd-Georgien sind noch einmal 1,5 Mio. km². Das „EG-Meer“ läge in der Rangliste der Mee-

gelten, oder ob es dort bei der abschließlichen Anwendung des nationalen Rechts bleibt. Für Firmen, die im Offshore-Geschäft tätig sind, für Fischer oder für Meeresforscher ist es von großer praktischer Bedeutung, ob beispielsweise das Diskriminierungsverbot, der freie Warenverkehr, die Freizügigkeit von Arbeitskräften und Kapital, die Niederlassungsfreiheit und der freie Dienstleistungsverkehr in den neuen hoheitlichen Zonen gelten, oder ob man sich allein nach dem häufig protektionistischen nationalen Recht Irlands, Großbritanniens oder künf-

Großprojekte, die sowohl hinsichtlich der Technologie als auch der Größenordnung neue Maßstäbe setzen.“ Der Salzgitter-Konzern z.B. bietet gemeinsam mit der Howaldtswerft Plattformen für Gasverflüssigung auf offenem Meer an. „Deutschland ist eine der führenden Nationen in der Technik und den Kenntnissen des Tiefseebergbaus, Preussag wahrscheinlich das führende Weltunternehmen auf diesem Gebiet.“, schreibt die norwegische „noril“. Die Preussag betreibt Abbaueversuche z.T. bis zur Verhüttungsreife im Roten Meer (Zink), vor der afrikanischen Küste (Uran und Titan), vor Sri Lanka und Neuseeland (Phosphorit, Düngemittelrohstoff).

Die BRD will noch prüfen, ob sie der UNO-Seerechtskonvention beitrifft, oder ob sie an der Seite der USA den Tiefseebergbau fortsetzt unter Mißachtung der von der überwiegenden Mehrheit der Staaten eingerichteten Internationalen Meeresbergbaubehörde, die den Rohstoffabbau in der Tiefsee außerhalb der Hoheitsgewässer kontrollieren, begrenzen und notfalls verbieten kann und an die die technischen Kenntnisse weitergegeben werden müssen. Wesentlich für diese Entscheidung ist nach Aussage der Bundesregierung das Verhalten der übrigen EG-Staaten. In der „Europäischen Wehrkunde“ vom Juli 1982 heißt es dazu: „Folgende Fragen sind deutscherseits zu prüfen: ... EG-politische Konsequenzen; Zugänglichkeit der Seegebiete der EG-Partner unter einem gemeinschaftlichen regionalen EG-Regime.“ Vorsorglich hat die Bundesregierung darauf gedrängt, daß neben den Mitgliedstaaten die EG selbst Vertragspartei werden könnte.

Quellenhinweis: W. Graf Vitzthum, Marine Rohstoffgewinnung, Internationale Politik und Neues Seerecht, als Manuskript bei WIM; Wirtschaftsvereinigung Industrielle Meerestechnik (WIM), Jahresbericht 1980; U. Jenisch, Das neue Internationale Seerecht, Europ. Wehrkunde 7/82; H.R. Krämer, Die Nordsee in der EWG, Europa-Archiv 18/78; noroil, Juni 1982; Dtscher Bundestag, Drucksache 9/1771



Verlegung einer Mannesmann-Gasleitung im norwegischen Ekofisk-Feld.

reszenen grobgeschätzt in der gleichen Größenordnung wie das Küstenmeer der USA, die das viertgrößte besitzt.

Die BRD hat rasch darauf gedrängt, daß auch der Meeresboden zum Geltungsbereich des EG-Rechts gehören soll. 1978 schreibt Prof. Krämer vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel im „Europa-Archiv“: „Weil die Anteile der Mitgliedstaaten am Festlandsockel dem Gemeinschaftsrecht unterliegen, dienen somit die Öl- und Gasfunde in der Nordsee – evtl. auch die Funde anderer Rohstoffe – weit zuverlässiger der Versorgung aller EG-Länder, als es der Fall wäre, wenn der Nordseeboden außerhalb des Rechtsgebiets der Gemeinschaft läge.“ Zuverlässige Versorgung aller EG-Länder? Rechtsgebiet der Gemeinschaft? Auch die Falkland-Inseln liegen im „EG-Meer“, eine Beteiligung an Flotteneinsätzen kann in Erwägung gezogen werden!

Allerdings teilen nicht alle imperialistischen Konkurrenten in der EG die Rechtsauffassung der BRD. So heißt es 1980 in der Zeitschrift „Meerestechnik“: „Es geht um die Grundsatzfrage, ob die europäischen Verträge und ihr abgeleitetes Recht in den hoheitlichen Meereszonen der Mitgliedstaaten

tig Portugals richten muß ... Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: es geht nicht um die Vergemeinschaftung der Ressourcen (britisches Öl), sondern um die Chancengleichheit von Firmen aus den Mitgliedstaaten bei der Ausbeutung der Schätze.“

Die BRD-Kapitale sehen sich in der Lage, diese „Chancengleichheit“ in einem ihnen jederzeit freizugänglichen „EG-Meer“ zu nutzen und eine führende Rolle in der Konkurrenz einzunehmen. Mit der Deminex gibt es einen westdeutschen Ölkonzern, der weltweit an 22 Explorationsvorhaben beteiligt ist – in der Nordsee an mehreren britischen Ölfeldern, an einem mit Aktienmehrheit von 42%; im Golf von Suez mit 17%; vor Trinidad an einem Gasvorkommen; im Ägäischen Meer am Prinos Gas- und Ölfeld. In Norwegen ist die Deminex zum bedeutendsten ausländischen Unternehmen bei der Ausbeutung der Erdöl- und Gasfelder im Meer geworden.

In der Fördertechnik erreichen die BRD-Konzerne Weltspitzenniveau. Im Jahresbericht 1980 der Wirtschaftsvereinigung Industrielle Meerestechnik heißt es: „Die deutsche meerestechnische Industrie steht auf der Schwelle zur Realisierung meerestechnischer

Großbritannien Schwere Niederlage der Lokführer

Nach der Niederlage der britischen Lokführer in ihrem Streik gegen die Einführung „flexibler Arbeitszeiten“ setzt die Regierung Thatcher im öffentlichen Dienst nach: Die staatliche Eisenbahn will nicht einmal mehr die 5% bezahlen, die noch vor sechs Wochen angeboten wurden, wenn die Gewerkschaften nicht erhebliche „weitere Produktivitätsverbesserungen“ zustehen. Auch der Lohnkampf der Krankenhausbeschäftigten und der Gemeindearbeiter gegen die Privatisierungskampagne der Regierung sind in einer schwierigen Lage.

Die 26000 Lokführer in der Gewerkschaft ASLEF mußten am 19. Juli ihren Streik nach zwei Wochen abbrechen, nachdem der Vorstand des Gewerkschaftsbundes TUC ihnen den Entzug der Unterstützung angedroht hatte, was einem Ausschluß gleich käme. Der TUC begründete seine Haltung mit dem „unwiderruflichen Schaden“, den die von British Rail angekündigte Schließung des gesamten Eisenbahnnetzes bedeuten würde. Diese Schließung hätte die Entlassung aller Eisenbahner, auch der 160000 Mitglieder der NUR, bedeutet.

Die Niederlage der Lokführer wurde durch die hergebrachte ständische Gewerkschaftsorganisation begünstigt.

Die größte Eisenbahnergewerkschaft, die NUR, hatte nach anfänglichem Widerstand im letzten Jahr der neuen Arbeitszeitordnung zugestimmt, die Neunstunden-Schichten und verschiedene, von Woche zu Woche veränderte Arbeitszeiten bedeutet. ASLEF, in der die meisten Lokführer zusammengeschlossen sind (obwohl einige auch zur NUR gehören) stimmte der Arbeitszeitordnung nicht zu.

Im Februar beendete ASLEF einen Streik gegen die neue Arbeitszeit nach einem Teilerfolg: Eine unabhängige Kommission befand, die Gewerkschaft habe keineswegs mit dem Tarifvertrag



Die Bourgeoisie schmeichelt den Krankenschwestern als „Engel in Weiß“. „Auch Engel müssen essen“, heißt es hier.

im letzten Jahr auch die neue Arbeitszeitordnung gebilligt. Aber eine nach dem Streik angerufene Schlichtungsstelle gab British Rail recht.

Anfang Juli rief die NUR ihre Mitglieder zum Streik gegen das 5%-Angebot (bei 11% Inflation) der Eisenbahn auf. ASLEF beteiligte sich nicht, der Vorstand empfahl seinen Mitgliedern sogar, normal zu arbeiten. Die NUR verlor den Streik nach nur einem Tag.

Eine Woche später trat ASLEF in den Streik, weil die Eisenbahn einseitig in 71 der 265 Depots die neue Arbeitszeitordnung angeordnet hatte. Der

Streik brachte rasch das gesamte Netz zum Stillstand, obwohl die NUR-Mitglieder sich nicht beteiligten.

Die Regierung Thatcher glänzte förmlich in ihrem Erfolg nach der Streikniederlage, die Presse überschlug sich. „Das arrogante Grinsen von Ray Buckton's Gesicht gewischt“, beschreibt die „Sun“ unter der Überschrift „Victory“ das Ende des Streiks. Erst die Falklands, dann die Lokführer, das war die Linie.

Natürlich hat die Niederlage Auswirkungen auf den gesamten öffentlichen Dienst. Am gleichen Tag, als die Lokführer ihren Streik aufgeben mußten, begannen die Arbeiter in Krankenhäusern und die Krankenschwestern einen dreitägigen Streik. Sie fordern 12%, die Regierung hat 7,5% für Krankenschwestern und 6,5% für Hilfskräfte geboten. In verschiedenen Regionen konnte der Streik nur einen Tag gehalten werden, auch die zugesagte Unterstützung fiel magerer aus als erwartet, obwohl 7000 Bergleute in Yorkshire und die Bauarbeiter in zwei Kraftwerksbaustellen zur Unterstützung streikten.

Die Niederlage der Eisenbahner schadet auch den Gemeindearbeitern. In Wandsworth in London verloren die Müllmänner einen längeren Streik gegen die Einführung privater Müllabfuhrunternehmen. Jetzt plant die Großstadt Liverpool ähnliches, was für mehr als 10000 Arbeiter Lohnsenkungen bedeuten würde. Sogar Schwimmbäder, Parks usw. sollen nach den Gesetzen der „freien Marktwirtschaft“ künftig von Geldschneidern betrieben werden. Liverpools 31000 Beschäftigte bereiten dagegen einen Streik vor, der in dieser Woche beginnen soll.

Quellenhinweis: Socialist Worker, 23.7.1982; Financial Times, 19.7.1982.

Golfkrieg Greift die NATO ein?

„Der Ajatollah greift nach den Ölquellen“, schreibt der „Spiegel“, nachdem iranische Truppen die „Ramadan-Offensive“ gegen den Irak eingeleitet haben. Und der Grund für diesen empörten Aufschrei? „Die iranische Regierung, berichtete Lambsdorff (nach seinem Besuch im Juni 1982, d.V.), sei sogar an einer gemeinsamen Förderung irakischen Öls mit der Essener Bohrfirma Deminex interessiert.“ Das scheinheilige Bedauern der Imperialisten über den Krieg weicht offenen Drohungen gegenüber dem Iran, sobald „unser Öl“ in Gefahr ist. Die US-Regierung gab bekannt, daß derzeit 35 US-Kriegsschiffe, darunter der Flug-

zeugträger „Ranger“ im Indischen Ozean kreuzen. Die libanesische Zeitung „al Safir“ meldete, daß die Türkei 35000 Soldaten an der Grenze zum Irak und Iran zusammengezogen hat. Seit dem Militärputsch arbeitet der NATO-Staat Türkei auch auf militärischem Gebiet eng mit dem Irak zusammen.

Die irakische Regierung hat vor 22 Monaten den Krieg gegen den Iran begonnen, und sie zielt auf die Provinz Khusistan, wo 90% des iranischen Öls gefördert werden. Die Imperialisten hatten an diesem Krieg ein dreifaches Interesse: 1. Möglichkeiten zu schaffen, die iranische Revolutionsregierung zu stürzen. 2. Die relative Unabhängigkeit des Iraks zu beseitigen. 3. Unabhängig vom Kriegsausgang, ihre Zugangsmöglichkeiten zu den Erdölreichtümern der Golfregion zu verbessern.

Im Verhältnis der BRD zum Irak zeigt sich, wie weit die Imperialisten diesen Krieg nutzen konnten. 1981 wurden für 6,5 Mrd. DM Waren aus der BRD in den Irak geliefert, 150% mehr als 1980. Im ersten Quartal 1982 haben sich die Lieferungen erneut verdoppelt auf 2,1 Mrd. DM. Umgekehrt betrugen aber die Lieferungen des Iraks in die BRD, hauptsächlich Erdöl, 1981 nur 176 Mio. DM. Der Irak beginnt seine Auslandsverschuldung zu erhöhen, er kann nicht mehr wie bisher Aufträge sofort in bar zahlen. Auf Wunsch der irakischen Regierung soll der erste Bauabschnitt der Eisenbahn von Bagdad nach Basra mit Krediten finanziert werden. Die Hermes-Bürgschaftszusagen für Irak-Aufträge belaufen sich jetzt auf knapp 10 Mrd. DM.

Der Anlaß für die iranische „Ramadan-Offensive“ war die Weigerung der irakischen Regierung, nachdem sie am 10. Juni einseitig einen Waffenstillstand erklärt hatte, über Kriegsschädigungen, die Kriegsschuld und Grenzfestlegungen zu verhandeln. Von irakischer Seite gibt es so keine Bemühungen, den Krieg, der den Imperialisten bisher einiges einbrachte und sowohl den Iran als auch den Irak ungeheuer viel kostete, zu beenden.

Die Forderungen des Iran, die er jetzt gegenüber dem Irak erhebt, erleichtern eine Beendigung des Krieges allerdings auch nicht. Das militärische Ziel „Schaffung einer Sicherheitszone“ ist uferlos, wo soll sie enden? Und wie soll der Irak die iranische Reparationsforderung von 150 Mrd. Dollar, das fünffache seines Bruttosozialprodukts, je bezahlen? Und wenn der Iran das irakische Volk aufruft, die Baath-Regierung zu stürzen, widerspricht das den Prinzipien der Blockfreienbewegung.

Quellenhinweis: Spiegel, 19.7.82; Handelsblatt, 15.7.82; FAZ, 1.7.82; Xinhua, 10.6. – 18.7.82

Wechselhafte Tradition der Zusammenarbeit von der „Lösung der Judenfrage“ zur „Lösung der Palästinenserfrage“

Die arabischen Völker sind seit der Existenz Israels nicht nur regelmäßig militärischen Aggressionen ausgesetzt, nein sie werden, wann immer sie sich zur Wehr setzen, von den Aggressoren auch noch bezichtigt, die faschistische Politik der Judenvernichtung fortzusetzen. Ähnlicher Anschuldigungen müssen sich seit jeher auch die Antifaschisten in der BRD erwehren, die sich gegen die Unterdrückungspolitik des zionistischen Siedlerstaates und seine Unterstützung durch die BRD wenden: Ihr Anti-Zionismus sei in Wirklichkeit jener Antisemitismus, der für die Verfolgung und Vernichtung von Millionen Juden verantwortlich ist. Nicht nur die Zionisten selbst, auch die westdeutschen Bourgeoispropagandisten erheben solche Anschuldigungen mit Vorliebe. Immerhin haben sie damit erreicht, eine doch bemerkenswerte Tatsache fast jeder kritischen Betrachtung zu entziehen:

Wie nämlich ist zu erklären, daß die westdeutsche Monopolbourgeoisie, die ja nicht nur rechtlich die Erbin der faschistischen deutschen Reichsbourgeoisie ist, sondern auch personell weitgehend identisch mit ihr war und ist (von natürlichen Verjüngungsprozessen abgesehen), daß also dieselbe Klasse, die gerade noch systematische Ausrottung der europäischen Juden betrieben hatte, binnen kürzester Frist geradezu herzliche Beziehungen zu Israel als dem neugegründeten „Staat der Juden“ suchte? Und: Wie ist zu erklären, daß der zionistische Staat, der beansprucht, die „jüdische Nation“ inner- und außerhalb Israels zu vertreten, diese freundschaftlichen Beziehungen zu den Schlächtern von sechs Millionen Juden ebenfalls wünschte und einging?

Was auf den ersten Blick unverständlich erscheint, ist so unverständlich nicht. Die heutigen Beziehungen zwischen der BRD und Israel gründen sich auf eine lange Tradition der Kooperation zwischen der Reaktion in Deutschland und dem Zionismus, die durch die Verbrechen des Faschismus zwar getrübt, aber nicht einschneidend unterbrochen wurde. Niemals hat der Antisemitismus, den die deutsche Bourgeoisie stets und nicht erst mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus pflegte, sie gehindert, die zionistische Bewegung zu fördern, genauso wenig wie ihr Antisemitismus die Zionisten hinderte, sich den deutschen Imperialisten anzudienen.

Auf dem Basler Kongreß 1897 hatten die Zionisten als ihr Ziel festgelegt: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina.“ (1) Klar war, daß das Fußvolk für die koloniale Besetzung Palästinas erst noch gewonnen werden mußte, klar war aber auch, daß die Assimilation der Juden in den europäischen Ländern, die sich mit der Entwicklung des Kapitalismus immer ra-

Fortschritt der deutschen Gesittung und Kultur im Orient verbunden werden könnte.“ (2) Als die britische Bourgeoisie 1917 den Zionisten eine „Heimstätte“ in Palästina in Aussicht stellte, fürchtete die deutsche, auch hier wiederum zu spät zu kommen bei der Beerbung des Osmanischen Reiches, und gründete im Gegenzug ein „Deutsches Komitee zur Förderung der jüdischen Palästinasiedlung“, das die „Ausbreitung deutscher Kultur



Landräuber und Kolonialsoldaten der zionistischen „Haschomer“ in Palästina 1904. In diesem Jahr setzte die zweite Einwanderungswelle ein. Zwischen 1880 und 1926 strömten 120 000 Siedler ins Land.

scher vollzog, ein kaum zu überwindendes Hindernis für die Mobilisierung eines solchen, aus der jüdischen Bevölkerung in Europa zu rekrutierenden kolonialen Mobs darstellte.

Mit der Propaganda von Antisemitismus wirkte die Reaktion in Deutschland der Assimilation der Juden entgegen und bereitete damit überhaupt erst den Boden für das Aufkommen einer zionistischen Bewegung, die sich den Expansionsabsichten des deutschen Imperialismus allerdings geradezu anbot. So trieb der Antisemitismus in Deutschland just zu dem Zeitpunkt neue Blüten, als die deutsche Bourgeoisie ihren Nachholbedarf an Kolonien entdeckte und die territoriale Neuaufteilung der Welt in Angriff nahm, Ende des letzten, Anfang dieses Jahrhunderts. 1902 bot der Zionist Bodenheimer dem Auswärtigen Amt in Berlin an: „... zweifle ich nicht daran, daß die Entwicklung der zionistischen Bewegung untrennbar mit dem

und Wirtschaftsbeziehungen im Vordere Orient“ mithilfe einer zionistischen Siedlungsbewegung koordinieren sollte.

Der Plan ging nicht auf, die deutschen Imperialisten konnten sich gegen ihre britischen Konkurrenten, die das Mandat über Palästina eroberten, nicht durchsetzen. Dennoch können bei der Gründung Israels 1948 nicht die britischen, sondern die deutschen Imperialisten für sich in Anspruch nehmen, entscheidende Geburtshilfe für das zionistische Siedlergebilde geleistet zu haben und damit für die imperialistische Kontrolle der arabischen Region, an der die BRD bald schon teilhatte.

Die Geburtshilfe leistete der Faschismus, und zwar nicht blind, sondern durchaus bewußt, wenngleich die koloniale Besiedlung Palästinas nur ein untergeordneter Gesichtspunkt für die faschistische „Lösung der Judenfrage“ war.

Auch nach über 7 Wochen Krieg hat Israel seine Kriegsziele nicht erreicht. Die PLO ist ungeschlagen

Der Vertreter der PLO in der Bundesrepublik Abdallah Frangi erklärte in der vergangenen Woche auf einer Pressekonferenz: „Am 6. Juni 1982 hat die israelische Invasion in den Libanon begonnen. Ich möchte vorab eines hier feststellen: Heute ist der 20. Juli. Die PLO ist nicht besiegt und nicht geschlagen.“ Diese Feststellung ist nach wie vor gültig.

„Die Ziele dieses israelischen Kriegszuges sind Ihnen allen bekannt“, fuhr Abdallah Frangi auf der Pressekonferenz fort: „die militärische und politische Liquidierung der PLO, vor allem auch zur Durchsetzung der israelischen Annektionspläne in Westbank und Gaza; die Installierung einer neuen libanesischen Regierung von Begin und Sharons Gnaden und der Abschluß eines Separatfriedens mit Libanon; die Etablierung Israels als regionale Supermacht, als US-amerikanischer Militärpartner, der die gesamte Region unter Kontrolle hat.“ „Zur Durchsetzung dieser Ziele ist die israelische Armee vor keinem Mittel und keiner Methode zurückgeschreckt. Städte wie Tyros und Saida, die zu den ältesten der Menschheitsgeschichte zählen, wurden rücksichtslos zerbombt. Diese Städte, ebenso wie Nabatiyeh und Damour, sind heute nach Angaben des IRK zu 80 bzw. 60 Prozent zerstört. Die palästinensischen Flüchtlingslager im Süden, in denen Zehntausende von Menschen lebten, wurden von der israelischen Luftwaffe und Artillerie ausradiert und anschließend von Bulldozern dem Erdboden gleichgemacht.“ „150000 israelische Soldaten stehen heute im Libanon. Israel hat seine ganze hochmoderne und furchtbare Kriegsmaschinerie im Libanon eingesetzt. Phantombomber in der Luft, Kanonenboote und Kreuzer auf dem Wasser, Artillerie und Infanterie zu Land.“

Diese ganze Kriegsmaschinerie ist, seit Wochen nun schon, vor West-Beirut ins Stocken geraten. Soviel jedoch steht fest: Wenn es Israel nicht gelingt, Beirut zu erobern und die militärische Kampfkraft der PLO und der verbündeten libanesischen Milizen, der Vereinten Streitkräfte, gänzlich zu vernichten, wird es seine Kriegsziele nicht erreichen. Und: Mit jedem Tag Krieg ist Israel weiter von der Durchsetzung seiner Kriegsziele entfernt, rückt die militärische Niederlage näher in den Bereich des Möglichen.

Wie will Israel eine Regierung von eigenen Gnaden einsetzen und einen „Friedensvertrag“ diktieren, solange die PLO und ihre Verbündeten nicht vernichtend geschlagen sind? Zwar bietet sich der christliche Phalangistenchef Gemayel als Präsidentschaftskandidat an. Aber er hat seinen Phalangisten *auch* befohlen, die zu offene Verbrüderung mit den israelischen Truppen zu vermeiden. Solange sich die Aggressoren auf dem Vormarsch befinden und dort, wo sie die uneingeschränkte militärische Kontrolle ausüben, fühlen sich die christlichen Phalangisten stark und schrecken vor der Unterstützung der Aggression nicht zurück. Doch klingt in Gemayels Anordnung nicht deutlich die Ahnung durch, daß der israelische Vernichtungsfeldzug womöglich scheitern und die Phalangisten dann gezwungen sein könnten, Frieden zu schließen mit denen, die sie heute noch rücksichtslos bekämpfen?

Es bedürfte nur eines Befehls, um die PLO in West-Beirut auszuradieren, haben der israelische Premier Begin und sein Kriegsminister Sharon prahlerisch erklärt. Warum dann geben sie den Befehl für den Sturm auf Beirut nicht? Ganz und gar absurd wäre zu



Beirut brennt, aber die Aggressoren schrecken vor dem Sturm zurück.

Spendenkonto der Palästinensischen Ärztevereinigung:
Dresdner Bank Bonn, Kto.Nr. 2536900
BLZ 37080040

vermuten, daß die USA, die diesen Krieg geplant und in Gang gesetzt haben, ihre Kettenhunde nun zurückhalten würden, aus Mitleid mit dem palästinensischen Volk vielleicht. Nein, sie

fürchten ebenso wie der israelische Generalstab, daß, wenn sie den Sturm auf Beirut wagen, die Ankündigung des PLO-Vorsitzenden Arafats sich bewahrheiten könnte, daß nämlich Beirut das Stalingrad der israelischen Armee werde.

Nun haben nicht wenige Leute hier in der BRD, die durchaus gegen den israelischen Aggressionskrieg Stellung beziehen, diese Ankündigung Arafats für – um es freundlich auszudrücken – übertriebenen Optimismus gehalten. Es ist auch zu vermuten, daß Zweifel an der Richtigkeit und den Erfolgsaussichten der PLO-Strategie, West-Beirut zu halten, viele in ihrer Unterstützung für die PLO gelähmt haben, noch lähmen. Vielleicht vertrauen sie imperialistischen Zeugen mehr?

Unter der Überschrift „Festung Beirut“ schreibt der Militärfachmann der „FAZ“ Adalbert Weinstein am 27.7.: „Sind die Israelis militärisch in eine Sackgasse gelaufen? ... Jetzt steht die Armee vor einem Hindernis, das unüberwindbar scheint: Beirut. Diese moderne Großsiedlung ist für eine technische Armee eine Barriere ähnlich einem Meer oder einem Gebirge. Kein Vorteil, den die Panzertruppe dem General bietet, keine Chance, die mechanisierte Infanterie wahrnehmen kann, sind in einer solchen Stadt militärisch zu nutzen. Beweglichkeit und operativer Einfallsreichtum, Kernelemente der Panzerarmee, zerschellen an den Mauern, den Stahlbetonwänden und Kunstbauten des Stadtgiganten. Israels Armee steht, klein wie David, vor dem Goliath Beirut.“

Von der vollständigen Zerbombung Beiruts rät Weinstein ab, wohl wissend, daß die Stadt damit immer noch nicht erobert ist. „Bleibe also der klassische Kampf: Mann gegen Mann, Straßenkampf, Häuserkampf. Wiederum stände dann Israel wie David da. Ein kleines Volk trifft – militärtechnisch – der Verlust eines Soldaten mehr, als der Untergang ganzer Bataillone eine große Nation trifft ... Madrid, Warschau und Stalingrad sind Beispiele, die die Verantwortlichen daran erinnern sollten, daß mit der besten Truppe in einer ganz bestimmten militärischen Situation keine Wende herbeizuführen ist.“

Bereits jetzt ist dies der längste Krieg, den Israel jemals geführt hat, und, wie allgemein angegeben wird, vor allem der verlustreichste. Selbst im Südlibanon, den Israel nach schnellen militärischen Erfolgen und durch ungeheuren Terror gegen die Bevölkerung fest zu kontrollieren glaubte, sind die Invasionstruppen nicht sicher. Mehrere Zeitungen meldeten bewaffnete Aktionen der PLO im Süden und

in der östlich Beiruts gelegenen Bekaa-Ebene, die den israelischen Einheiten Verluste an Soldaten und Panzern einbrachten. Auch die sich mehrenden Demonstrationen in Saida und anderen Städten strafen alle Behauptungen Lügen, daß der Widerstand im Südlibanon gebrochen sei.

Der erfolgreiche Kampf der PLO und ihrer libanesischen Verbündeten hat den „nationalen Konsens“ in Israel selbst schwer erschüttert. Nach der jüngsten Umfrage lehnen 68% der Israelis einen Sturm auf Beirut ab. Auch in den jüdischen Gemeinden in aller Welt, vor allem in den USA, die bisher geradezu bedingungslos die israelischen Aggressionskriege unterstützten, bröckelt die Unterstützung und regt sich offener Widerstand, der mit jedem Tag wächst und eine der wichtigsten Finanzquellen für das zionistische Siedlerregime beeinträchtigen kann. Die israelischen Machthaber spielen mit hohem Einsatz.

Die israelische Aggression hat dem palästinensischen und dem libanesischen Volk schwere Opfer aufgebürdet. Der mutige Weg, den die PLO und ihre libanesischen Verbündeten zur Verteidigung gewählt haben, hat jedoch noch größere Opfer verhindert. Den Imperialisten ist es nicht gelungen, die PLO zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen und die palästinensischen Massen in einen Spielball ihrer Interessen zu verwandeln. Mit jedem Tag, den die PLO West-Beirut halten und zugleich den militärischen Widerstand in den israelisch besetzten Gebieten des Libanon neu organisieren und verstärken kann, wird auch ihre Position in den Verhandlungen mit den USA stärker. Sie fordert nach den Worten Abdallah Frangis den sofortigen israelischen Rückzug um acht bis zehn Kilometer aus Beirut, die Bildung einer libanesischen Regierung mit allen libanesischen Parteien, mit der die Verhandlung über die Anwesenheit der 500 000 Palästinenser im Libanon geführt werden kann und die mit Unterstützung der UNO den vollständigen Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon betreiben soll. Die USA werden aufgefordert, die PLO anzuerkennen und über die Errichtung eines palästinensischen Staates in den von Israel jetzt besetzten und dann geräumten Gebieten zu verhandeln. Unter diesen Bedingungen ist die PLO bereit, ihre militärische Anwesenheit im Libanon zu reduzieren.

Quellenhinweis: Palästina Bulletin, hrsg. von der Informationsstelle Palästina, Nr. 23 bis 26/82; FAZ, die Tageszeitung, 19. bis 27.7.82

Schon 1920 hatte der führende NSDAP-Theoretiker Alfred Rosenberg sich programmatisch über die „Judenfrage“ und ihre „Lösung“ ausgelassen und keinen Zweifel über die Absichten der Faschisten gelassen. U.a. schrieb er auch: „Der Zionismus muß tatkräftig unterstützt werden, um jährlich eine zu bestimmende Zahl deutscher Juden nach Palästina oder überhaupt über die Grenze zu befördern.“ (3) In diesem Sinne verfuhr die Reichsbourgeoisie nach dem Machtantritt des Faschismus in der Tat: Bis ins zweite Kriegsjahr, 1941, versuchte sie die „Judenfrage“ durch die Vertreibung der deutschen Juden zu „lösen“, d.h. die Auswanderung durch Verfolgung, Unterdrückung, Vernichtung der Existenzgrundlage zu erzwingen. Und sie fand in den Zionisten willige Helfer, die der faschistischen Ideologie zudem nahe standen.

so gestalten, daß dadurch eine *Entlastung der jüdischen Position in Deutschland* erfolgt.“ (4) Auf dieser Basis fanden sich die Zionisten in Deutschland wie die zionistischen Weltorganisationen zu einer von den faschistischen Verbrechen zwar getrüben, bis 1941 aber nicht abgebrochenen Zusammenarbeit mit dem Hitlerfaschismus bereit.

Diese Zusammenarbeit, für die von Seiten der faschistischen Reichsregierung das Reichswirtschaftsministerium, das Auswärtige Amt und die Gestapo (ihr Vertreter war zunächst Eichmann) zuständig waren, bezog sich vor allem, aber nicht ausschließlich auf die Durchführung der „Auswanderung“. Die Faschisten gestatteten den Zionisten, die schon vor 1933 eingerichteten Trainingslager weiterzuführen und auszubauen. In diesen Camps wurden Kinder und Jugendliche zwischen 12



SS ertränkt den Aufstand des Warschauer Ghettos in Blut.

Am 21. Juni 1933 und damit nach dem ersten staatlich organisierten Pogrom, dem sog. „Boykott-Tag“ am 1. April, gab die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“ eine Erklärung zur „Stellung der Juden im neuen deutschen Staat“ ab, mit der sie zunächst die Existenz einer „Judenfrage“ ausdrücklich anerkennt. Weiter heißt es: „Der Zionismus glaubt, daß eine Wiedergeburt des Volkslebens, wie sie im deutschen Leben durch Bindung an die christlichen und nationalen Werte erfolgt, auch in der jüdischen Volksgruppe vor sich gehen müsse. Auch für den Juden müssen Abstammung, Religion, Schicksalsgemeinschaft und Artbewußtsein von entscheidender Bedeutung für seine Lebensgestaltung sein.“ Als „praktisches Angebot“ an die faschistischen Machthaber folgte daraus vor allem: die Förderung der Auswanderung, spricht die Zustimmung zur Vertreibung. „Der Zionismus will die Auswanderung der Juden nach Palästina

und 18 Jahren, die „sorgfältig gesucht“ (5) wurden, auf ihre Zukunft als Kolonialagenten in Palästina vorbereitet, bis 1941 rund 7400. Auch nach der sog. „Kristallnacht“ am 9./10. November 1938 unterstützten die Gestapo und solche „Dienststellen“ wie das SS-Büro für jüdische Angelegenheiten und das Zentralbüro für Emigration in Wien, das inzwischen unter Leitung Eichmanns stand, die Errichtung weiterer Trainingslager und vor allem die Durchführung der illegalen Einwanderung nach Palästina.

Für die deutsche Bourgeoisie war diese Zusammenarbeit in mehrfacher Hinsicht lukrativ. Gleich zu Beginn ihrer faschistischen Diktatur schloß sie mit der zionistischen „Jewish Agency for Palestine“ und der „Zionistischen Vereinigung Deutschland“ das „Havara-Abkommen“. Jüdische Emigranten, die in Palästina siedeln wollten, zahlten ihr Vermögen, mindestens aber 1000 Palästinensische Pfund (LP) (12000 RM), auf ein bei der Reichs-

hauptbank errichtetes Sonderkonto der zionistischen Bank der Tempelgesellschaft. Dafür bekamen sie zunächst 80%, bis 1938 nur noch weniger als 50% gutgeschrieben. Die Differenz kassierte der deutsche Staat, bei einem Gesamttransfer von 140 Mio. RM von 1933 bis 1939 ein beträchtlicher Betrag. Zweitens verfügten die Zionisten damit über Devisen, mit denen sie den Export deutscher Waren nach Palästina finanzierten, den die deutschen Imperialisten auf diese Weise von 11,4 Mio. RM 1933 auf 27,6 Mio. RM 1937 steigern konnten. Erreichten die „Auswanderer“ Palästina, erhielten sie den eingezahlten Betrag in LP ausgezahlt, abzüglich des Tributs an die Faschisten und abzüglich eines weiteren Tributs an die Jewish Agency, die damit hauptsächlich die „Auswanderung“ mittel- loser, aber kräftiger, junger Juden aus Mitteleuropa finanzierte.

Bis 1941 gelangten auf diese Weise rund 66500 Juden aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei als „legale“ Einwanderer nach Palästina, weitere Tausende als illegale. Für die Entwicklung einer zionistischen Wirtschaft in Palästina war das mit ihnen importierte Kapital, für die koloniale Besiedlung palästinensischen Landes die Rekrutierung junger „Pioniere“ von hervorragender Bedeutung. (6)

Gewiß hat die so betriebene „Auswanderung“ Zehntausende mitteleuropäischer Juden vor der Ermordung bewahrt. Aber nicht die Rettung der verfolgten Juden, sondern die Gewinnung von Kolonialisten war das Motiv der Zionisten. Das machen vor allem die Auswahlkriterien – und die Zionisten waren es, die die „Auswanderer“ auswählten – deutlich: Kapitalisten, Junge – und Deutsche bzw. Mitteleuropäer (Österreicher, Tschechen). Für die polnischen Juden etwa rührten die Zionisten keinen Finger, obwohl Polen 1939 von Hitlerdeutschland besetzt wurde, ihre Zusammenarbeit mit den Faschisten aber bis 1941 andauerte. Über die Auswahlkriterien schrieb der damalige Vizepräsident der zionistischen United Jewish Appeal: „Es kann keine tödlichere Waffe für die Feinde des Zionismus geben, ... wenn Palästina mit sehr alten Leuten oder unerwünschten Elementen überschwemmt würde, die die Lebensbedingungen in Palästina unmöglich machen und die Aussicht auf die Schaffung von ökonomischen Umständen, die eine Kontinuität der Einwanderung sichern sollen, zerstören würden.“ (7) Ben Gurion, der spätere Premierminister Israels, ließ über die zionistischen Motive ebenfalls keinen Zweifel. Am 17.12.1938, als eine große Zahl von Juden bereits in den Konzentrationslagern gefangengehalten wurde, schrieb

er: „Wenn wir eine Trennung zwischen dem Flüchtlingsproblem und dem Palästina-Problem zulassen, riskieren wir die Existenz des Zionismus.“ Und fügte hinzu: „Die Rettung jüdischen Lebens vor Hitler wird hier als eine mögliche Bedrohung des Zionismus angesehen, falls sie nicht nach Palästina gebracht werden. Als der Zionismus zwischen dem jüdischen Volk und dem jüdischen Staat zu wählen hatte, gab er ohne zu zögern dem letzteren den Vorrang.“ (8)

Konsequent hatten die Zionisten in Deutschland schon vor dem Machtantritt des Faschismus und auch danach schärfstens diejenigen Juden und jüdischen Organisationen bekämpft, die sich gegen den Nationalsozialismus und seinen Antisemitismus organisier-



1948: Hunderttausende Palästinenser werden von ihrem Land vertrieben.

ten. Später schreckten gewisse Zionisten nicht einmal vor direkter Beteiligung an der Massenvernichtung zurück, wenn sie sich davon etwas versprechen konnten. Der bedeutendste Fall einer solchen Kooperation wurde von dem israelischen Journalisten Malchiel Greenwald aufgedeckt, der nachwies, daß ein Dr. Rudolf Kastner vom Rettungskomitee der Jewish Agency in Budapest 80000 ungarische Juden Eichmanns SS-Schergen auslieferte gegen die erbärmliche Erlaubnis, dafür „600 prominente Juden“, d.h. Zionisten, zu retten. Ein israelisches Gericht bestätigte die Enthüllungen von Greenwald; bevor jedoch der gegen Kastner eingeleitete Prozeß stattfinden konnte, wurde dieser von der israelischen Geheimpolizei ermordet.

1941 gingen die deutschen Imperialisten zur „Endlösung der Judenfrage“, zur Massenvernichtung der Juden in Deutschland und dem besetzten Europa über. Durch den Überfall auf die Sowjetunion glaubten sie, den Krieg rasch zu ihren Gunsten entscheiden und ihre Kriegsziele erreichen zu können. Ihr hauptsächliches Kriegsziel war

die gewaltsame „Einigung“ Europas unter ihrer Vorherrschaft, in ihren eigenen Worten: „Eine kontinental-europäische Großraumwirtschaft unter deutscher Führung muß in ihrem letzten Friedensziel sämtliche Völker des Festlandes von Gibraltar bis zum Ural und vom Nordkap bis zur Insel Zypern umfassen, mit ihren natürlichen kolonisatorischen Ausstrahlungen in den sibirischen Raum und über das Mittelmeer nach Afrika hinein.“ (9)

Diesem „Friedensziel“ standen die Juden in Europa im Wege. Man würde die deutsche Finanzbourgeoisie gewaltig unterschätzen, wenn man ihr blinden Antisemitismus unterstellen würde. Sie kalkulierte das Verbrechen der Massenvernichtung ebenso eiskalt, wie sie es ausführen ließ. Sie wollte ein Hindernis aus dem Weg räumen und sie tat es. Inwiefern aber sah sie in den europäischen Juden ein Hindernis? Die jüdischen Angehörigen der Arbeiterbewegung, vielfach ihre hervorragendsten Vertreter, waren mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung selbst als akute Gefahr ausgeschaltet. Nicht ausgeschaltet aber waren die jüdischen Bourgeois, die, obwohl sie jeweils den in den verschiedenen europäischen Ländern herrschenden Klassen angehörten, dennoch durch ein besonderes Netz internationaler Verflechtungen und Beziehungen eng miteinander verbunden waren. Diese besondere Stellung der jüdischen Bourgeoisie in Europa war ein Relikt aus den vor- und frühkapitalistischen Zeiten, in denen die Juden als Vertreter des Handels- und des Bankkapitals fungierten und in denen sie deshalb zwangsläufig die internationalen Handels- und Geldbeziehungen beherrschten. – Die deutsche Finanzbourgeoisie befürchtete, daß die jüdischen Bourgeois ihr aufgrund ihrer engen internationalen Beziehungen und Verflechtungen die Früchte der angestrebten Vorherrschaft in einer „kontinental-europäischen Großraumwirtschaft“ entreißen könnten.

Die Vorbereitung zur Zerschlagung dieser „jüdischen“ internationalen Vermögenszusammenhänge hatte sie u.a. mit den Rassengesetzen von 1935 getroffen. Die Definition von Juden, Halbjuden und Vierteljuden bei gleichzeitiger Strafbarkeit der „Rassenschande“ bezweckte v.a., daß die jüdischen Bourgeois ihr Vermögen nicht durch Verwandtschaftsbeziehungen, durch Taufe, „christliche“ Verheiratung, Vererbung ihrem Zugriff entziehen konnten. Nach der Besetzung Kontinentaleuropas wurden den deutschen Imperialisten die bis dahin angewandten Methoden zur „Lösung der Judenfrage“, Terror, Enteignung Vertreibung, zu zeitraubend und unef-



„Wiedergutmachung“ mit und ohne Waffen

Unter dem Schlagwort „Wiedergutmachung“ am jüdischen Volk lieferte die westdeutsche Bourgeoisie eins ihrer am unverschämtesten begründeten Manöver zur Eroberung von Märkten und zur Errichtung eines Brückenkopfes der westlichen Imperialisten. Durch den Israel-Vertrag erklärte sich die Regierung der BRD unter Adenauer 1952 gegenüber Vertretern des Staates Israel und der „Conference on Jewish Material Claims against Germany“, die 23 jüdische Organisationen außerhalb Israels vertrat, bereit, mit der Zahlung von drei Milliarden DM binnen zwölf Jahren „eine Lösung des materiellen Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen“ (Erklärung des Bundestages vom 27.9.1952). Das konkrete

Verhandlungsergebnis war hauptsächlich im Interesse der westdeutschen Kapitalisten. Sie setzten durch, daß die Zahlung in Waren erfolgte. Über vier- einhalbtausend Firmen verschafften sich eine durch die Regierung gedeckte Exportmöglichkeit. Geliefert wurden Waren und Dienstleistungen, die die Infrastruktur Israels entwickelten. Fünf Kraftwerke und zwei Bahnlinien wurden gebaut, nicht nur Eisenbahn- wagen und Lokomotiven geliefert, sondern auch Signal- und Schaltanla- gen, die den Einsatz von Schnellzügen ermöglichten.

Das Telefon- und Telegrafennetz wurde erweitert, der Hafen von Haifa ausgebaut. Die gesamte Ausrüstung für ein Kupferbergwerk und die Be- wässerungsanlage in der Wüste Negev kamen aus der BRD, dazu ein Walz- werk und rund 60 Schiffe.

Offiziell wurde der Zweck des Ver- trages damit begründet, daß Israel die Kosten für die Eingliederung von rund einer halben Million Flüchtlinge erstat- tet werden sollten, die durch die Natio- nalsozialisten aus ihren Heimatländern vertrieben worden waren. Das Argu- ment hält nicht stand angesichts der Tatsache, daß die BRD gegenüber kei- nem anderen Land, das durch den Hit- ler-Faschismus ruiniert war, ähnliche Leistungen angeboten hätte. Im Rah- men des Vertrages wurde der Claims Conference der Betrag von 450 Mio. DM zugesprochen, jedoch zugleich festgelegt, daß auch dieses Geld an den Staat Israel, der damit die Vertretung des gesamten jüdischen Volkes bean- spruchte, gezahlt werden sollte. Mit der Ratifizierung im März 1953 befrei-

ten sich die westdeutschen Kapitali- sten überdies von der Verpflichtung, für die Beschädigung an Körper und Gesundheit derjenigen aufzukom- men, die mittlerweile die israelische Staatsangehörigkeit besaßen.

Bis 1964 wurden zwei geheime Ab- kommen über Waffenlieferungen ab- geschlossen, nachdem die Regierung der BRD 1957 erklärt hatte, sie werde keine Waffen in Spannungsgebiete liefern und alles unterlassen, was die Beziehungen im Nahen Osten ver- schlechtern könnte. Israel erhielt Panzer und andere Waffen. Daß die „Hilfe“ für Israel der Stärkung sei- nes Militärapparates dienen sollte, wird bestätigt durch den ersten Bun- despräsidenten. 1960 bereiste Heuss Israel. Hatte er früher das Verbrä- mungsarsenal für die „Wiedergutma- chung“ um den Begriff der „Kollek- tivscham“ bereichert, so erklärte er nun offen: „In Israel ist die hebräi- sche Kommandosprache zu einem wesentlichen Mittel geworden, in dem friedlichen Zwang der Wehr- pflicht, ... ungeachtet der Gefahr nationaler, nationalistischer Hybris ... ein Volk zu formen ... Mir scheint aber dies israelische Heer ... den Schmelztiegel einer Volkswirk- lichkeit darzustellen.“

Nach Auffliegen dieser Geschäfte erklärte Bundeskanzler Erhard im Februar 1965, das Kabinett habe be- schlossen, die Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete einzustellen. Is- rael solle anderweitig entschädigt werden.

Quellenhinweis: K. M. Lewan, Die Bundesrepublik und die Palästinafrage, Bonn 1975; Th. Heuss, Staat und Volk im Werden, München 1960, S. 96.

ektiv. Sie beschloß die „Endlösung“. Die ungeheure Zahl der Ermordeten ist damit allein jedoch nicht zu erklären. Weit mehr als die Hälfte der in den Gaskammern und bei Massenhinrich- tungen Getöteten waren sog. „Ostju- den“. Ihre Ermordung war Bestandteil des unvorstellbaren Terrors gegen die Völker des Ostens, dem viele Millionen Polen, Russen und Angehörige ander- er Völker zum Opfer fielen.

Die faschistische „Endlösung“ brachte den Zionisten die Unterstüt- zung der Juden in aller Welt, die sie bis dahin nicht hatten und die sie bis heute auch für ihre Aggressionen gegen die arabischen Völker in Anspruch neh- men können. Die Erbfolger der ge- schlagenen deutschen Reichsbourgeoi- sie begannen schon wenige Jahre nach Kriegsende, neue Pläne für die „Eini- gung Europas“ unter ihrer Führung, diesmal mit „friedlichen“ Mitteln, zu entwerfen und in die Tat umzusetzen. Das Konkurrenzproblem mit den jüdi- schen Finanzbourgeois war grundsätz-

lich und ein für alle Mal gelöst. Von ih- nen aus und auch von den Zionisten aus, die ihr Ziel ja erreicht hatten, stand freundschaftlichen Beziehungen nichts mehr im Wege.

So wurde die Kooperation nach we- nigen Jahren wieder aufgenommen, und sie richtet sich nicht nur gegen die arabischen Völker, sondern wiederum auch gegen das jüdische Volk. Denn die westdeutschen Imperialisten sind

Berufliche Struktur der Juden in Deutschland 1933, in Prozent

Land-, Forstw.	1,73
Industrie, Handwerk	23,14
Handel, Verkehr	61,26
öff. und priv. Dienste	12,46
nicht erfaßt	1,14
Selbständige	46,00
Angestellte	33,50
Arbeiter	8,70

Quelle: Feilchenfeld u.a., Fußnote 5

entscheidend daran beteiligt, Israel in den Krieg gegen die arabischen Völker zu treiben, den es auf Dauer nicht ge- winnen kann und in dem israelische Werkkräfte nur verbluten werden. Die PLO hat immer wieder betont, daß sie zum Frieden mit der jüdischen Bevöl- kerung bereit ist. Die Imperialisten, und unter ihnen eben auch die west- deutschen Imperialisten, sind es, die den Frieden nicht wollen. In den Zioni- sten haben sie willige Handlanger.

Quellenhinweis: 1) Zionistische Organisation, Berlin. Do- kumente zur zionistischen Politik, Berlin 1922, S. 11; 2) Bodenheimer, M., Bodenheimer, H., Die Zionisten und das kaiserliche Deutschland, Bensberg 1972, S. 111; Ro- senberg, A., Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten, München 1937, S. 133; 4) zit. n. Hermann, K.J., Das 3. Reich und die deutsch-jüdischen Organisationen, Schrif- tenreihe der Hochschule für Pol. Wissenschaft, München, Neue Folge, Heft 4, S. 15ff; 5) s. Feilchenfeld, W., u.a., Haavara-Transfer nach Palästina, Tübingen 1972, S. 95; 6) ebenda, S. 89ff; 7) Letter to Rabbi Baruch Rabinowitz, Congregation B'nai Abraham, Hagerstown, Maryland, 1.2.1940, zitiert nach Yahya, F., Die Zionisten und Nazi- deutschland, Beirut 1978; 8) Cohen, M.R., Tribalism or Liberalism, in palestine: a Search for Truth, Washington 1970, zit. n. Yahya, F. 9) Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großbrauwirtschaft, 31.5.1940, zit. nach: Drechsler u.a., Europapläne des deutschen Im- perialismus im 2. Weltkrieg, Zeitschrift für Geschichtswis- senschaft, 1971, Heft 7, S. 917

Bezahlte Pause für Zeitlöhner

Für das Graubremse-Zweigwerk in Hockenheim bei Heidelberg konnte der Betriebsrat durchsetzen, daß auch die Zeitlöhner in Hockenheim die zweimal 20 Minuten bezahlte Pause bekommen, die Akkordarbeiter laut Lohnrahmentarifvertrag II in Nordwürttemberg-Nordbaden erhalten müssen. Für alle 36 Akkord- und 18 Zeitlohnarbeiter geht der Arbeitstag von 6.30 bis 15 Uhr. Das Zweigwerk Hockenheim der Graubremse ist das Zweitausrüstungs-/Reparaturwerk. Im Hauptwerk Heidelberg erhalten von den Zeitlöhnern diejenigen die 40 Minuten bezahlte Pause, die in Akkordabteilungen beschäftigt sind.

Pan Am will einjährige Lohnpause

Die Geschäftsleitung der US-Fluggesellschaft Pan Am verweigert jegliche Lohnerhöhungen, weil dies die Geschäftslage angeblich nicht zulasse. Sie hat den Schlichterspruch von 4% Lohnerhöhung ab 1. Juli und einer Einmalzahlung von 75 DM abgelehnt. In anderen Ländern hätten die Belegschaften Lohnpausen akzeptiert, nur in der Bundesrepu-

Düsseldorf. Der Rat der Stadt Düsseldorf hat die geplante Änderung des Kindergartengesetzes für NRW bereits in die Tat umgesetzt. Er erhöhte am 1.7.82 die Gebühren für Kinder unter drei Jahren in Tageseinrichtungen von 109 DM monatlich auf 309 DM. Die Plätze in diesen Einrichtungen werden nur bei Not- bzw. sozialen Härtefällen vergeben, d.h. von dieser Maßnahme sind gerade Familien mit niedrigem Einkommen oder Alleinerzieher betroffen. Am 15.7. fand eine Demonstration des Stadtelternrates gegen diesen Ratsbeschluß statt.

blik und in Westberlin seien sie stur. Die Geschäftsleitung droht unverhohlen mit Entlassungen: Wer einem Streik zustimme, gefährde das Unternehmen und damit den Arbeitsplatz. Die Gewerkschaft ÖTV hat ihre Mitglieder bei Pan Am aufgefordert – die Piloten sind von den Tarifverhandlungen ausgenommen – sich auf einen Arbeitskampf vorzubereiten. Ein Sprecher der ÖTV: „Es besteht keine Friedenspflicht mehr. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir unter diesen Bedingungen Arbeitskampfmaßnahmen vorbereiten.“



Streikergebnis bei Motorenwerken Mannheim

Mannheim. Am 29./30.6. hat die Belegschaft der Motorenwerke Mannheim (Daimler-Benz-Tochter) mit Unterstützung der IG Metall Streikaktionen gegen das Vorstandsmitglied Dr. Kinz durchgeführt. Kinz stand für die Pläne der Geschäftsleitung, „Produktivitätssteigerungen“ in großem Maß mittels Rationalisierung durchzuführen. Bereits vor 1½ Jahren kam es zu Protesten der Belegschaft, als unter Kinz' Führung Akkordverschärfungen durchgeführt wurden. Kinz auf einer Betriebsversammlung: „Für Humanitätsduselei ist bei uns kein Platz“. Auf einer Sitzung des Aufsichtsrates am 13.7.82 wurde Kinz seines Amtes enthoben, er war als Person nicht mehr haltbar. Belegschaft und Gewerkschaft haben einen Teilerfolg errungen. Die Rationalisierungsmaßnahmen und Akkordkürzungen sind damit noch nicht vom Tisch.

Alcan will Billigstrom erpressen

Mannheim. Einen Strompreis „weit unter dem eigenen Einkaufspreis des Stromversorgungsunternehmens“ Pfalzwerke fordert die Deutsche Alcan für ihre Aluminiumhütte in Ludwigshafen. Zum 1.4.79 hatte Alcan die bankrotte Giuliani-Aluminiumhütte aufgekauft – allerdings unter der Zusage eines Strompreises, der noch unter 50% der Sondervertragspreise anderer Großkonzerne liegt. Nach Intervention des Bundeswirtschaftsministeriums hatten die Pfalzwerke vom Stromlieferanten RWE Sonderkonditionen erhalten.

Am 30.9.82 laufen diese Verträge mit Alcan aus. „Falls sich Alcan mit den Pfalzwerken nicht über die Belieferung mit verbilligtem Strom einigen können“, droht der Betrieb (340 Beschäftigte) mit Schließung der zur Zeit voll ausgelasteten Hütte. Mit „Protestmaßnahmen“ und Streik will die IG Chemie antworten, sollte es nicht zu einer „Einigung über eine vernünftige Strompreiserhöhung“ kommen. IG-Chemie-Geschäftsführer Reimann (SPD-MdB) fordert, den Alcan-Strompreis an die Alcan-Ertragssituation anzubinden. Landes- und Bundeswirtschaftsministerium sollen beim RWE ein Billig-Angebot erwirken „zum Erhalt der Arbeitsplätze“.

Ehrenamtlich weiterschwitzen?

Hamburg. Mit der Gehaltsabrechnung Mai haben die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Hamburg ein Schreiben des Landesamtes für Rehabilitation erhalten. „Wir ... benötigen Ihre Hilfe, weil auch der Staat nicht ohne persönliche Initiative auskommt ... Möchten Sie, auch außerhalb Ihrer normalen Arbeitszeit, als staatlicher Beauftragter ehrenamtlich für uns tätig sein? ... Im Interesse der hilfsbedürftigen Menschen hoffen wir, daß Sie unsere Anregungen aufgreifen.“ Gemeint sind vom Amtsgericht eingerichtete Vormundschaften oder Pflegschaften, wo z.B. Rentenansprüche gestellt, Einkommen verwaltet, Behördengänge absolviert werden müssen u.a.m. – Alles ohne Bezahlung, in der raren Freizeit.



Die Mehrheit der Belegschaften von 117 General Motors-Firmen in den USA lehnt weitere Zugeständnisse ab. Nachdem die GM-Kapitalisten im April konzernweite Lohnkürzungen, Zurückstellung von Inflationsanpassungen sowie Verringerung der Urlaubszeiten mit der Drohung von weiteren Werkschließungen durchgesetzt hatten, wollten sie innerhalb von einer festgesetzten Frist von 100 Tagen bis zum 21. Juli in örtlichen Verhandlungen verschärfte Arbeitsbedingungen und weitere Lohnsenkungen erzwingen. Nur in 38 Firmen kam es zu vorläufigen Vereinbarungen, die zum Teil aber nicht in Kraft traten oder von den Gewerkschaftsmitgliedern zurückgewiesen wurden. Nur dort, wo die GM-Kapitalisten mit direkter Werkschließung drohten, konnten sie Zugeständnisse erzwingen. So in einer Firma in Detroit, wo sie u.a. in einigen Produktionsbereichen eine Erhöhung der Stückzahl um 20% erreichte. Die Kapitalisten erklärten ihre „Enttäuschung“ über die mehrheitliche Ablehnung durch die Belegschaften und drohten mit weiteren Schließungen.

Die Kapitalisten wollen Verschlechterung der Tarifbestimmungen durchsetzen

München. Nach einer Erhebung des Bundesarbeitsministeriums haben 93% der Lohnabhängigen in der BRD inzwischen die Bezahlung eines zusätzlichen Urlaubsgelds durchgesetzt. Anders in den bayerischen Buchhandlungen und Verlagen. Weder ist bisher ein volles 13. Monatsgehalt erreicht, noch ein Einstieg ins Urlaubsgeld in Sicht.

Statt dessen gibt es in den Buchhandlungen den Arbeitstag von 8.30 bis 18.30 Uhr, die Samstagsarbeit, den langen Samstag. In den Verlagen häufige Überstunden und zunehmende Bildschirmarbeit. Ein in der Branche Beschäftigter mit abgeschlossener Ausbildung und durchschnittlicher Qualifikation kann in der Endstufe der Tarifgruppe 3 tariflich maximal 2253 DM verdienen.

Seit dem 1.1.82 ist der Manteltarif gekündigt. Die Reaktion der Kapitalisten auf die Forderungen der Gewerkschaft: 30 Tage Urlaub für alle wird für 1986 in Aussicht gestellt, für 1985 wird ein volles 13. Monatsentgelt erwogen. Urlaubsgeld komme nicht in Frage. Ein verbesserter Kündigungs- und Abgruppierungsschutz für ältere Beschäftigte gefährde die Flexibilität der Betriebe. Die Festlegung, wenigstens jeden zweiten Samstag freizubekommen, sei betriebsorganisatorisch nicht machbar. Eine Beschränkung der Überstundenarbeit oder eine Erweiterung der Freistellung aus persönlichen, beruflichen und Gründen der politischen Bildung sei nicht nötig. Der zunehmenden Teilzeitarbeit und dem variablen Einsatz von Arbeitskräften Grenzen zu ziehen, gefährde die unternehmerische Freiheit. Schutz vor gesundheitlichen Schäden bei Bildschirmarbeit sei unnötig, da solche Schäden lediglich eine gewerkschaftliche Hypothese seien und Bildschirmarbeit nichts anderes wäre als Fernsehen. Allenfalls eine augenärztliche Eignungsuntersuchung für Bildschirmarbeit über vier Stunden wird zugestanden.

Die Marschroute der Kapitalisten zeigt sich an ihrem Vorhaben: Sie stellen ihrerseits Forderungen nach Verschlechterung des bisherigen Manteltarifs. Auszubildende sollen Überstunden nicht mehr verweigern können; Freistellung für Umzug nur einmal jährlich; Freistellung bei Tod des Ehepartners nur, wenn die Ehegatten in häuslicher Gemeinschaft lebten; keine bezahlte Freistellung mehr bei Krankheit der Kinder; kein Anspruch mehr auf Zahlung des Weihnachtsgeldes,

wenn eine Krankheit länger als sechs Wochen dauert: „Wer nichts leistet, soll nicht auch noch belohnt werden.“

Die Branche Buchhandel und Verlage ist relativ klein, zersplittert, und abgesehen vom Bertelsmann-Konzern, ist das konzentrierte Kapital noch relativ schwach. Gegenüber dem Niveau des Einzelhandels sind wesentlich höhere Personalkosten in Relation zum Umsatz zu bezahlen. In den letzten Jahren wird daher eine intensive Rationalisierungsdebatte geführt. Der Einsatz elektronischer Maschinerie ist aber nur dann lohnend, wenn die hohen Investitionen sich schnell amortisieren. Dies setzt größere Betriebe und die Konzentration von Kapital voraus. Die vielen Pleiten der letzten Monate, z.B. die Verlage Schroedel, Molden, Oldenburg, die allesamt von stärkeren Konkurrenten aufgekauft wurden, geben einen Eindruck von dem Prozeß der Kapitalkonzentration, der von den Beschäftigten mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze bezahlt wird.

Ein Beispiel: Die Düsseldorfer Schrobdsdorffsche Buchhandlung wurde von der konkurrierenden Goethe-Buchhandlung aufgekauft, statt vorher 60 arbeiten jetzt noch 25 Kollegen für Schrobdsdorff. Mit generell verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen versuchen die Kapitalisten, sich Bedingungen für den Einsatz rationalisierender Arbeitsmittel zu schaffen.

Die Kapitalisten treffen auf den zunehmenden Widerstand der Beschäftigten. Die Zeiten, in denen „aus Liebe zum Buch“ geringes Entgelt und schlechte Arbeitsbedingungen hingenommen werden mußten, sind vorbei. Trotz des scharfen Drucks einer hohen Arbeitslosigkeit in der Branche kam es während des Lohntarifikampfs in diesem Frühjahr zu den ersten Warnstreiks im bayerischen Buchhandel. Ende 1981 konnten die Kapitalisten durch breite Protestaktionen gezwungen werden, von ihrem Plan Abstand zu nehmen, die Tariffähigkeit ihres bayerischen Verbandes aufzugeben und sich den schlechteren Einzelhandeltarifen anzuschließen. In vielen betrieblichen Auseinandersetzungen konnten sich die Belegschaften erfolgreich zur Wehr zu setzen. So konnte z.B. in der Münchner Buchhandlung Kaiser rückgängig gemacht werden, daß in Verrechnung mit der diesjährigen Tarifierhöhung einfach die Fahr geldzuschüsse gestrichen wurden.

Bis zu den Verhandlungen im September soll über die Absichten der Ka-

pitalisten unter den Beschäftigten und in der Öffentlichkeit breit informiert werden. Über die Betriebsgruppen der Gewerkschaft und durch Betriebsversammlungen sollen die Absichten der Kapitalisten zurückgewiesen und soll Druck erzeugt werden, um Verbesserungen durchzusetzen. Sonst könnte geschehen, womit die Kapitalisten bereits gedroht haben, nämlich in der nächsten Lohntarifrunde mit einer eigenen Forderung nach Verringerung des Entgelts aufzuwarten.

Die HBV hat im letzten Jahr ihre Kampfbedingungen verbessern können. Bewährt hat sich z.B., daß aus den Tarifverhandlungen heraus die Belegschaften direkt über den jeweiligen Stand informiert wurden und mit Diskussionen, Resolutionen und kleinen Versammlungen reagieren konnten.

Siemens

Produktionssteigerung und Auslagerung

München. „Gedämpft optimistisch“ blickt die Geschäftsleitung des Unternehmensbereichs Bauelemente (UBB) in die Zukunft. Die Entwicklung im Bereich Bauelemente wird auch als Indikator für die Entwicklung des gesamten Konzerns genommen, weil der innere Markt, das was UBB an andere Siemens-Bereiche vertreibt, groß ist.

Viel hat sich getan in diesem Geschäftsjahr 1981/82, das im September zu Ende geht: Der Abbau von ca. 13% der Gesamtbelegschaft (ca. 6400), Neuinvestitionen, weil der „gedämpfte Optimismus“ schon vor einem Jahr vorherrschte, Umorganisation und Automatisierung der Produktion, Verdichtung des Arbeitstages entweder durch kürzere Vorgabezeiten oder



MOS-Fertigung im Münchner Bauelementewerk. In diesen Räumen muß unter Gelblicht anstrengende Photojustierarbeit gemacht werden.

durch Antreiben durch Vorgesetzte. Zur gleichen Zeit, als in München entlassen wurde, ist das österreichische Tochterwerk in Villach gepöppelt worden und wuchs in den letzten 5 Jahren von 200 auf 800 Arbeiter und Angestellte.

Fast paradiesische Zustände hat Siemens in Villach vorgefunden: Den Baugrund bekam der Konzern umsonst bzw. für den symbolischen Schilling. Die Zuschüsse für Industrieansiedlungen in strukturschwachen Gebieten flossen. Die Arbeitskraft ist in Villach ein Drittel bis zur Hälfte billiger als in München, von der Qualifikation her aber fast gleich.

Die Siemens-Kapitalisten verfolgen folgende Linie: Die Produkte der Halbleiterfertigung werden im Stammwerk München entwickelt und für bestimmte Zeit auch produziert. Parallel dazu läuft die Produktion in Villach an, und wenn dort die Stückzahlen den Aufträgen entsprechen, wird verlagert. So ging es mit dem 4-k-Speicher, der jetzt ganz in Villach produziert wird.

So haben es die Siemens-Kapitalisten auch mit dem 64-k-Speicher vor, ihrem technologischen Aushängeschild. Für diesen Baustein hat Siemens für das nächste Geschäftsjahr schon einen Auftragsbestand von 600000 Speichern. Für die Produktion dieser Bausteine mit einer Speicherkapazität von 64000 bit war der Aufbau einer technologisch neuen Fertigungslinie nötig.

Die Investitionsmittel für diese Linie schoß zum großen Teil das Bundesministerium für Forschung und Technologie zu. Über die Höhe dieser Zuschüsse schweigt sich die Geschäftsleitung aus. Auf einer Betriebsversammlung wurde sie aufgefordert, angesichts der geplanten Massenentlassungen offenzulegen, wieviele öffentliche Gelder im Werk stecken. Das sei eine Größe, die nicht auf eine Betriebsversammlung paßt, war die Antwort der Geschäftsleitung. Für die Belegschaft doch, denn Rationalisierungsinvestitionen mit Massenentlassungen und Verlagerungen ins Ausland sind zwei Seiten einer Medaille.

Bei der Unterzeichnung der Partnerschaft erinnert Vogel dann auch entsprechend herzlich an die ersten imperialistischen Interventionen Deutschlands in Afrika: „Schon Ende der 90er Jahre (1899 Einmarsch deutscher Truppen und Angliederung Ruandas an „Deutsch-Ostafrika“, d. Verf.) hat Ruanda für die deutsche Afrika-Forschung Bedeutung erlangt. Auf der Suche nach den Quellen des Nils betrat der deutsche Afrika-Forscher Dr. Richard Kandt Ihr Land ... Immer wieder sind – vor allem aus der Diözese Trier – Missionare mit der Missionskongregation der Weißen Väter nach Ruanda gegangen. Sie haben sich in vielfacher Weise um Erziehung, Gesundheitswesen und landwirtschaftliche Entwicklung verdient gemacht.“ Herr Breyer kommentiert: „Vielleicht sollte man doch auch diese positiven Leistungen der deutschen Kolonialzeit erwähnen.“

Für den Versuch, einen reaktionären Dritte-Welt-Rummel in Gang zu bringen und dem westdeutschen Wolf den Schafspelz überzustülpen, ist Ruanda sicher nicht schlecht gewählt. Dieses Land zählt zu den von der UNO ermittelten 30 „am wenigsten entwickelten Ländern“ (LLDC). Große Konzerne (außer Bergbaumonopole der belgischen Konkurrenz) haben hier noch nicht Fuß gefaßt und sind somit für Sympathieentfaltung nicht hinderlich. Das Innenministerium Rheinland-Pfalz – nun mit neuem Referat „Entwicklungshilfe“ – schreibt jedoch in seiner Kurzinformation über Ruanda u.a. ganz und gar nicht uneigennützig: „Es wird erwartet, daß die beabsichtigte Liberalisierung der Wirtschaftspolitik ausländischen Kapitalanlegern genügend Anreize zur Errichtung neuer Produktionsstätten gibt.“ Und Breyer betont den zu bekämpfenden Einfluß der Konkurrenz: „Die Belgier sind nach wie vor die stärkste weiße Kolonie in Kigali (Hauptstadt, d. Verf.) und übertreffen alle anderen Staaten so-

Rheinland-Pfalz

Vogel schließt „Partnerschaft“ mit „ehemaliger deutscher Kolonie“ Ruanda

Ludwigshafen. Partnerschaft zwischen einem Bundesland und einem Land der Dritten Welt – das ist Ministerpräsident Vogels „neues Modell“ der Entwicklungshilfe. Am 23.6. diesen Jahres kam es zur Besiegelung der „Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda“ durch Unterzeichnung eines Briefwechsels in der Mainzer Staatskanzlei. Bereits eine Woche später ist Vogel als Vertreter der Bundesregierung an Ort und Stelle bei den Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit Ruandas. Breit stellt sich die Landesregierung die Infiltration Ruandas mit „menschlichen Kontakten“ vor. In dem erwähnten Briefwechsel bekundet Vogel die Absicht, „die unmittelbare Zusammenarbeit und Begegnung der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz und Ruanda durch Partnerschaften, Patenschaften und andere geeignete Vorhaben, getragen von Kommunen, Kirchen, gesellschaftliche Gruppen, Verbänden, Organisationen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen zu ermöglichen.“

Der Südafrika-Korrespondent Karl Breyer der „Rheinpfalz“ schreibt am 2.7.82 zu der Frage „Warum gerade Ruanda?“, „Die Bevölkerung des Landes besteht zu mehr als 50% aus Christen. Damit eröffnet sich die Chance, daß man auch unterhalb der Ebene der Regierung Zugänge in dieses Land findet.“

Und warum „Zugänge finden“? Auch hier legt Breyer die Gründe nahe: „Mit der Gründung einer neuen Einheitspartei am 5. Juli 1975, die sich „Nationale Revolutionäre Bewegung für die Entwicklung“ (MRND = Mouvement Revolutionnaire National Pour le Developpement) nennt, steigen die Erwartungen der Bevölkerung ... Anstelle der ethnischen Gegensätze spielt plötzlich der Klassenkampf eine Rolle ... Zur materiellen Hilfe wird die moralische Unterstützung kommen müssen, dem Land zu Demokratie und Verwirklichung der Menschenrechte zu verhelfen.“



Ruanda: Teepflücker auf einer „mit deutscher Hilfe“ errichteten Plantage.

wohl in Entwicklungshilfe wie in Investitionen um das Fünffache. 23 belgische Ausbilder kontrollieren die Armee des Landes, während eine Gruppe von Franzosen die Gendarmerie ausbildet.“

Die erste CDU-Veranstaltung lief dazu bereits ab. „Wir wollen nicht von Entwicklungshilfe reden, sondern Entwicklungshilfe durch Aktion anschaulich machen“, so CDU-Abgeordneter Haberer. Sein von ihm vorgestelltes „Gebot der Nächstenliebe“: nicht einseitiges Geben, sondern auch Nehmen.

Uranabbau Neues Berggesetz erleichtert Abbau

Freiburg. Am 23.7.82 wurde das vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg beim Geologischen Landesamt in Auftrag gegebene Gutachten zur Gefährdung des Grundwassers durch den von der Firma Brunhilde beantragten Abbau von 5000 t Uran innerhalb von 50 Jahren in Menzenschwand veröffentlicht. Maßgeblich am Gutachten beteiligt: Dr. Schmitz vom Kernforschungszentrum in Karlsruhe. Obwohl das Ergebnis allerhand offen läßt: „... Bei richtig funktionierender Reinigung wird ... eine eventuell erhöhte Radioaktivität ... zum großen Teil beseitigt. Es ist nicht ersichtlich, wie irgendwelche Wassermengen dabei einen unkontrollierten Abflußweg nehmen könnten“, lautet es: Keine Gefährdung. Ein möglicher „Versagungsgrund“, den insbesondere die Bürgerinitiative gegen den Uranabbau im Südschwarzwald anführt, soll beseitigt werden, nämlich „überwiegende öffentliche Interessen“, die nach dem seit dem 1. Januar 1982 geltenden Bundesberggesetz noch dem Uranabbau entgegenstehen könnten. Im alten badischen Berggesetz war Aufsuchung und Gewinnung des Uran dem Staat vorbehalten.

1960 hatte die Firma Brunhilde von der Landesregierung Baden-Württemberg lediglich eine Schürfkonzession für das ergiebigste bekannte Uranvorkommen der BRD in Menzenschwand erhalten. Als infolge der Schürfungen u.a. eine Trinkwasserquelle versiegt, klagte die Gemeinde, für deren Einwohner der Fremdenverkehr die Haupteinkunftsquelle ist. Die Arbeiten mußten 1966 eingestellt werden. Mit dem Versprechen, ein Radon-Heilbad einzurichten, wurde der Gemeinde später die Zustimmung zum Abbau des Urans abgekauft.

Gegen eine Verlängerung der Abbaukonzession erhob dann die Naturschutzbehörde Einspruch, es durfte

nur noch geschürft werden. Derartige Verzögerungen, die die Durchführung der „3. Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung“ (s. Politische Berichte 25/81) hemmen, schließt das neue Bundesberggesetz aus. Das Uran ist danach allen anderen Bodenschätzen gleichgestellt. Nach Wirtschaftsminister Eberle besteht sogar ein Rechtsanspruch der Firma Brunhilde auf Abbau, nur dieser kön-



ne zudem, weil rentabel, einen „Lagerstättenverlust“ verhindern. Entschieden werden müsse nur noch „über die für die Gewinnung erforderliche Befreiung von den Vorschriften der Naturschutzgebietsverordnung“. Das Bergwerksgelände liegt nämlich im Naturschutzgebiet Feldberg. Eindeutig haben sich Ortschaftsrat Menzenschwand und Gemeinderat St. Blasien gegen den Uranabbau vor allem wegen der Beeinträchtigung des Fremdenverkehrs ausgesprochen. Schon nicht mehr eindeutig dagegen der Kreistag Waldshut: Er begründete seine Ablehnung im ersten Punkt mit der für ihn nicht sichtbaren energiewirtschaftlichen Notwendigkeit.

Quellenhinweis: Landtagsdrucksache 8/2233, ausgegeben am 23.3.1982

Chemische Industrie Jetzt auch 40-Stunden- Woche bei Kontischicht

Hamburg. Ab 1. Juni dieses Jahres gilt auch für die Kontischichtbetriebe in der chemischen Industrie die 40-Stunden-Woche. Der 1979 abgeschlossene Manteltarifvertrag beinhaltet einen stufenweisen Abbau der bis dahin gültigen 42-Stunden-Woche. Die Arbeitszeitverkürzung erfolgte ohne Lohnausgleich. Lediglich für zwei Jahre wird ein gewisser Ausgleich gezahlt.

In den Betrieben der chemischen Industrie hat die Arbeitszeitverkürzung die Betriebsräte vor schwierige Aufgaben gestellt. Die Schichtpläne in kontinuierlich betriebenen Produktionen (es wird rund um die Uhr gearbeitet und jeden Tag im Jahr) gehen nur auf Grundlage einer 42-Stunden-Woche nahtlos auf. Die Verkürzung auf 40 Wochenstunden bedeutet, daß im Zeitraum von vier Wochen für jeden Arbeiter ein Anspruch auf einen zusätzlichen freien Tag entsteht. In den meisten Betrieben wurden auch entsprechende Betriebsvereinbarungen abgeschlossen.

Es entstanden dadurch Tage, an denen weniger Arbeiter auf der Schicht waren. Die Kapitalisten in der chemischen Industrie haben entweder an diesen Tagen die Arbeitsintensität erhöht oder, wo das nicht ging, an dem Tag Überstunden fahren lassen. Nur selten gelang es den Betriebsräten, Einstellungen zu erzwingen.

Bei den Hamburger Aluminiumwerken (HAW) hat die Geschäftsleitung jetzt dem Betriebsrat den Vorschlag gemacht, die zusätzlichen freien Tage eines halben Jahres zusammenzuziehen und dann eine ganze Nachtschichtperiode (7 Tage) auszusetzen. Das hätte bedeutet, daß die Nachtschicht beständig, je nach Größe der Abteilung, mit ein oder zwei Mann weniger besetzt gewesen wäre. Der Arbeitsanfall wäre aber der gleiche gewesen.

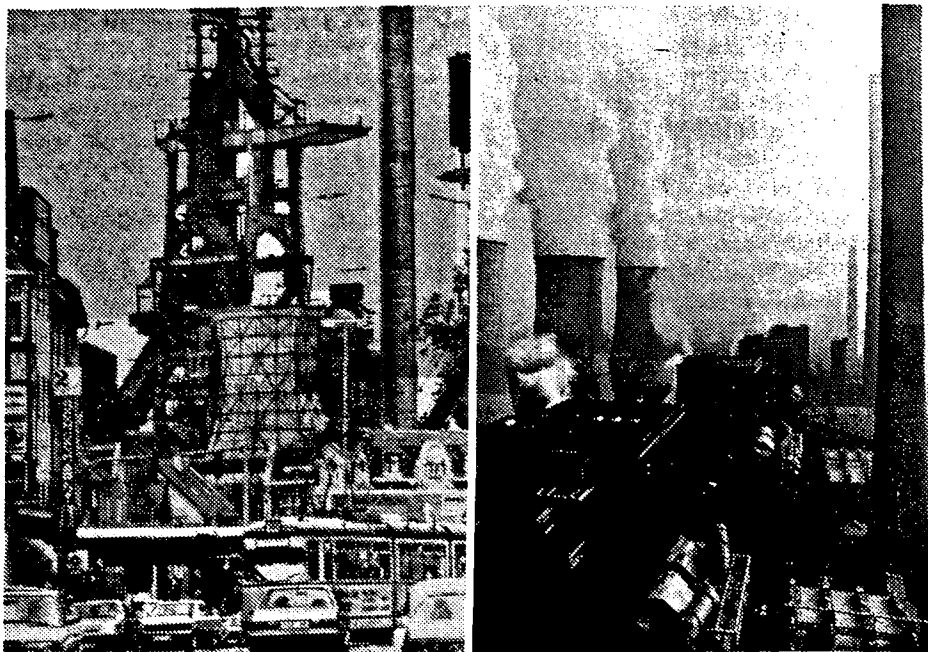
Oberflächlich gesehen klingt der Vorschlag gut. Jeder Arbeiter hätte zweimal im Jahr sieben Tage zusätzlich frei, noch dazu Nachtschichten. Mit diesem Vorschlag, so die Geschäftsleitung, würde man doch auch dem Vorschlag des Betriebsrates nach Abbau der Nachtarbeit entgegenkommen. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieser Vorschlag jedoch als Versuch, die Nachtarbeit zu intensivieren und damit die Arbeitszeitverkürzung zu unterlaufen.

Der Betriebsrat hat für die Verhandlungen um die Arbeitszeitverkürzung folgende Grundsätze aufgestellt:

1. Da der bestehende Schichtplan einen Rhythmus von vier Wochen hat, muß die Arbeitszeitverkürzung auch innerhalb von vier Wochen wirksam werden.

2. Die Arbeitszeitverkürzung darf nicht zu einer Intensivierung der Arbeit führen. In einigen Abteilungen muß deshalb eine Tagschicht eingestellt werden, die bei den zusätzlichen freien Tagen die Arbeit übernimmt. Seit drei Monaten wird verhandelt.

Die Geschäftsleitung beharrt bislang auf ihrem „Humanisierungs“plan und kundenschaft Spaltungslinien in der Belegschaft aus. Doch für diese Sorte Abbau der Nachtarbeit findet sich so schnell keiner.



Links: Thyssen Duisburg-Hamborn. Rechts: „Energiezentrum Ruhrgebiet“.

Nordrhein-Westfalen

Änderung des Abstandserlasses: Bleiwerk neben dem Wohnzimmer

Essen. Bei der Wetterlage der vergangenen Tage wurde es besonders deutlich: Einerseits drückende, schwüle Hitze im gesamten Ballungsraum Ruhrgebiet, andererseits grau verhangener Himmel, Ausdruck des vorhandenen Drecks in der Luft.

Dennoch hat die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung jetzt endgültig den Abstandserlaß geändert, der solchen Bedingungen ein Stück weit entgegenwirken sollte. Der Abstandserlaß regelt auf Grundlage des Bundesbaugesetzes und des Bundesimmissionsschutzgesetzes die Abstände, die Industrie- und Gewerbebetriebe zu Wohngebieten einhalten sollen. Seit Jahren haben die Kapitalistenverbände dagegen Front gemacht, unterstützt von der CDU und den SPD-Oberbürgermeistern des Ruhrgebietes. Im März stellte die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag im Landtag auf Änderung des Erlasses.

Im Ergebnis soll ein Kraftwerk in Zukunft nicht mehr 1000 m, sondern nur noch 800 m von Wohngebieten entfernt sein, ein Schmiede- und Hammerwerk statt 800 m nur noch 500 m, eine Blei- oder Zinkhütte statt 1500 m nur noch 1000 m und eine Weberei statt 300 m nur noch 100 m. Ist der Abstandserlaß, der von der Gewerbeaufsicht überwacht wird, ohnehin nur für Neuplanungen von Bedeutung und können die Planungsbehörden ohnehin Einwände gegen seine Bestimmungen geltend machen, so sind zusätzlich jetzt noch weitere Ausnahmeregelun-

gen und Entscheidungsmöglichkeiten „im Einzelfall“ geschaffen worden.

Die Änderung des Abstandserlasses ist Ausdruck des erfolgreichen Angriffs der Kapitalisten auf die ihnen auferlegten geringen Schutzbestimmungen, und sie wird Verschlechterungen der Wohnbedingungen gerade in den Arbeiterstadtteilen der großen Ballungsräume wie dem Ruhrgebiet nach sich ziehen, die – im Gegensatz zu den im südlichen Ruhrgebiet gelegenen Wohngebieten für Leute mit viel Geld – mit Industrie- und Gewerbebetrieben durchsetzt sind. Schon jetzt sind beispielsweise im Umfeld der Duisburger Kupferhütte sämtliche Häuserfronten durch die Emissionen der Hütte rostrot gefärbt. Und trotz der „Politik der hohen Schornsteine“ wirkt die Luftbelastung im direkten Umfeld der emittierenden Betriebe am meisten.

So haben Messungen des Staubbereichs in den Duisburger Stadtteilen Wanheim, Angerhausen, Hochfeld und Neudorf, durch die Landesanstalt für Emissions- und Bodennutzungsschutz kürzlich ein Überschreiten der in der vorgesehenen TA Luft benannten Grenzwerte für Schwermetalle (vgl. Politische Berichte 14/82) um bis zum elffachen ergeben. Diese Stadtteile gehören zum direkten Einzugsbereich der mitten in ihnen gelegenen Kupferhütte und der Metallwerke Berzelius. Die Tagesspitzenwerte in Angerhausen betrugen 6181 Mikrogramm Blei (Grenzwert 500) und 64,7 Mikrogramm Cadmium (Grenzwert 7,5). Als ähnliche Werte vor zwei Jahren in der Nähe der

Preussag-Bleihütte in Goslar gemessen wurden, hatten Mediziner von einer „erheblichen gesundheitlicher Gefährdung“ gesprochen.

Tatsächlich stellt auch der Luftreinhalteplan Ruhrgebiet-West der Landesregierung für 1978–1982 krasse Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die Gesundheit fest. So gibt es in Duisburg mit 22,7% mehr als doppelt so viele Bronchitis-Kranke wie in der frischeren oberbergischen Luft (10,4%), wobei die große Masse der Arbeiter, die in den Hütten- und Stahlwerken selbst in besonderer Weise Belastungen durch Dreck ausgesetzt sind, noch gar nicht berücksichtigt ist.

Wenn die Landesregierung jetzt behauptet, „wesentlich verbesserte Umweltschutztechnik“ erlaube die „störfreie Arbeit vieler Betriebe in geringerer Entfernung zu Wohngebieten“, so ist daran nur richtig, daß es sicherlich bessere technische Möglichkeiten gibt. Aber nichts und niemand zwingt die Kapitalisten, sie auch anzuwenden. Die über 600 Mio. DM, die die Landesregierung 1979 im Aktionsprogramm Ruhrgebiet für technische Umweltschutzmodernisierungen an Kraftwerken bereitgestellt hat, wurden beispielsweise bis heute nicht in Anspruch genommen. Schließlich müßten die Kapitalisten ein paar DM noch selbst zulegen.

Und auch die Entwicklung in den letzten Jahren gibt der Landesregierung keineswegs recht. Denn vermeldet die Landesanstalt für Emissionsschutz in Essen für die Jahre 1965 bis 1975 einen deutlichen Rückgang wenigstens der Luftbelastungen mit Schwefeldioxid für das Ruhrgebiet – wobei vor allem die Belastungen mit Schwermetallen vermutlich gleichzeitig zunahmen –, so stellt sie in ihrem neuesten, kürzlich veröffentlichten, Entwicklungsbericht ausdrücklich „keinen eindeutigen Trend zu einer Belastungsabnahme“ mehr fest.

Tatsächlich geht es der Landesregierung mehr darum, die längst erfolgte Abkehr von Versprechungen wie dem „blauen Himmel über der Ruhr“ zu übertünchen. Entsprechend demonstrierte sie in der Landtagsdebatte Einnigkeit mit dem von der CDU geprägten Ziel der Änderung des Abstandserlasses: „Abbau von Investitionshemmnissen“. Und Biedenkopf, CDU-Landtagsfraktionsvorsitzender, deutete schon an, wie es weitergehen soll: „Nun habe ich überhaupt nichts gegen Gewerbeaufsicht. Aber Gewerbeaufsicht kann natürlich auch schikanös werden. Oder sie kann so verlaufen, daß der gesunde Menschenverstand in dem jeweiligen Bereich das einfach nicht mehr mitbekommt.“

Quellenhinweise: Landtag Nordrhein-Westfalen, Plenarprotokoll 9/45; Luftreinhalteplan Ruhrgebiet-West 1978–1982; Revier 3/82

Schwermetallver- seuchung in der Eifel

Die BRD ist mit 1 800 t pro Jahr der größte Cadmium-Verbraucher der EG (GB: 1 300 t, F: 1 200 t). Cadmium fällt u.a. bei der Bleigewinnung als Nebenprodukt an und wird als Farbstoff, Rostschutzmittel und zur Stromspeicherung (Batterien) verwandt.

Das Gebiet um Stolberg bei Aachen und Mechernich (Eifel) ist durch die dortigen Bleihütten der Metallgesellschaft hochgradig verseucht. Der amtliche Richtwert liegt bei 100 mg Blei pro kg Erde und 10 mg Cadmium/kg Erde.

Ende März haben 50 Anwohner Bodenproben an das Lebensmittel-Untersuchungsamt Aachen geschickt. Erste Ergebnisse: zum Teil betrug der Bleigehalt 5 000 mg/kg Erde; in Randzonen lag er noch bei 200 mg/kg Erde.

Blei und Cadmium verursachen Krankheiten an Herz, Kreislauf, Muskel- und Knochenapparat, Lungen, Leber, Nieren, Infektionen der Atemwege sowie Konzentrations- und Lernstörungen.

Untersuchungen an 6 Geschwistern aus Mechernich zwischen 4 und 16 Jahren ergaben kürzlich Bleiwerte von 38 bis 48 mg pro Deziliter Blut (amtlicher Höchstwert: 30 mg). 5 dieser Kinder sind in der Sonderschule.

Auf Druck der Bevölkerung begann nun die Landesregierung NRW mit Untersuchungen über den Verseuchungsgrad. Dabei kam zutage, daß bereits 1955 von der Landesanstalt für Bodennutzungsschutz eine Karte erstellt wurde, die das Ausmaß der Verseuchung in der Eifel darlegt. Damals wurde sogar eine Bleischädenhilfskasse geschaffen.

Inzwischen hat sich die Lage verschlechtert. Getreide und Gemüse müssen vernichtet, das Vieh mit teurem Kraftfutter ernährt werden. Die verantwortlichen Konzerne werden nicht haftbar gemacht.

Die Staatsanwaltschaft Göttingen urteilte 1976 gegen die Preussag, die den Harzer Raum verseucht, daß diese nicht belangt werden könne, „da sie nicht vorsätzlich gehandelt habe“.

Beamtenrecht Niedersächsische Diszi- plinarordnung verschärft

Hannover. Noch in der alten Zusammensetzung hat der Niedersächsische Landtag am 3.6.1982 den von Innenminister Möcklinghoff (CDU) am 1.6.1981 in den Landtag eingebrachten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des niedersächsischen Disziplinarrechts mit den Stimmen der CDU-Mehrheit gegen die Stimmen der SPD-Opposition verabschiedet.

Damit wird die Niedersächsische Disziplinarordnung (NDO) vom 8.9.1970 – ein Gesetzeswerk von 144 Paragraphen – in einigen Punkten gestrafft, die Disziplinarmaßnahmen verschärft und der Rechtsschutz der Beamten durch Verlagerung von Kompetenzen der Disziplinargerichte auf Vorgesetzte eingeschränkt.

Die NDO gilt für alle Beamten und Pensionäre, die beim Land Niedersachsen und den Kommunen beschäftigt sind bzw. waren. Die NDO beruht auf dem Beamtengesetz und regelt, wie und auf welche Weise ein Beamter wegen eines sogenannten Dienstvergehens verfolgt und bestraft werden kann. Wobei zu einem Dienstvergehen eines



Demonstration gegen die Disziplinierung eines Personalrats 1979 in Burgdorf/Hannover.

Beamten auch das Verhalten außerhalb des Dienstes zählt.

Das am 1.7.1982 in Kraft getretene Änderungsgesetz sieht im wesentlichen neu vor:

- bei Beamten auf Probe und auf Widerruf ist Gehaltskürzung (höchstens ein Fünftel bis längstens drei Jahre) zulässig – bisher waren nur Verweis und Geldbuße zulässig;
- Geldbußen können von Dienststellenleitern dem Ministerium unmittelbar nachgeordneter Behörden bis zum Höchstbetrag (bisher: bis zur Hälfte

des Höchstbetrages) und von den übrigen Dienstvorgesetzten bis zu Hälfte des Höchstbetrages (bisher: bis zu einem Viertel) verhängt werden;

– Gehaltskürzungen können von Ministerien bis zum Höchstmaß und von Dienststellenleitern um ein Fünftel bis zur Dauer von 18 Monaten verhängt werden (bisher konnten Gehaltskürzungen nur von Disziplinarkammern bei den Verwaltungsgerichten nach Durchführung eines sogenannten förmlichen Disziplinarverfahrens verhängt werden).

In der einleitenden Begründung des Gesetzentwurfs hatte der Innenminister die bisher schleppende Bearbeitung von Disziplinarsachen bemängelt. Deshalb sollte die Gehaltskürzung den Maßnahmen zugeordnet werden, die im nichtförmlichen Verfahren (ohne Disziplinargericht) verhängt werden können. „Durch diese gesetzgeberischen Maßnahmen wird sich ein zügiger Abschluß der Verfahren, in denen auf Gehaltskürzung zu erkennen ist, erreichen lassen ... nunmehr werden sich Untersuchungsführer und Richter auf eine geringere Zahl an förmlichen Verfahren konzentrieren und diese zu einem schnellen Abschluß bringen können“ (Landtagsdrucksache 9/2603, S. 16).

Der DGB und auch der Beamtenbund hatten gefordert, Gehaltskürzungen auch weiterhin nur von Disziplinargerichten verhängen zu lassen und bei Geldbußen keine Zuständigkeitsverlagerung vorzunehmen. Der Abgeordnete Drechsler (SPD) am 3.6.82 im Landtag: „Die vorgesehene Ausdehnung der durch Disziplinarverfügung zu verhängenden Maßnahmen der Gehaltskürzung ... stellt eine beträchtliche Ausweitung und Verschärfung der Sanktionsgewalt des Disziplinarvorgesetzten dar und bedeutet eine erhebliche Beeinträchtigung des Rechtsschutzes der Betroffenen.“

Kammerwahlen Fortschrittliche Ärzte wollen kandidieren

Stuttgart. Ärztekammern sind Körperschaften des Öffentlichen Rechts mit erheblichen Machtbefugnissen und Einfluß auf Aus- und Weiterbildung der Ärzte sowie auf Gesetzesmaßnahmen im Gesundheitswesen. Ihre Struktur ist bisher undurchsichtig, geprägt von persönlicher Bekanntschaft und standespolitischen Interessen.

Zum ersten Mal hatten vor zwei Jahren fortschrittliche Ärzte in Hessen und NRW zu den Kammerwahlen auf Programmen kandidiert, mit beachtlichem Erfolg. Jetzt haben sich in

Baden-Württemberg verschiedene Gruppen gebildet, um eine Liste demokratischer Ärzte für die Kammerwahlen, die auf Kreisebene im Oktober/November 1982 stattfinden, zu bilden. Eine vorläufige Plattform liegt vor, die weiter in der Diskussion steht und für Änderungen noch offen ist. Sie enthält allgemeine Richtlinien zu den verschiedenen Arbeitsbereichen der Ärzte und konkrete Forderungen.

Aus den allgemeinen Richtlinien: „... Insbesondere sind wir gegen alle Gesetzesmaßnahmen, die Kostendämpfung durch verstärkte Selbstbeteiligung der Sozialversicherten erreichen wollen wie das Krankenhausversicherungskostendämpfungsgesetz und das Kostendämpfungsergänzungsgesetz. Im Krankenhaus treten wir entschieden gegen personalbezogene Wirtschaftlichkeitsprüfungen ein ... Für die Kassenpraxis sehen wir eine Gefahr in der strengen Auslegung der Regreßregelung, die im Einzelfall eine sinnvolle Therapie zu Lasten des Arztes gehen läßt ... Eines unserer Hauptanliegen ist es, die drohende Militarisierung des Gesundheitswesens durch Notstandsmaßnahmen wie im vielzitierten Gesundheitssicherstellungsgesetz zu verhindern ... Wir setzen uns für den dringend erforderlichen Ausbau einer präventiven Kostendämpfung ein ...“

Beispiele einiger Forderungen zu allgemeinen gesundheitspolitischen Fragen: „... Für die Streichung des §218. Für den Wirksamkeitsnachweis eines Arzneimittels vor dessen Zulassung. Für öffentlich kontrollierte Studien über die Auswirkungen von chemischen und physikalischen Umwelteinflüssen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Für eine Erweiterung des gesetzlichen Früherkennungsprogrammes. Für ein präventivmedizinisches Mitspracherecht der Betriebsärzte in der Produktionsplanung ...“

Audi Dequalifizierung junger Facharbeiter

Ingolstadt. Mit dem dieses Jahr eingeführten „Qualifizierungsprogramm“, das besser Dequalifizierungsprogramm heißen würde, haben die Audi-Kapitalisten vor, einen ganzen Schwung frisch ausgebildeter Facharbeiter irgendwo ans Band zu stecken. Und zwar zu Tätigkeiten, die mit dem erlernten Beruf nicht mehr viel zu tun haben, und zu Löhnen wie die der angelernten Arbeiter. Der Inhalt der Betriebsvereinbarung, der der Betriebsrat unter der Drohung, sonst überhaupt keine „Auslerner“ zu übernehmen,



Wenn diese Jugendlichen ausgelernt haben, sollen sie ans Band.

zugestimmt hat, wurde im Info der IG Metall-Jugend folgendermaßen wiedergegeben:

„Für die Übernahme des Ausbildungsjahrganges 2/82 ist vorgesehen, alle gewerblichen Auszubildeten in ein zwölfmonatiges Qualifizierungsprogramm zu übernehmen. a) Es sollen Einsatzschwerpunkte in bestimmten Hauptabteilungen entsprechend den Berufsbildern gebildet werden. b) Erstellen von Durchlaufplänen, orientiert am erlernten Beruf. c) Systematischer Durchlauf mit steigenden Anforderungen. e) Mitwirken des Auslernalers bei der Auswahl der Hauptabteilungen. f) Betreuung durch die unmittelbaren Vorgesetzten (Meister) sowie ein Ansprechpartner/Koordinator je Hauptabteilung und Unterstützung durch die Personal- und Ausbildungsabteilung.“

Eine Garantie, wenigstens nach diesem Jahr in eine qualifizierte Tätigkeit übernommen zu werden, gibt es nicht. Ein Großteil wird vor die Alternative gestellt werden, am Band zu bleiben oder zu gehen. Der ständige Druck, die geringe Chance auf eine Übernahme in eine Facharbeiterabteilung verspielen zu können, läuft auf völlige Rechtlosigkeit der jungen Facharbeiter in diesem Jahr hinaus. Noch krasser ist es bei den kaufmännisch/technisch Ausgebildeten. Bei ihnen wollen die Audi-Kapitalisten den Arbeitsvertrag gleich auf zwölf Monate befristen, was einer einjährigen Probezeit gleichkommt:

„Um die Übernahmeproblematik zu verringern, sollen alle kaufmännisch/technisch Ausgebildeten in ein befristetes Arbeitsverhältnis (höchstens zwölf Monate) übernommen werden. a) Die Ausgebildeten sollen in einem Quotenverfahren auf die einzelnen Vorstandsbereiche aufgeteilt werden. b) Sie werden im Stellenbesetzungsplan als Überhang ausgewiesen ...“

Friseurhandwerk Blockunterricht abgeschafft

Köln. Als Ergebnis des Ausbildungsboykotts der Kölner Friseurinnung ist ein Kompromiß perfekt, der Regierungspräsident muß noch zustimmen. Statt der bisher zwei 6- und 7-wöchigen Blöcke soll der Unterricht an zweieinhalb Tagen für das 1., während einer Übergangszeit an zwei Tagen für das 2. und an einem Tag für das 3. Ausbildungsjahr stattfinden. Später soll es nur noch einen Tag Unterricht für das 2. und 3. Ausbildungsjahr geben.

170 von 520 Kölner Ausbildungsbetrieben wollten erst wieder ausbilden, wenn der Blockunterricht vom Tisch ist. 150 weitere Friseure hatten sich angeschlossen; davon 100, die die Einstellung neuer Lehrlinge auf Anfang 1983 verschieben und die Wirkung des Boykotts abwarten wollten.

Der Zeitpunkt der Kampagne direkt vor den Schulentlassungen war nicht ungeschickt gewählt. Die Innung übte Druck aus mit dem Angebot: „300 Ausbildungsplätze sofort“, wenn das „Ausbildungshemmnis“ Blockunterricht beseitigt würde.

Teilweise sind die Argumente gegen den Blockunterricht nicht unberechtigt: Theoretische und praktische Ausbildung können nicht gut aufeinander abgestimmt werden; zu viel bis völliger Unterrichtsausfall bei Krankheit der Auszubildenden; steigende Durchfallquoten bei der theoretischen Prüfung. Teils sind sie offen geprägt von der Tatsache, daß viele Friseurgeschäfte ohne Lehrling gar nicht existieren können. Im Kammerbezirk Köln bilden 1244 von 2118 Friseurgeschäften insgesamt 3030 Lehrlinge aus. Im Schnitt 2,5 Auszubildende pro Betrieb. Aktionen der Auszubildenden für die Verteidigung des Blockunterrichts sind nicht bekannt geworden. Daraus läßt sich schließen, daß die Ausbildungsinteressen der Jugendlichen überhaupt nicht erfüllt werden und die sachliche und personelle Ausstattung der Berufsschule zu schlecht ist.

Gleichzeitig zeigen die steigende Zahl von Auszubildenden bei den Friseuren (von 1979 auf 1980 um 100; von 320 Lehrstellen im Handwerk 1982 allein 64 für Friseure) und die höchsten Abbruchquoten noch während der Ausbildung (1980 239), daß lachender Dritter die Industrie ist.

Sie fordert drastische Eingriffe in Lohnhöhe und Schutzbestimmungen für Jugendliche, um wieder verstärkt auszubilden. Dagegen hat der DGB-KJA Köln eine Ausbildungsverpflichtung für Großbetriebe gefordert.

„Ich bin fast den ganzen Tag auf dem Spielplatz“ Interview mit Jugendlichen

Wie alt seid Ihr, und wie sieht Eure Familie aus?

A: Ich bin 9 Jahre und wohne hier in den Wohnblocks am Spielplatz. Ich habe noch drei Geschwister, die sind 7, 13 und 15 Jahre alt. Meine Mutter und mein Vater arbeiten, aber meine Mutter ist nachmittags zuhause.

B: Ich bin 13 Jahre alt und lebe bei meinen Großeltern, meine Mutter wohnt woanders.

C: Ich bin auch 13 Jahre und habe noch eine Schwester. Meine Eltern arbeiten beide. Meine Schwester geht noch in den Kindergarten, ich brauch das jetzt nicht mehr.

D: Mein Alter ist 10 Jahre. Mein Vater arbeitet, meine Mutter ist zuhause. Aber die hat viel Kopfschmerzen. Mein Vater kommt fast immer erst um 19.00 Uhr nach Hause.

Wie sehen Eure Wohnungen aus, bzw. wie groß sind sie? Habt Ihr einen Garten, einen Hof oder einen Spielplatz vor dem Haus?

C: Unsere Wohnung hat 3 Zimmer. Ich schlafe mit meiner Schwester in einem Zimmer. Einen Garten oder Balkon haben wir nicht. Zum Spielplatz muß ich über 2 große Ampelkreuzungen gehen. Den Spielplatz vom Kindergarten fand ich doof und langweilig, der war klein, und man konnte gar nichts richtiges machen.

A: Wir haben drei Zimmer und ein kleines. Da wohnt mein großer Bruder drin. Wir haben auch einen Balkon. Wenn wir auf dem Balkon Kaffee trinken, muß meine Mutter immer im Wohnzimmer sitzen, weil der Platz nicht reicht.

B: Ich habe ein eigenes Zimmer, da ist auch ein Balkon dabei. Im Hinterhof hat mein Opa ein Stück Garten mit Blumen. Weil wir kein Badezimmer haben, hat mein Onkel im Winter in der Speisekammer eine Dusche eingebaut. Aber das darf der Vermieter nicht wissen, aber meine Oma findet das gut, weil wir jetzt kein Wasser mehr heiß machen und auch nicht mehr ins Thedebad gehen müssen.

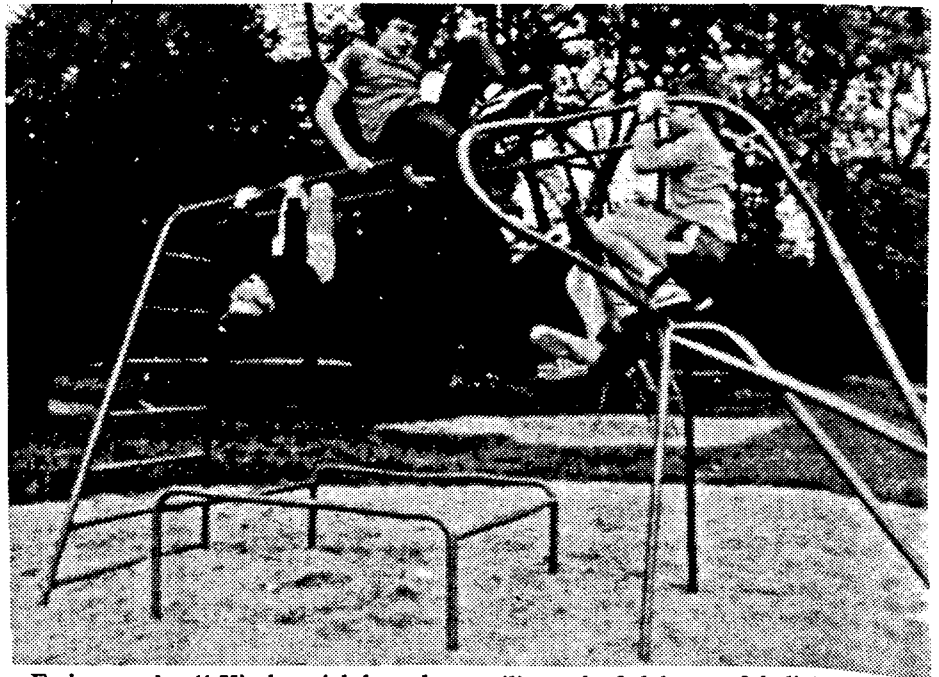
D: Wir haben eine schöne Wohnung mit großen Zimmern, und wir haben auch einen Fahrstuhl und einen Balkon. Mein Vater sagt immer, die Wohnung ist zu teuer, und er will eine andere Wohnung suchen, aber ich will mein Zimmer behalten, und meine Mutter will das auch.

Was habt ihr in diesem Jahr in den Ferien gemacht? Seid Ihr verreist oder weggefahren?

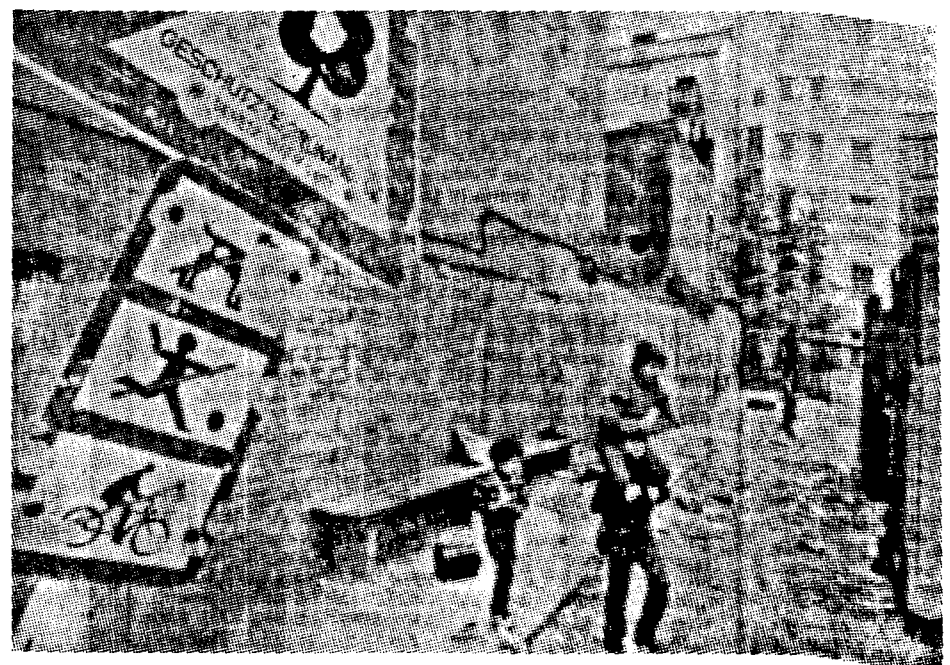
B: Ich bin gerade von einer Ferienreise zurückgekommen. Ich war drei Wochen alleine im Harz, meine Erzieherin im Kindertagesheim hat mir das vermittelt. Ich war in einem Jugendheim der Hamburger Schullandheime, und die Reise hat 590 DM gekostet. Das konnten meine Großeltern bezahlen. Meine Großeltern sind, soweit ich mich erinnern kann, noch nie in Urlaub gefahren. Ostern sind wir alle zusammen eine Woche zu meiner Tante gefahren.

A: Wir fahren zwei Wochen an die Ostsee auf einen Campingplatz. Da hat ein Freund von meinem Vater einen Wohnwagen stehen, für uns Kinder haben wir ein Zelt gekauft. Letztes Mal sind wir mit dem Fahrrad dahin gefahren. Das war toll und aufregend. Aber uns taten ganz schön die Beine weh. Diesen Sommer haben wir ein Auto.

C: Meine ganze Familie ist in den Frühjahrsferien nach Spanien geflogen, weil das da nicht so teuer ist. Ich



„Ferienangebot“ Kinderspielplatz: langweilig und oft lebensgefährlich.



Eher eine Müllkippe: Spielplatz in Hamburgs Innenstadt.

fand das aber ein bißchen langweilig. Man konnte noch nicht baden. Und andere Kinder waren da auch nicht viele.

D: Ich war bei meiner Oma. Was meine Eltern gemacht haben, weiß ich nicht. Verreist waren sie wohl nicht, da hätten sie mich mitgenommen.

Ihr habt jetzt noch zwei Wochen Ferien. Was macht Ihr in dieser Zeit?

C: Ich darf meine Schwester jeden Tag zum Kindergarten bringen und abholen. Als sie vierzehn Tage zuhause bleiben sollte, damit die Leute im Kindergarten auch Urlaub machen können, hatte ich sie fast den ganzen Tag am Hals.

B: Im wesentlichen rumgammeln. Ab und zu gehe ich baden oder Tischtennis spielen. Manchmal auch zur Discothek bis um 20.00 Uhr.

D: Ich bin fast den ganzen Tag auf dem Spielplatz, und wenn das Spielplatzheim auf ist, mach ich da was mit.

A: Ich bin viel auf dem Spielplatz hier, mein Bruder auch.

Habt ihr einen Ferienpaß?

C: Nee, was ist denn das?

A: Nein.

B: Ja, ich habe einen. Ich habe mir den geholt, um zum Baden gehen zu können. Das ist dann nämlich billiger.

D: Ich habe keinen. Wofür denn?

Wie findet Ihr die Angebote von diesem Spielplatz?

B: Ich glaube, die großen Kinder werden in den Sommerferien nicht gerne im Kindergarten gesehen. Die Leiterin vom Kindergarten hat meine Oma gefragt, ob ich wohl die restlichen drei Wochen Ferien gerne zuhause bleiben möchte. Ich würde aber gerne hingehen. In den Ferien sind wenig Kinder da, dann ist es viel besser. Man kann in Ruhe spielen oder bauen, und die Erzieher haben viel mehr Zeit. Was ich toll fand, daß wir immer alle zusammen Mittag gegessen haben, große und kleine Kinder. Und wir sind viel an die Elbe und in den Wald gegangen.

C: Ich fand das nicht mehr gut im Kindergarten. Die meisten Kinder, die so alt wie ich sind, sind abgemeldet. Da sind dann nur noch so kleine.

Wie stellt Ihr Euch denn Ferien so vor?

B: Also, die Reise in den Harz, die hat mir eigentlich gut gefallen. Bloß das ewige Singen von den alten Schrottliedern: Im Frühtau zu Berge; Aus grauer Städte Mauern ... usw. Jeden Morgen, jeden Abend. Mit der Zeit denkst du, du wirst blöd. Andere Musik durfte nur ganz leise gespielt werden.

A: Ich möchte immer in den Ferien an die Ostsee fahren, die ganze Zeit.

C: Ich möchte auch mal alleine wegfahren, so was wie Klassenfahrt fände ich toll.

D: Ich möchte in den Ferien mal zu einem Bauernhof fahren, wie meine Freundin das gemacht hat. Die durfte sogar reiten und Hühner füttern.

Ferienangebote in Hamburg: Trost für Urlaubsenthaltsamkeit?

Der Studienkreis für Tourismus hat Anfang Juni 1982 in einer Studie festgestellt, daß 26% der im Arbeitsprozeß stehenden Bundesdeutschen keine Urlaubsreise machten gegenüber 18% 1980. Grund sei der Geldmangel; insbesondere seien Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 2500 DM zu solcher „Urlaubsenthaltsamkeit“ gezwungen.

Der Staat erkennt durch seine Ferienangebote für Kinder und Jugendliche an, daß es dieses Problem gibt. Im folgenden die wichtigsten Angebote in Hamburg:

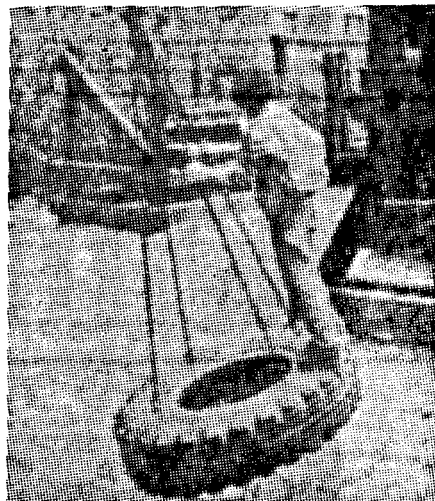
– Kinder zwischen 6 und 15 Jahren können einen Ferienpaß erhalten bei den Bezirks- und Ortsämtern, in Spielplatz- und Kindertagesheimen und in den Häusern der Jugend; der Paß ermöglicht die verbilligte Teilnahme an vielen Ferienveranstaltungen; für die Dauer der Ferien können die Kinder die öffentlichen Verkehrsmittel für 18 DM unbegrenzt nutzen, für 8 DM die 44 Frei- und Hallenbäder Hamburgs. Zumindest die jüngeren Kinder können dieses Angebot nur begrenzt nutzen: Sie sind darauf angewiesen, daß sie von den Eltern zu den verschiedenen Veranstaltungen gebracht werden, die Eltern haben aber nicht die ganzen Ferien hindurch Urlaub. Hinzu kommt, daß auch die verbilligten Ferienangebote für viele Eltern eine zu große finanzielle Belastung bedeuten. Wollen die Eltern an den für die Kinder verbilligt angebotenen Veranstaltungen teilnehmen, müssen sie natürlich voll zahlen. Das können viele sich nicht leisten.

– Kinder von 3 bis 6 Jahren können in sog. Tageserholungsstätten im Stadtpark, Volkspark oder Öjendorf untergebracht werden, und zwar für die Mindestdauer von 9 Wochen. Es handelt sich um eine Einrichtung des Amtes für Jugend. Die Kinder werden mit Bussen von zuhause abgeholt und abends auch wieder zurückgebracht. Die Einweisung in eine solche Kur erfolgt über die Mütterberatung oder Familienfürsorge. Die Kosten liegen zwischen 0,90 DM und 13 DM täglich, je nach Einkommen der Eltern.

– Kinder von 10 bis 14 Jahren können mit der Deutschen Hilfsgemeinschaft, einem gemeinnützigen Verein, auf Erholungsreisen geschickt werden; diese dauern 2 oder 3 Wochen und kosten 40 DM bzw. 60 DM. Die Kinder werden in Jugendherbergen untergebracht und von

schlecht oder gar nicht ausgebildetem Personal „betreut“, was gerade in diesem Sommer zu einigem Aufsehen führte (Hamburger Abendblatt vom 12.7.82: „Für unartige Kinder gabs Kopfnüsse“). Diese Erholungsreisen werden zu ca. 80% vom Amt für Jugend finanziert; durchschnittlich nehmen 4500 Kinder im Jahr an diesen Reisen teil.

– Schulkinder können mit der Arbeitsgemeinschaft der Hamburger Schullandheime verreisen für drei Wochen; die Kosten betragen zwischen 386 DM und 648 DM.



– Für Kinder jeden Alters wird im Wallringpark jedes Jahr in den Ferien der „Kindersommer“ organisiert; Kasper- und Puppentheater sowie Zirkusvorstellungen werden hier im Sommerprogramm der Kinderbühnen aus Hamburg und Umgebung angeboten.

– Über die Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales werden Eltern mitsamt ihren Kindern in sog. Familienferienstätten verschickt; die Kostenbeteiligung ist einkommensabhängig; die zur Verfügung stehenden Ferienhäuser bzw. -wohnungen sind wegen der großen Nachfrage immer lange im voraus vergeben; dies ist das einzige Angebot der Hansestadt, das einen ermäßigten Familienurlaub ermöglicht.

Da die Ferienangebote nicht die ganzen Schulferien abdecken können, sind die meisten Kinder gezwungen, in der verbleibenden Zeit auf der Straße herumzulungern oder einen der 3000 häufig nur unzulänglich ausgestatteten Spielplätze zu besuchen. In Hamburg – so stellte Ende Mai der Deutsche Kinderschutzbund fest – fehlen sowieso weit mehr als 1000 Kinderspielplätze.

Keinesfalls ist der Eindruck richtig, den die bürgerliche Presse vor allem in der Urlaubszeit gern erweckt, die westdeutsche Bevölkerung sei besonders „reisewütig“. Urlaub in der Stadt ist v.a. für diejenigen, die über keinen eigenen Garten verfügen, nur von geringem Erholungswert. Die Luft und das Wetter sind auch nicht besser als sonst. Die engen Wohnungen bieten im Urlaub, wenn sich die ganze Familie tagsüber darin aufhalten muß, noch weniger Platz für Entspannung, Ruhe oder Hobbys als sonst schon. Die tägliche Reproduktion muß genauso durch Einkauf, Waschen, Kochen etc. aufrechterhalten werden. Deshalb ist für die arbeitenden Menschen eine Reise, womöglich in die Sonne, in bessere Luft und mit Ruhe von den tagtäglichen Tätigkeiten zur Erholung unbedingt nötig. Sonst bleiben nur Schwimmbäder und öffentliche Grünanlagen.

Erhebliche Einbrüche durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen

Für die Reisesaison 1982/83 rechnen die Veranstalter mit weiteren Einbrüchen. Bereits von 1980 auf 1981 sind ca. 3 Mio. Menschen in der BRD weniger verreist. Für 1982 gehen die Reiseveranstalter davon aus, daß „wegen der angespannten Wirtschaftslage ... in den unteren Preiskategorien mehr Reisen wegfallen, als oben nachrücken“. Erhebliche Teile der westdeutschen Bevölkerung konnten sich bereits 1981 keinen Urlaub mehr leisten. Nach Untersuchungen des Studienkreises Tourismus haben 24% der arbeitenden Bevölkerung (mit Hausfrauen, ohne Rentner und Pensionä-

re), das sind 10,6 Mio Menschen, 1981 keinen Urlaub genommen, sondern *durchgearbeitet* (1980: 18,6% oder 7,2 Mio). Bei den ungelernten Arbeitern stieg der Anteil derer, die nicht verreisen konnten, von 5,6% auf 24,8%, bei den Facharbeitern von 11% auf 18% im gleichen Zeitraum. Hausfrauen konnten zu 50% keinen Urlaub mehr machen gegenüber „nur“ 30% 1980.

Insgesamt geht der Studienkreis davon aus, daß von allen Haushalten mit einem Einkommen von monatlich 2500 DM netto und weniger 39% nicht mehr verreisen konnten gegenüber 11% 1980.

Anteil der Urlaubsreisenden an der Wohnbevölkerung und nach Altersgruppen in %

Jahr	0 - 13 Jahre	14 - 24 Jahre	25 - 44 Jahre	45 - 64 Jahre	65 und älter	gesamt
1970	—	—	—	—	—	37,0
1975	43,8	45,0	55,9	49,4	33,8	47,1
76/77	41,2	41,3	52,2	47,5	31,8	44,3
77/78	45,0	42,2	56,3	49,8	35,8	47,3
78/79	45,4	43,1	56,3	50,3	34,7	47,5

Seit Mitte der 70er Jahre hat es keine erhebliche Ausweitung des Anteils der Reisenden an der Wohnbevölkerung insgesamt mehr gegeben. Um ganze 0,4% ist der Anteil von 1975 auf 1978/79 noch gestiegen, nachdem er infolge der Krise zunächst um fast 3% 1976/77 gesunken war. Anderen Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes (im Bundesanzeiger) zufolge kann man für das Jahr 1978/79 den Anteil Urlaubsreisender von „knapp 50%“ entnehmen, ebenso für 1980, für 1981 „gut 50%“. Es macht also „knapp“ die Hälfte aller Bundesbürger überhaupt nur Urlaubsreisen. Unterdurchschnittlich ist der Anteil der Urlauber bei den Kindern, Jugendlichen und deren Familien und den alten Menschen. 1979 hatten 26% aller 60- bis 69-jährigen und 31% aller über 70-jährigen noch nie in ihrem Leben eine Urlaubsreise gemacht, auch keine Kurzreise zu Familienangehörigen. Dagegen waren bei den 14- bis 44-jährigen nur 10%, bei den 40- bis 60-jährigen nur 18% noch niemals verreist.

Deutliche Verschiebungen hat es bei der Urlaubsdauer gegeben. Im Gegensatz zu der langsamen Ausweitung des Urlaubsanspruchs stehen offensichtlich die Möglichkeiten, auch länger zu verreisen. Über 50% aller Urlaubsreisen dauern nur zwischen 5 und 14 Tagen, kürzere Reisen werden nicht als Urlaubsreisen gerechnet. Der Anteil dieser Reisen steigt ständig zuungunsten längerer Reisen von drei und mehr Wochen. Einmal sind es mit Sicherheit die Lohnsenkungen der letzten Jahre, die zur Verkürzung des Urlaubs geführt haben (von 1980 auf 1981 sank die

durchschnittliche Reisedauer von 18,2 auf 17,1 Tage). Zum anderen haben aber die Zahlen der Urlauber, die zweimal und häufiger verreisen, von 15,8% 1975 auf 21,2% 1979 zugenommen.

Reisedauer in Tagen in % aller Reisen des Jahres

Jahr	5 - 7 Tage	8 - 14 Tage	15 - 21 Tage	22 - 28 Tage	29 Tage und mehr
1975	11,4	39,0	32,0	11,5	6,0
76/77	12,5	41,5	30,7	10,1	5,0
77/78	13,7	41,7	29,4	9,9	5,3
78/79	13,7	43,3	28,6	9,2	5,2
79/80	—	55,0	29,0	—	15,0
80/81	—	56,0	30,0	—	14,0

Für 1979/80 und 1980/81 liegen die Zahlen nur vor für Reisen von 5–14 Tagen, 15–21 und 22 und mehr Tagen.

Bei der Unterbringung nimmt die Zahl der Urlauber, die Ferienwohnungen mieten bzw. Camping machen, langsam weiter zu. Jeder fünfte macht bei Verwandten Urlaub und spart erhebliche Unterbringungskosten. Urlaub in Hotels, Pensionen und Gaststätten nimmt immer dann deutlich ab, wenn erhebliche Lohneinbußen hingenommen werden müssen. Sonstige Urlaubsunterbringungen (Kinderheime, Jugendherbergen u.a.) werden auch immer mehr in Anspruch genommen, sie sind erheblich billiger.

Unterbringung im Urlaub

Art	1975	1976/77	1977/78	1978/79	1980/81
Hotel u.a.	36,8	36,0	36,7	37,2	36,0
Kur u.a.	1,7	1,7	1,5	1,3	—
Privat mit	17,0	17,1	15,8	15,6	15,0
Privat ohne	21,3	22,2	21,6	21,0	20,0
Ferienhaus	10,0	10,7	11,7	11,8	13,0
Camping	7,7	5,3	7,0	6,0	8,0
sonstige	5,6	7,0	6,0	6,3	8,0

mit: mit Bezahlung; ohne: ohne Bezahlung (auch als Verwandtenbesuche geführt); sonstige: Kinderheime, Jugendherbergen, Schullandheime, Familienheime.

Massentourismus: nicht für die Massen

Nehmen wir an, eine Hamburger Familie, Eltern, zwei Kinder im Alter von acht und zwölf Jahren, hat in diesem Sommer verreisen wollen. Die Bedürfnisse sind nicht hoch gesteckt: drei Wochen Urlaub, Flug, Zimmer mit Dusche/WC, Halbpension, Sonne, Meer, frische Luft. Urlaubs-
etat: 3000 DM.

Zu Anfang des Jahres deckt sich die Familie mit Katalogen ein. Beim „Billiganbieter“ Transeuropa (TUI) findet sie unter allen Zielen das billigste: Mallorca; dort wieder das billigste Hotel: Casa Bauza. Man rechnet und kommt auf 4702 DM. Zu teuer.

Man würde auch mit der Bahn fahren: das günstigste Angebot findet man an der Riviera, Finale Ligure, Hotel La Palma: 3795 DM. Man verzichtet auf Bahn und Flug, würde auch ein Ferienhaus nehmen, findet es in der Toscana, errechnet 1073 DM, zählt Anfahrt, Verpflegung und Nebenkosten dazu: der Urlaubsetat reicht nicht. Bleibt die Ostsee. Billigste Möglich-

keit: Ferienghetto Weissenhäuser Strand, einfachste Ferienwohnung: 1670 DM und Anfahrt, Verpflegung, Nebenkosten. Soll man es machen? Man müßte gleich buchen, sonst ist die Wohnung weg. Stornieren wäre teuer: 80% der Mietkosten ab einen Monat vor Antritt der Reise. Der Urlaub kann auch verregnen, wie die letzten an der See.

Eine andere Familie mit unbegrenztem Urlaubsetat will etwas exklusiver verreisen. Aus dem Airtours Katalog („Urlaub mit Linie – das individuelle Reisen für Anspruchsvolle“) wählt sie Taormina auf Sizilien, wohnt im Luxushotel San Domenico und legt 18706 DM auf den Tisch. Das Astir Palace auf Attika in Griechenland war leider schon ausgebucht. Es hätte 24668 DM gekostet. Die gesparten 5962 DM lassen sich gut noch für Andenken gebrauchen.

Quellenhinweise: Statistisches Jahrbuch der BRD, verschiedene Jahrgänge; Mitteilungen des Statistischen Bundesamtes im Bundesanzeiger; FAZ vom 8.8.1982 zum Studienkreis Tourismus.

EG zahlt Falkland-Kriegsfolgekosten

Die Europäische Gemeinschaft hat am 13. Juli amtlich mitgeteilt, daß aus ihrem Entwicklungsfonds 300000 Dollar Wirtschaftshilfe für die Falkland-Inseln bereitgestellt werden. Den Antrag hat Großbritannien gestellt, nur wenige Tage, nachdem die britische Regierung offiziell den Krieg für beendet erklärt hat, wurde er genehmigt. Die Gelder sollen, so die britische Regierung in ihrem Antrag, für den „Wiederaufbau von Häusern, Straßen und Abwasseranlagen“, die durch die Kriegshandlungen zerstört worden sind, verwendet werden. Mit dieser Entscheidung hat sich die EG-Kommission faktisch bereit erklärt, sich an den Kriegsfolgekosten Großbritanniens zu beteiligen, so wie sich die EG bereits an dem Krieg gegen Argentinien mit ihren Boykottbeschlüssen direkt beteiligt hatte. Gleichzeitig hat die EG damit klargestellt, daß sie Argentinien gegenüber die Malwinen-Inseln als gemeinsame Kolonie, nämlich als EG-Territorium, ansieht. Die argentinische Regierung hat bei den Regierungen der EG-Staa-

China – USA: Abbruch der Beziehung?

Die chinesische Regierung hat den USA mit einer Rückstufung oder evtl. Abbruch der diplomatischen Beziehungen für den Fall gedroht, daß die USA ihre Waffenlieferungen an das Guomindang-Regime auf der chinesischen Insel Taiwan fortsetzen. Bei den Waffengeschäften geht es u.a. um die Lizenzproduktion des Überschalljägers F5E. In Verhandlungen mit der US-Regierung hat die chinesische Regierung die Beschränkung weiterer US-Waffenlieferungen an Taiwan auf maximal fünf Jahre verlangt. Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen



zur VR China 1979 hatte die US-Regierung anerkennen müssen: „Es gibt nur ein China, Taiwan ist ein Teil Chinas, und die Regierung der Volksrepublik ist die einzig legitime chinesische Regierung.“ Kurz

danach verabschiedete der US-Kongreß aber das „Gesetz über die Beziehungen zu Taiwan“, das den legalen Rahmen für die fortgesetzte Einmischung lieferte. Die chinesische Ernüchterung über die US-Imperialisten und den Nutzen enger Wirtschaftsbeziehungen schlägt sich auch in den Medien nieder, die wieder die „imperialistische, expansionistische Politik der USA“ angreifen. Bleibt zu hoffen, daß auch die US-Militärs nach Hause geschickt werden, die nach der Schließung der US-Beobachtungsstationen im Iran heute von der chinesischen Westgrenze aus sowjetische Kernwaffen- und Raketestests verfolgen.

ten wegen dieser Mißachtung der Rechte Argentinien und Verstoß gegen UN-Resolutionen Protest eingelegt.

Bolivien: Generalstreik gegen Militärdiktatur

Zu einem einstündigen Generalstreik während der Vereidigung des neuen Juntachefs General Vildoso Calderon rief der bolivianische Gewerkschaftsbund auf. Auch die Bergarbei-

tergewerkschaften kündigten Aktionen gegen die Militärdiktatur an. Die Militärs, Vollstrecker eines IWF-Sanierungsprogramms, haben u.a. durch Abwertungen das Lebensniveau der Massen drastisch gesenkt; ca. 50% sind arbeitslos bzw. unterbeschäftigt, die Kaufkraft der Löhne sank innerhalb von vier Monaten um 400%. Hintergrund der Krise ist der Preisverfall für Zinn, auf dem Weltmarkt.

Austritt aus ANZUS-Pakt gefordert

Zum 30. Jahrestag des Treffens der Mitglieder des ANZUS-Pakts erklärte der australische Oppositionsführer Hayden, wenn seine Labor Party die bevorstehenden Parlamentswahlen gewänne, so sollten die australischen Häfen für atombewaffnete US-Schiffe gesperrt werden. Dies ist ein Zugeständnis an Forderungen der Arbeiterbewegung, die in den Gewerkschaftsverbänden diese Forderung erhoben hat, darüber hinaus, daß keine fremden Kriegsschiffe in australischen Häfen stationiert werden und keine Atomwaffen auf australischem Boden gelagert werden dürften. Fast gleichzeitig wurde der ANZUS-Pakt von der neuseeländischen Opposition angegriffen. Auf ihrem Parteitag im Mai stimmte die überwältigende Mehrheit der Labor Party für Austritt aus dem Pakt, der 1951 von den USA mit Australien und Neuseeland gegründet wurde. Ursprünglich gegen Japan gerichtet, dient er heute hauptsächlich der Kontrolle des Indischen und des Pazifischen Ozeans durch die USA. Derzeit verlangen die USA von Japan ein stärkeres Engagement im nordöstlichen Pazifik. Sie wollen ihre Flottenverbände neu gruppieren, um über den Indischen Ozean die Verbindungswege zum Persischen Golf und zu den Ölfeldern des Mittleren Ostens besser zu beherrschen. Trotz Intervention des US-amerikanischen Vorsitzenden des Pakts beharren die Oppositionspolitiker auf ihrem Standpunkt.

Erfolgreiche Angriffe der IRA

Einen erfolgreichen Raketenangriff auf einen britischen Polizeijep unternahm die provisorische Irisch-Republikanische Armee (IRA) am 27.7. Der Jeep wurde vollständig zerstört, vier britische Polizisten verletzt. Unser Bild zeigt einen Bus der nordirischen Transportbetriebe nach einem IRA-Brandanschlag auf das

Depot. Die Angriffe auf britische zivile und militärische Ziele sind Teil einer IRA-Offensive gegen den britischen Versuch, im Herbst Wahlen zu einer „nordirischen Versammlung“, einem Teilparlament ohne wirkliche Rechte, durchzuführen. Die Angriffe gegen die britische Armee in London gehören zu dieser Offensive.



Keineswegs handelt es sich bei den zehn Opfern der beiden Anschläge um „harmlose“ Parade-Soldaten. Die Wacheinheiten in London sind genauso regelmäßig gegen das irische Volk eingesetzt wie die in Westdeutschland stationierten Einheiten, das gilt auch für die Musiker. Mit den Angriffen hat die IRA gezeigt, daß sie, obwohl mehrfach von britischen Ministern totgesagt, höchst lebendig ist. Die britische Regierung erhofft sich jetzt viel von einem Gesetz in der Republik Irland, das zwar nicht, wie von ihr verlangt, die Auslieferung, aber doch die Verurteilung in Irland wegen im Ausland verübter „terroristischer Verbrechen“ ermöglicht. Aufgrund dieses Gesetzes wurde jetzt erstmals jemand verurteilt, Gerald Tuite soll zwölf Jahre ins Gefängnis wegen angeblicher Beteiligung an Bombenanschlägen in England vor mehreren Jahren. In Irland gibt es erhebliche Proteste gegen dies Gesetz. Die irische Verfassung verbietet ausdrücklich Auslieferungen.

USA

US-Regierung betreibt die höhere Verschuldung der kleinen Farmer

Im dritten Jahr nacheinander können die US-amerikanischen Farmer ihre Ausgaben nicht aus den laufenden Einnahmen, dem Verkauf ihrer Produkte, bezahlen. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse fielen im Juni 1982 weiter um 0,7% gegenüber dem Vormonat, damit waren die Preise gegenüber dem Vorjahr um 2,8% niedriger. Die Kosten, die die Farmer für ihre Ausgaben Saat, Maschinen, Dünger, Energie zahlen mußten, waren im Juni um 4% höher als im Vorjahr. Die Preisschere ist weiter geöffnet. Das Verhältnis der Preise, die die Farmer für ihre Produkte erhalten, zu den Preisen, die sie zahlen müssen, hat sich verschlechtert: Im Vergleich zu 1977, dem Jahr mit festgelegten 100 Indexpunkten, betrug das Verhältnis 1980 97 Punkte, 1981 waren es 92, und in den

Hals steht, machte ein Farmer aus Springfield, Massachusetts, vor einem Parlamentsausschuß klar: Die bundeseigene Landbank in Springfield erwartet, daß die Hälfte ihrer Farmschuldner im nächsten Jahr aufgeben muß, wenn sich die Lage nicht ändert. Die Zahlungsunfähigkeit der Farmer insgesamt hat zugenommen. Von den Farmbesitzern waren 1982 20% unfähig, ihre Anleihen zu zahlen (1981 16%), von denjenigen, die eine Farm betrieben, aber nicht die Besitzer waren, 38% (1981 36%).

Bei niedrigen Verkaufspreisen muß der Farmer mehr produzieren, um zu versuchen, gleichbleibende Einnahmen zu erzielen. Um die Produktion ausweiten zu können, muß er Anleihen aufnehmen, für die bei niedrigen Preisen notwendige Einlagerung ebenfalls.



Ein Teil der Farmer ist gezwungen, Maschinen und Ausrüstungen zu verkaufen, um ihre Betriebsfonds anzuheben.

ersten Monaten 1982 sank das Verhältnis auf 86 Punkte.

Ohne weitere Verschuldung können die Farmer ihre Ausgaben nicht decken. Die Reagan-Regierung hat erklärt, die Farmer müßten hart sein und die Lage durchstehen. Der Landwirtschaftsminister wies offen darauf hin, daß seine Politik dafür sorgt, die Farmer verstärkt in die Abhängigkeit des Finanzkapitals und dessen Kredit-schlingen zu treiben. Er stellte fest, die Farmer hätten bisher nur Kredite und Anleihen in Höhe eines Fünftels von dem Wert ihres Besitzes aufnehmen müssen, sie könnten sich noch gut weiter verschulden. Daß einem großen Teil der Farmer das Wasser bis zum

Das produzierte Getreide muß er als Sicherheit festlegen. Die Regierung zahlt dafür Unterstützungsgelder, aber ebenfalls in Form von Anleihen. Die Rückzahlung der Anleihen ist aber zunehmend nicht mehr möglich.

Ebenso wie der kleine Farmer darauf angewiesen ist, die Produktionsergebnisse zu erhöhen, muß er die Unterstützungsgelder der Regierung bekommen. Die Regierung hat festgelegt, daß für 1982 für den Getreideanbau Stützungsgelder nur gezahlt werden, wenn der Farmer sich verpflichtet, die bisherige Anbaufläche um 15% zu verringern. Für 1983 muß er die Anbaufläche sogar um 20% verringern.

Die für die Lagerung notwendigen Anleihen zahlt die Regierung. Das Ge-

treide darf dann erst nach drei Jahren zum sogenannten Richtpreis verkauft werden, es sei denn, der Verkaufspreis steigt in der Zwischenzeit auf 4,65 \$ pro bushel (36,37 l). Die Regierung hat die Anleihe für die Vorratshaltung pro bushel auf 4,00 \$ festgelegt. Der Richtpreis ist in diesem Jahr 4,05 \$.

Wenn ein Farmer Getreide verkauft, zahlt die Regierung den Unterschied zum Richtpreis, wenn der Marktpreis darunter liegt. Diese letzteren Stützungsgelder werden sich 1982 nach Schätzungen auf 10,5 Mrd. \$ belaufen. Da die Zinsen für die Kredite und Anleihen hoch sind, über 16%, die Stützungsgelder und Anleihen aber nur bei Reduzierung der Anbaufläche gezahlt werden, läuft das auf die wachsende Ruinierung der kleinen Bauern hinaus. Durch die Stützungsgelder garantiert der Staat zugleich den Getreidegroßeinkäufern einen niedrigen Preis.

In den letzten Jahren mußte jährlich 1% der Farmer unter der Schuldenlast aufgeben. Seit 1950 sind mehr als die Hälfte der 5,6 Millionen Farmen beseitigt worden. Jetzt sind es 2,3 Mio. Die Durchschnittsgröße der Farmen hat sich auf über 400 acres verdoppelt (1 acre ist gleich 0,4046 ha). Was die kleinen Farmer an Land aufgeben mußten, haben die großen aufgekauft. 1978 haben die größten 50000 Farmen, etwa 2% aller Farmen, mehr als ein Drittel, 36%, aller Erzeugnisse verkauft. Rund 1,6 Mio. Farmen dagegen haben 1978 für weniger als 20000 \$ im Jahr verkauft. Die größten 25% der Farmen setzten 1960 77%, 1977 85% aller Erzeugnisse ab. Nach Berechnungen des Landwirtschaftsministeriums bekamen die größten 10% aller Farmen 50% aller Zuschüsse. 60% der Farmeinkommen stammen von Einkommen außerhalb der Farmproduktion, ein großer Teil der kleinen Farmen sind Nebenerwerbsbetriebe.

Quellenhinweis: L.P. Schertz u.a., Another Revolution in U.S. Farming? Washington, 1979; US-Department of Agriculture, Agricultural Statistics, Washington, 1980

El Salvador FMLN-Kräfte seit 1981 verdreifacht

Seit Ende Juni verstärkt die Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) ihre Angriffe auf sämtliche Straßen-transporte in El Salvador. Das Ziel dieser neuen Offensive ist die Zersprengung von Armeekräften, die alle Straßen des Landes überwachen sollten. In der ersten Juliwoche war der Verkehr in den meisten Landesteilen völlig zusammengebrochen. Selbst im Westen des Landes, wo bislang die Tätigkeit der FMLN eher schwach war, sprengten Kämpfer der FMLN Lastwagen und Omnibusse. In der Hauptstadt

San Salvador konnten Sabotageakte gegen Strom- und Telefonleitungen sowie Trinkwasseranlagen durchgeführt werden. Damit hat die Befreiungsfront gezeigt, daß die Wahlfarce vor drei Monaten und die Ablösung Duarte durch Magana sie keineswegs geschwächt hat. Seit Januar 1981 konnte sie ihre Kräfte verdreifachen.

Die FMLN befürchtet jetzt allerdings, daß auf Initiative der USA ein Zangenangriff gegen die von ihr kontrollierten Gebiete im Osten vorbereitet wird. Wie ein Solidaritätskomitee in Honduras bekanntgab, zieht die Regierung von Honduras ungefähr 700 Soldaten unter dem Kommando von 100 US-Beratern im Grenzgebiet in El Salvador zusammen. Die USA verfolgen ein Konzept der „Regionalisierung“. Honduras soll offensichtlich die Rolle eines Gendarmen in Zentralamerika übernehmen, und ohne direkten Einsatz von US-Truppen könnten die Imperialisten größere Militäraktionen unternehmen. Die Zahl der US-Militärberater in Honduras ist rasch gestiegen, und die US-Regierung steckte einige Millionen Dollar in die Ausrüstung der Armee. Am 14. Juli empfing Reagan den Präsidenten von Honduras, Roberto Suazo, lobte ihn für die „Rückkehr zur Demokratie“ und versprach ihm Hilfe beim „Kampf gegen den Terrorismus“. Einen Tag später griffen erstmals honduranische Truppen in bewaffnete Kämpfe in Nicaragua ein.

Die FMLN hat der Regierung von Honduras Verhandlungen angeboten und erklärt: „Die Armee Honduras ist nicht in der Lage, die FMLN in Schach zu halten, und das macht eine Intervention der USA in der Region möglich.“ Die Hauptkräfte, auf die sich die FMLN stützen kann, sind die armen Bauern in der Provinz Morazan im Osten El Salvadors an der Grenze zu Honduras. Bereits 1980 hatten Regierungstruppen vergeblich versucht, die Befreiungskämpfer dort zu schlagen, ein erneuter Versuch 1981 schlug ebenfalls fehl. Die FMLN hat dort Schulen eingerichtet, ein Gesundheitswesen aufgebaut, und ihre Kämpfer beteiligen sich an der Produktion in Landwirtschaft und Gartenbau.

Am 17. und 18. Juli ist es der FMLN gelungen, Angriffe von Regierungstruppen auf drei Ortschaften im Grenzgebiet zu Honduras zurückzuschlagen. Unter den 2000 Mann, die den Angriff gegen die FMLN führten, waren die Eliteeinheiten „Atlacatl“ und „Ramon Belloso“, die in den USA ausgebildet worden sind. In anderen Provinzen setzte die Befreiungsfront ihre Operationen gegen Infrastruktureinrichtungen fort.

Quellenhinweis: El Moudjahid; Wireless Bull f. Wash., 1.7 - 16.7.1982; UZ, 20.7.1982

Südafrika Streiks in der Automobilindustrie

Wegen eines Streiks von rd. 15000 Beschäftigten mußten die Montagewerke von VW, Ford und General Motors in Port Elizabeth am 16.7.1982 die Produktion einstellen. Die schwarzen und farbigen Arbeiter waren gegen die von den imperialistischen Konzernen angebotene Lohnerhöhung von 2 auf 2,15 Rand (1 Rand = 2,49 DM). Die Gewerkschaften, unter ihnen die National Automobile and Allied Workers Union (NAAWU), forderten eine Anhebung der Mindeststundenlöhne auf 3,50 Rand, also 8,71 DM. Am 23.7. haben die Arbeiter von VW den Streik beendet mit dem Ergebnis, daß diese Lohnerhöhung tatsächlich gezahlt wird, gestaffelt über 18 Monate. Der Streik bei Ford und General Motors war am 23.7. noch nicht beendet.

Gegenwärtig gibt es innerhalb der Arbeiterbewegung Bestrebungen zur Bildung eines einheitlichen Gewerkschaftsverbandes. Insgesamt 200 Gewerkschaften mußten die Kapitalisten im Laufe der Streikbewegung der letzten Jahre anerkennen. Mitte Mai fand ein Kongreß statt, auf dem die Bedingungen zur Vereinheitlichung besprochen wurden. Die Lage ist kompliziert, weil es dem Kolonialistenregime gelungen ist, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten. 1979 wurde ein Gewerkschaftsgesetz erlassen, das auch schwarze Gewerkschaften zuließ – unter unannehmbaren Bedingungen. Das Siedlerregime hat die Kontrolle über Kasensführung, Geschäftsordnung, Wahlverfahren, ebenso wie das Recht, Gewerkschaften aufzulösen. Die weißen Siedlergewerkschaften können Einspruch gegen die Gründung schwarzer Verbände erheben und das Schlimmste: die Aufnahme von Wanderarbeitern aus den Homelands ist eingeschränkt bzw. verboten; und der größ-



Arbeiter bei VW Südafrika.

te Teil der schwarzen Arbeiter kommt von dort.

Die schwarzen Gewerkschaften führten einen erbitterten Kampf gegen diese Registrierung. Inzwischen ist die Lage aber so, daß es – nach Angaben der Regierung – 260000 Mitglieder von registrierten schwarzen Gewerkschaften gibt und 100000 von nicht-registrierten. Auch wenn die Zahl der Nicht-registrierten vermutlich wesentlich höher liegen wird, so geben diese Zahlen doch einen Eindruck von der Spaltung. Der größte Gewerkschaftsverband, FOSATU, auf den der internationale Metallarbeiterbund Einfluß hat, hat inzwischen nur noch einen nicht-registrierten Verband.

So waren auf dem Kongreß dann auch viele nicht-registrierte Gewerkschaften nicht vertreten. Die Gewerkschaft MACWUSA, auch eine Automobilgewerkschaft aus Port Elizabeth, verließ die Konferenz, weil sie die Registrierung ablehnt.

Quellenhinweis: Facts and Reports, 28.5.82 und 12.6.82; IMB Nachrichten 10/82; Süddeutsche Zeitung, 23.7.82

Mauritius Großbritannien soll Diego Garcia räumen

Mitte Juni 1982 gewann das Wahlbündnis aus Sozialisten und der „Maurizischen Militanten Bewegung (MMM)“ alle 60 Direktmandate. Die bisherige Regierungspartei, die Labour Party, bekam nur noch acht Sitze. Das Parlament vollzog sogleich eine Verfassungsänderung, durch die Diego Garcia und die von Frankreich besetzte Inseln Tromelin zu Bestandteilen von Mauritius erklärt werden. Diego Garcia ist die südlichste Insel der Gruppe der Tschagosinseln und wird seit 1966 von Großbritannien und den USA als gemeinsamer militärischer Stützpunkt betrieben. Die Insel wurde unter der britischen Kolonialherrschaft von Mauritius aus verwaltet. Mauritius erlangte 1968 die Unabhängigkeit, aber Großbritannien behielt Diego Garcia in seiner erst 1965 gegründeten Kolonie „Britische Territorien im Indischen Ozean (BIOT)“. Um dort ungestört schalten zu können, siedelten die Briten die 1000 dort lebenden Familien aus und vertrieben sie nach Mauritius. Entschädigungen, die der frühere Regierungschef ausgehandelt hatte, wurden zurückgehalten.

Der neue Außenminister Jean Claude de Lestrac erklärte, daß Mauritius in seiner Außenpolitik nach den Prinzipien der Blockfreiheit, der Solidarität und der regionalen Zusammenarbeit handeln werde. Bei einem Staatsbesuch auf Madagaskar erklärte er, Mauritius werde den Kampf der Völker des

afrikanischen Kontinents um nationale Befreiung und bedingungslos den Befreiungskampf der Palästinenser unterstützen. Mauritius, das weitgehend auf den Export seines Zuckerrohrs angewiesen ist, will die wirtschaftliche Zusammenarbeit u.a. mit Madagaskar verstärken, um sich von der Abhängigkeit von Südafrika zu befreien. Die anderen Staaten des Indischen Ozeans sind aufgefordert, die Rückgabe von Diego Garcia an Mauritius zu unterstützen. Damit soll ein Schritt dazu getan werden, den Indischen Ozean zu einem „Meer des Friedens“ zu machen.

Die imperialistischen Mächte sind entschlossen, den Stützpunkt zu behalten. Die USA lehnten Verhandlungen ab. Großbritannien erklärte, über britisches Territorium gebe es nichts zu verhandeln. Der Spiegel rechtfertigt den imperialistischen Standpunkt und höhnt, die Tschagosinseln lägen „von Mauritius viermal so weit entfernt wie Falkland von Argentinien“.

Quellenhinweis: Xinhua, 14., 16.7.1982; El Moudjahid, 12.7.1982; FAZ, 14.7.1982

Indien Textilarbeiterstreik dauert an

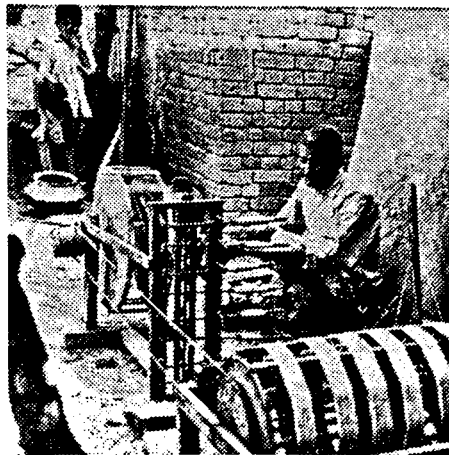
Der Streik der ca. 250 000 Textilarbeiter in Bombay geht jetzt bereits in den siebten Monat. Trotzdem sperren sich die Regierung des Bundesstaates Maharashtra und der Unternehmerverband strikt gegen Verhandlungen über die Forderungen der Textilarbeiter.

Am 4. Juni wurde in Bombay ein zweistündiger Generalstreik zur Unterstützung der streikenden Textilarbeiter durchgeführt, angeführt von den wichtigsten Gewerkschaften. In einem Stadtteil Bombays blockierten die streikenden Arbeiter die Straßen. Auf über 40 Plätzen fanden Kundgebungen statt, wobei die Polizei Arbeiter verhaftete oder zu provozieren versuchte.

Die Härte und Ausdauer, mit der der Streik geführt wird, erklärten sich aus der besonders benachteiligten Lage der Textilarbeiter gegenüber der anderen Industriearbeiterschaft in Indien. Selbst die gegen den Streik eingestellte indische Illustrierte „India today“ schreibt: „Die Grundlöhne blieben seit 30 Jahren unverändert, und 660 Rupies (Rs) Grundlohn sind extrem niedrig, wenn man ihn mit dem in der chemischen, pharmazeutischen und Maschinenbauindustrie vergleicht. Mehr als 40% der Textilarbeiter sind nicht fest angestellte Arbeiter, die unter dem heimtückischen „Badli“-System arbeiten, nach dem abwesende Arbeiter einfach ersetzt werden, und sie sind vollständig der Gnade der sie beschäftigenden Fabrik ausgeliefert.“ Hinzu

kommt, daß gerade in Bombay die Lebenshaltungskosten, insbesondere für die Unterkunft, verglichen mit dem übrigen Indien extrem hoch sind.

Im Augenblick versucht die indische Regierung mit allen Mitteln, die Textilfabrikbesitzer zu stützen, um den Streik zu brechen. In der Hauptsache sagen die, daß der sowieso notleidenden Textilindustrie als Exportfaktor das Rückgrat gebrochen werde durch den Streik und die geforderte Anhebung um 50% (zwischen 1000 und 1400 Rs liegt die durchschnittliche Bezahlung der indischen Arbeiter in der Industrie) die Produktion völlig unrentabel machen würde. Zum anderen berufen sie sich nach wie vor auf die mit den beiden anderen großen Gewerk-



Ein erheblicher Teil der indischen Textilproduktion wird noch mit primitiven Produktionsmitteln in Klein- und Kleinstbetrieben hergestellt, oft einzige Überlebensmöglichkeit für einen Teil der 30 Mio. Arbeitslosen.

schaften geschlossenen Verträge und lehnen Verhandlungen mit der den Streik führenden Maharashtra Girni Kamgar Union (MGKU) des Dr. Data Samant ab, obwohl sämtliche Arbeiter im Streik stehen: „Wenn wir auf seine (Dr. Samants und seiner Gewerkschaft) Forderungen eingingen, würde die Textilindustrie vollständig zugrunde gehen. Wir haben Vereinbarungen mit der RMMS (Zentraler Gewerkschaftsverband) und wir wollen nichts mit anderen Gewerkschaften zu tun haben“, so der Vorsitzende des Unternehmerverbandes Vijayanagar. Mit staatlicher Unterstützung wurden aus anderen Bundesstaaten Arbeiter angeheuert, die unter großem Aufwand zu den Fabriken gebracht werden.

Ein Problem ist die außerhalb von Bombay mangelnde Unterstützung des Streiks durch die großen zentralen Gewerkschaften. In den Presseorganen wird davon ausgegangen, daß wenn diese nicht zustandekommt, der Streik nicht erfolgreich enden wird.

Quellenhinweis: India today, Bombay, Februar, Juni 1982; Massline, 1. Juli 1982

Kampuchea Vietnams Truppenabzug eine Farce

In dem Schlußkommunique ihres Treffens vom 6. – 7. Juli kündigten die Außenminister von Vietnam, Laos und der von Vietnam installierten kampucheanischen Marionettenregierung einen Teilabzug der vietnamesischen Besatzungstruppen aus Kampuchea an. Sie schlugen außerdem den ASEAN-Staaten eine regionale Konferenz zur Indochina-Frage und die Schaffung einer Sicherheitszone an der thailändisch-kampucheanischen Grenze vor.

Diese Erklärungen und Vorschläge enthalten nichts Neues. Nach dem Scheitern der letzten Trockenzeitoffensive gegen die Truppen des Demokratischen Kampuchea und durch die erfolgreiche Bildung einer Koalitionsregierung des kampucheanischen Widerstands ist Vietnams militärische und diplomatische Position gefährdeter denn je; der diplomatische Vorstoß soll jetzt Entlastung bringen.

Schon auf der letzten UN-Vollversammlung hatte Vietnam einen teilweisen Truppenabzug angekündigt, um eine Verurteilung seiner Invasion in Kampuchea durch die UN-Mitgliedstaaten zu verhindern und das kampucheanische Marionettenregime durch die UNO legitimieren zu lassen. Eine Truppenreduzierung hat seither nicht stattgefunden. Wie Radio Demokratisches Kampuchea am 20.7. meldete, hat Vietnam allein im Mai 1982 seine Besatzungstruppen um 20 000 Soldaten verstärkt und im Juni/Juli 4300 Soldaten zusätzlich in Westkampuchea und in den Grenzgebieten zu Thailand stationiert. Vietnams Vorschlag einer Sicherheitszone an der thailändisch-kampucheanischen Grenze, in der nur bewaffnete Einheiten Thailands bzw. des kampucheanischen Marionettenregimes stationiert sein sollen, zielt auf die Zerstörung der Nachschublinien des kampucheanischen Widerstands über die thailändische Grenze und auf die Vertreibung der Kampuchea-Flüchtlinge aus den thailändischen Grenzgebieten. Thailand hat diese Offerte zurückgewiesen, weil nur der vollständige Truppenabzug Vietnams die Sicherheit in der Region wiederherstellen könne.

Die gerade zuende gegangene Reise des vietnamesischen Außenministers Nguyen Co Thach in die ASEAN-Staaten Singapur, Malaysia und Thailand blieb deshalb erfolglos. Zum Abschied deutete er an, Vietnam könne als Druckmittel gegen die ASEAN künftig die Guerilla-Bewegungen in den ASEAN-Staaten unterstützen.

Quellehinweis: Xinhua, 13.7.1982; FAZ, 24.7.1982

Nigeria

Regierungspläne: Schwierigkeiten beim Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft

Die Regierung Nigerias hat für den Fünfjahrplan 1981 – 85 Ausgaben von 82. Mrd. Naira festgelegt (1 N = 3,584 DM, Stand Januar 1982). An die erste Stelle der Entwicklungsaufgaben hat sie die Landwirtschaft gesetzt mit 13% der Ausgaben des vierten Nationalen Entwicklungsplanes. An zweiter Stelle steht der Bereich Erziehung und Ausbildung. Weitere Investitionen sind in großem Umfang für den Aufbau der Industrie vorgesehen.

Die Regierung hat den Entwicklungsplan auf der Grundlage bestimmt, daß eine Erdölproduktion in Nigeria von 1,3 Millionen Barrel pro Tag bei gleichbleibenden Preisen gesichert ist. Nigeria exportierte 1980 12,8 Mrd. Naira, davon betrug der Erdölanteil 12,2 Mrd. N (nach Angaben der Bundesstelle für Außenhandelsinformation). Die Einfuhr hatte einen Wert von 9,6 Mrd. N. Nigeria ist also weitgehend abhängig von dem gesicherten Export seines Erdöls. Das heißt zugleich, daß der Aufbau der nationalen Wirtschaft vom Weltmarkt abhängt, dessen Schwankungen und von den Versuchen der Imperialisten, Preise und Fördermengen zu diktieren.

70% der Einnahmen der Regierung stammen aus den Erdöleinkommen. Als Ende 1981 die britischen Erdölkapitalisten die Preise des Nordseeöls senkten, das dem nigerianischen vergleichbar ist in der Qualität, war die Regierung Nigerias gezwungen, den Preis zu senken. Als die imperialistischen Erdölkonzerne, die in Nigeria Öl fördern, die Produktion schlagartig auf 630000 Barrel pro Tag drosselten, um Nigeria zu weiteren Preissenkungen zu zwingen und den OPEC-Preis darüber insgesamt zu reduzieren, mußte die Regierung Nigerias Mitte April Notmaßnahmen verhängen und Mitte Juni weitere Importeinschränkungen verordnen.

Die Lebensmittelpreise stiegen ruckartig um 100%. Als Nigeria sich dann wegen eines Kredits an den Internationalen Währungsfonds wandte, verlangten die dort herrschenden Imperialisten prompt eine Abwertung des Naira. Den Ausverkauf der nigerianischen Produkte lehnte die Regierung ab. Den dringend benötigten Überbrückungskredit erhielt Nigeria von Saudi-Arabien und den anderen Golf-Staaten. Ende Juni wurden wieder mehr als eine Mio. Barrel am Tag produziert.

Diese Entwicklung weist darauf hin, wie dringlich Nigeria diese weitgehende Abhängigkeit vom Weltmarkt und den

Anschlägen der Imperialisten verringern muß, um eine Wirtschaft aufbauen zu können, die der Entwicklung des Landes dient.

Ein Hauptproblem der derzeitigen Schwierigkeiten besteht darin, daß Nigeria auf Lebensmitteleinfuhren für die etwa 84 Millionen Einwohner des Bundesstaates angewiesen ist. Diese Einfuhren kosteten 1980 etwa 1,9 Mrd. Dollar. Seitdem die Erdölproduktion Ende der sechziger Jahre rasch gesteigert wurde, ist die landwirtschaftliche Produktion nur noch langsam gewach-



Auf einer Musterfarm lernen Bauern neue Anbaumethoden.

sen, im letzten Planjahrfünft jährlich um 2%. Die Nahrungsmittelerzeugung je Einwohner ist 1980 auf 89 Indexpunkte gefallen im Vergleich zu 1969/71 mit 100 Indexpunkten. So mußten z.B. im letzten Jahr 600000 t Reis importiert werden. Noch immer sind in der Landwirtschaft 80% der Erwerbsbevölkerung tätig (Angabe der Regierung). Als wichtigen Grund für den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion gibt die Regierung die Landflucht gerade der Jungen an. Da die Bauern zu 90% auf Flächen unter 2,5 acres arbeiten (1 acre = 4046 Quadratmeter), ist die Produktion stark zersplittert. Bis in die sechziger Jahre konnten die Bauern die Selbstversorgung des Landes sichern. Obwohl mit dem Einsetzen des Ölexportes die Inflation rasch stieg, konnten die Bauern eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte nicht durchset-

zen. Der Anbau für den Markt sicherte nicht die Existenz, die Massen auf dem Land verarmten, was den Zuzug in die Städte vorantrieb.

Gegen die wachsende Abhängigkeit von den Nahrungsmittelimporten hat die Regierung 1980 den Plan „Grüne Revolution“ aufgestellt. Das Ziel ist, bis 1985 die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln erreicht zu haben, wenn auch noch einzelne Nahrungsmittel wie Fleisch, Milchwaren, Weizen weiter importiert werden müssen. Bis 1987 sollen wieder Nahrungsmittel und Nutzpflanzen exportiert werden. Vorausgesetzt ist eine jährliche Produktionssteigerung von 4%.

Als Mittel für die Steigerung sollen u.a. größere Einheiten erreicht und der Anbau plantagenmäßig betrieben werden. Die einzelnen Bauern sollen zu verbilligten Preisen Maschinen und

Kunstdünger kaufen. Das wird aber nur über eine weitere Verschuldung der Bauern gehen, und diese wird wiederum die Vertreibung vom Land fördern. Das Mittel, mit dem die armen Bauern die Produktivität wirksam und auf Dauer steigern können, den genossenschaftlichen Zusammenschluß, hat die Regierung nicht vorgesehen und fördert ihn nicht. Die Bearbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen ist vorgesehen, der Aufbau von Industrie auf dem Lande ist aber nicht geplant. Wenn aber im Ergebnis nur die reichen Bauern wirksam gefördert werden, dann wird das angestrebte Ziel der Selbstversorgung des Landes mit Lebensmitteln nicht erreicht werden können.

Das Ziel der Regierung ist es, auf der Grundlage der weitgehenden Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln eine Industrie aufzubauen, die der Entwick-

Eine Landreform für die Bauernmassen steht noch aus

In den 40er und 50er Jahren führte Nigeria überhaupt keine Lebensmittel ein. Bis 1973 blieben die Lebensmittelimporte gering und für die Versorgung der Bevölkerung nicht ausschlaggebend. Dies änderte sich schlagartig. 1980 importierte Nigeria für fast 1,9 Mrd. US-Dollar landwirtschaftliche Erzeugnisse – im wesentlichen Lebensmittel. Dies ist ein Hinweis für die großen Schwierigkeiten der ländlichen Kleinproduzenten, die die Selbstversorgung der nigerianischen Bevölkerung im wesentlichen sichergestellt hatten.

In der ersten Planperiode 1962 bis 1968 wurden noch 13,6% der Gesamtentwicklungsausgaben für die Landwirtschaft eingeplant. 1970 bis 1974 waren es nur noch 9,4%. Von diesen Ausgaben wurden in den Bereich der Nahrungsmittel 9,1% investiert und in den Bereich der Agrarexportprodukte 13,4%. Der Grundnahrungsmittelproduktion, die vorwiegend in klein- und kleinstbäuerlichen Familienbetrieben erfolgt, wurde somit wenig Beachtung geschenkt.

Die staatliche Agrarförderung hat sich auf die Errichtung und Erhaltung von Großfarmen beschränkt. Die Projekte zur Unterstützung der Kleinbauern waren nicht auf ihre Lage abgestimmt und konnten so auch keinen Erfolg haben.

Weil die Löhne für Arbeiter in den Städten sechsmal so hoch sind wie für Landarbeiter, wandern viele, vor allem Jugendliche, in die Städte ab, und in den Dörfern fehlt es an Arbeitskräften. Viele erhalten dann in den Städten doch keine Arbeit und müssen durch das gesunkene Familieneinkommen (weil eine Arbeitskraft fehlt) miternährt werden.

Für das Roden von neuem Land und die Feldvorbereitung ist die Zeit im Regenwald begrenzt. Die Kleinbauern würden gern Landarbeiter einstellen. Sie haben jedoch kein Geld, um diese zu bezahlen. Kredite, um die Entlohnung von Landarbeitern zu gewährleisten, bekommen die Bauern aber nicht.

Von der Regierung gefördert wird monokulturmäßiger Anbau von „bes-

seren“ Sorten, z.B. Mais. Die Bauern haben aber seit Jahrzehnten in Mischkultur angebaut, um gegen Witterungseinflüsse besser geschützt zu sein. Wird nur Mais angebaut und der Regen bleibt aus, ergibt das Totalverlust. In der Kombination mit Cassava (Wurzelknollen) jedoch bleibt ein Ertrag, weil Cassava die Trockenheit übersteht. Was zentral als rückständig kritisiert wird, ist also für die Bauern seit Jahrzehnten die einzige Möglichkeit zu überleben. Auch die Mischung von Cassava mit Melonen, Kürbissen und Süßkartoffel ist nicht einfach rückständig, denn die drei letzteren verdrängen das Unkraut und sparen so die Arbeit fürs Unkrautjäten, wenngleich die Cassava dann nicht so kräftig gedeiht.

Haben sich die Kleinbauern zu Reformprojekten bereit erklärt, so bekommen sie Saatgut und Düngemittel auf Kredit und müssen ihre Ernte als Sicherheit stellen. Das Ergebnis ist oft Verschuldung.

Quellenhinweis: Peter Ay, Agrarpolitik in Nigeria; Josef S. Jaja, Staatliche Förderung der Landwirtschaft in Nigeria

lung einer selbständigen nationalen Wirtschaft dient. Nachdem Nigeria 1960 das britische Kolonialjoch beseitigt hatte, war der erste Schritt bei dem Aufbau der Industrie, Produkte herzustellen, die Importgüter ersetzen konnten. Diese Industrie bestimmt noch die Struktur: Von den etwa 300000 in der Industrie Beschäftigten in Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten im Jahre 1976 waren 27% in der Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie waren 23% der Beschäftigten. Bedingungen für den weiteren Ausbau der Industrie haben die bisherigen Regierungen planmäßig geschaffen: Seit kurzem arbeitet der Delta-Stahlkomplex (Direktreduktion) mit einer Jahresleistung von 1 Million Tonnen Stahl, in Bau ist das Hochofenstahlwerk in Ajaokuta mit einer geplanten Jahreskapazität in der Endstufe von 2,6 Millionen Tonnen Stahl, der in drei Walzwerken weiterverarbeitet wird. Die Investitionsgüterindustrie ist noch im Versuchsstadium, das erste Werkzeugmaschinenwerk soll 1982 in Betrieb genommen werden.

Bei dem Aufbau der Industrie hat Nigeria in großem Umfang Kapitalinvestitionen der Imperialisten zugelassen. Seit dem Gesetz von 1977 hat die Regierung die Wirtschaft in drei Bereiche eingeteilt. Im ersten dürfen ausländische Kapitalisten kein Kapital anlegen, das ist nur nigerianischen Kapital-

listen erlaubt. In den Bereichen zwei und drei sind die imperialistischen Kapitalisten gezwungen worden, bestimmte Anteile an nigerianische Kapitalisten zu verkaufen.

Der Bereich eins enthält Bäckereien, Getränkeherstellung, Werbung, Transport, Kaufhäuser. Im Bereich zwei müssen 60% Anteile von Nigerianern gehalten werden: Verbrauchsgüterindustrien, Banken, Versicherungen, Eisen- und Stahlindustrie, Ölindustrie, Bergbau, Zement, Papierherstellung. In den übrigen Industriezweigen müs-



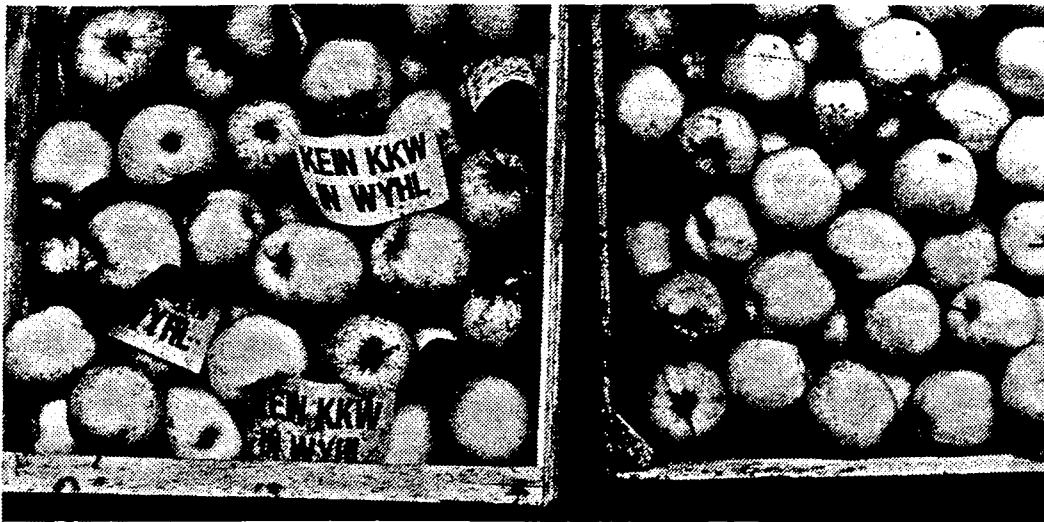
Arbeit am Bohrgeschirr des Ölturms.

sen Nigerianer mindestens 40% Anteile besitzen. 10% der Anteile müssen an die jeweiligen Belegschaften verkauft werden. Über 500 Mio. Dollar Anteile haben 1800 ausländische Firmen bis 1979 verkaufen müssen.

Diese Maßnahmen und andere Gesetze sollen die Imperialisten dazu zwingen, ihr Kapital im Sinne eines Beitrags zum Aufbau einer nationalen Industrie anzulegen, und sollen ihren Ausplünderungs- und Ausbeutungsinteressen Schranken setzen. Zugleich baut die nationale Bourgeoisie so ihre Klassenposition aus. Dagegen hat der Nationale Gewerkschaftskongress, in dem die 42 Einzelgewerkschaften zusammengeschlossen sind, 1980 in dem „Manifest der Arbeiter“ gefordert, daß die nationale Wirtschaft „in das Eigentum und unter die Kontrolle der Arbeiter und der Massen“ gebracht wird.

Wenn die Regierung dagegen jetzt, wo sie weitgehende Importeinschränkungen verhängen mußte, den Kurs „Ausweitung der Marktelemente“ beibehält, wird das zum verstärkten Konkurrenzkampf der Kapitalisten führen, dem Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft entgegenstehen und den Gegensatz von arm und reich weiter verstärken.

Quellenhinweis: Länderkurzbericht Nigeria 1981, hrsg. Stat. Bundesamt Wiesbaden; C. Legum (Hrsg.), African Contemporary Record 1980/81, London; F. A. Oialoku, Structure of the Nigerian Economy, Lagos 1979



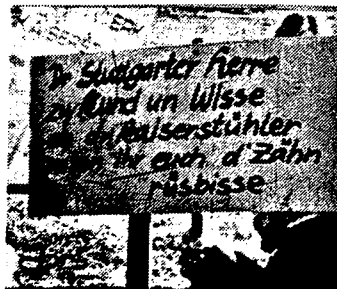
Medienwerkstatt Freiburg

„S'Weschpenäscht – Die Chronik von Wyhl“ eine parteiiche Videoproduktion

Seit Mai dieses Jahres, kurz nach Verkündung des Urteils des Mannheimer Verwaltungsgerichtshofes in Sachen Wyhl, ist die neueste Videoproduktion der Freiburger Medienwerkstatt fertiggestellt: eine Filmdokumentation des Widerstands gegen das in Wyhl am Kaiserstuhl geplante Kernkraftwerk von den ersten Protesten gegen den Plan im Jahr 1970 bis zu der größten Demonstration auf dem vorgesehenen Bauplatz im Wyhler Wald mit 50000 Teilnehmern am 3. April 1982.

Insgesamt 45 Stunden Filmmaterial wurden ausgewertet und zu einer 105 Minuten spannenden und aufklärenden Dokumentation des Widerstands der Kaiserstühler Bevölkerung und ihrer Sichtweise zusammengeschnitten. Die Produzenten verzichten bewußt auf jeden Kommentar und beschränken sich darauf, das von vielen Amateuren in diesen 12 Jahren zusammengetragene Material zu montieren. In einem Faltblatt der Medienwerkstatt zum Film wird der sowjetische Filmemacher Pudowkin (1928) zitiert:

„... wenn aber der einzelne Amateur nur einen Teil der Gesamtausgabe ausführt, so können aus solcher Gemeinschaftsarbeit Dinge von außerordentlicher Bedeutung entstehen. Kein Regisseur auch der mächtigsten Filmgesellschaft kann das zustande bringen, was mit Hilfe von im ganzen Land zerstreuten und zu einer Arbeitsgemeinschaft vereinigt



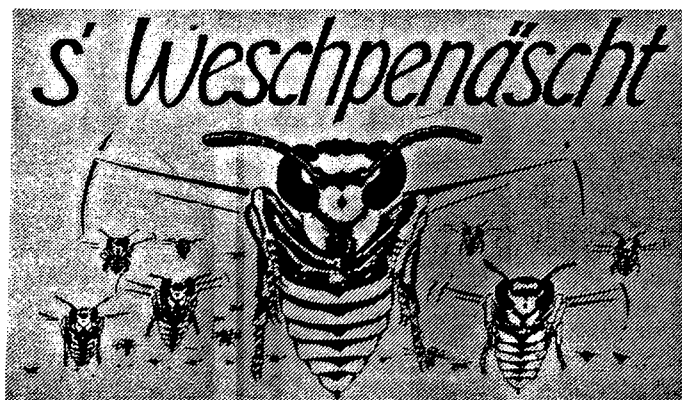
ten Amateuren erzielt werden kann.“ Solche Amateure haben das Material für diesen Film geliefert; z.B. Werner Mildebrath, Elektromeister. Mit seinem Videorecorder derjenige, der 12 Jahre lang sämtliche Nachrichten und Kommentare des Fernsehens festhält. Er rettet historisches Bildmaterial, das sonst in den Archiven der öffentlich-rechtlichen Anstalten verschwinden würde.

Durch diese bewußte Beschränkung gibt es vielleicht manche Episode, die fehlt. Trotzdem gewinnt die Filmdo-



kumentation gerade durch die Vielfalt der immer begründeten Argumente der „Lieferanten“ des Materials einen sehr eindeutigen, parteiichen Standpunkt. Darüber hinaus, und eigentlich mehr nebenbei, erfährt der aufmerksame und teilnehmende Betrachter viel über die innere Entwicklung der Bewegung gegen die KKW's und die Probleme dieser Auseinandersetzung, ohne daß ein belehrender Standpunkt eingenommen wird.

Quelle: Programmblatt zum Film, Medienwerkstatt Freiburg; Fotos: 'Wyhl – der Widerstand geht weiter', Freiburg 1982.



Die Chronik von Wyhl, 1970–1982. Eine Videoproduktion in U-Matic, Farbe u. SW, 105 Min. Auszuleihen auf VHS/Betamax /U-Matic/VCR, 1/2 Zoll (offene Spule) bei Medienwerkstatt Freiburg, Konradstr. 20, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/70 97 57.

Der Kampf-Koloß: Ein Action-Film?

Daß dieser Film in einer Großstadt vier Wochen laufen kann, hat zwei Gründe: Der Besucher erwartet einen spannenden Action-Film: „2000 Tonnen Stahl auf Rädern“. Außerdem scheint er brandaktuell zu sein. Die Zeit „nach den Ölkriegen“ wird behandelt. Solche Erwartungen werden enttäuscht. Infolge Energiemangels ist der Staatsapparat der USA zerfallen. Man ist gespannt, wie die Leute jetzt ihr Leben organisieren, und erfährt folgendes: Die nach dem Führerprinzip organisierte Bande des Oberst Straker terrorisiert mit ihrem „Kampfko-loß“ – einem gepanzerten Lastzug – das Land. Eine „altmodisch demokratisch organisierte“ Landkommune kann dem keinen Widerstand entgegensetzen. Erst als der Held mit dem sinnigen Namen Hunter (Jäger) eingreift, wendet sich das Blatt. Die Liebe zur Tochter des Oberst, die diesem aus lauter Skrupel weggelaufen ist, befähigt ihn, trotz schwerster Verwundung, den Oberst zu töten und den Kampfko-loß zu zerstören. Dialog zwischen Tochter und Held: „Warum müssen Menschen einander bekämpfen?“ „Weil immer einer mehr haben muß als der andere.“ „Das muß aufhören.“ „Das war immer so.“ Die Langeweile in diesem Film rührt zu einem guten Teil daher, daß man dem Kampfko-loß die Gefährlichkeit beim besten Willen nicht abnimmt. Die Hilflosigkeit der Menschen und der Mut des Einzelgängers wirken deshalb herbeigeholt. Die reaktionären Weisheiten sind wirklich schlecht verpackt.

Malko im Sudan

„Malko – Guerillas gegen Gaddafi“ heißt Band 54 der Malko-Serie, die Axel Springer als Übersetzung aus dem Französischen in seinem Cora-Verlag vertreibt. Band 54 unterscheidet sich von Band 55, 56 oder 57 zwar dem Handlungsort nach, aber nicht in der Machart. Es ist zu vermuten, daß hinter dem Verfasser-namen „Gérard de Villiers“ eine Reihe von Schundschriftlern mit Erfahrungen aus Fremden-legion, Kolonialdienst oder Botschaften stecken.

Denn immer versuchen die Hefte, Authentizität durch eine relativ genau dargestellte

Ortskenntnis zu beweisen, aber diese Glaubhaftigkeit ist von vorn bis hinten vermischt mit allen kolonialen Vorurteilen und Lügen.

„Guerillas gegen Gaddafi“ (der Titel ist irreführend, Libyen kommt nur entfernt darin vor) spielt in Khartoum im Sudan, ein Land, dessen Armut nach Ansicht des Verfassers auf Faulheit, Verschlagenheit, persönliche Unsauberkeit und Korruption zurückzuführen ist und das sich vor allem durch Dreck auszeichnet. Die wenigen anständigen Menschen des Romans sind der Held, der freischaffende CIA-Agent Prinz Malko Linge, und der örtliche CIA-Beauftragte, ein netter, junger Mann, dem böseartige Guerillas gerade die frisch angetraute Ehefrau gestohlen haben, um von den USA Waffen zu erpressen.

Die Waffen werden geliefert, Malko gelingt aber die Befreiung der Frau, worauf die Waffen einer rivalisierenden Organisation zur Verfügung gestellt werden zum Einsatz gegen Libyen. Zweck des Malko-Einsatzes ist es also diesmal, die unschuldige Frau zu befreien, nicht etwa, die Interessen der USA zu betreiben. Das heißt, das positive Ziel des Hefts ist nicht mit den imperialistischen Interessen des US-Kapitals identisch, sondern besteht einfach „aus Menschlichkeit“. Darunter verschwindet die imperialistische Einmischung im Sudan, die Ermordung von Guerillas, die Erpressung örtlicher Politiker, das alles wird, wenn nicht gerecht, so doch verständlich.

Gérard de Villiers, *Guerillas gegen Gaddafi*, Malko-Band 54, Cora-Verlag Berlin, 4,50 DM

Ein Naziverehrer kommt zu Ehren

Ein französischer Kollaborateur, der in der ungebrochenen Überzeugung schreibt, daß er vor und nach dem Ende des 2. Weltkriegs bloß deshalb so verfolgt wird, weil Hitler nicht gesiegt hat, das ist Louis-Ferdinand Céline. Der Rowohlt Verlag preist ihn an als einen der „wichtigsten und aufregendsten Autoren des 20. Jahrhunderts“. Seine „ausdrucksstarke, exzessive Sprache“, die „absolute Respektlosigkeit“, das sei was. Keine Frage, gegen wen er seine „politische Abrechnung“ richtet.

Das Buch ist eine unaufhörliche Litanei der Beschwerde. Den Hauptteil bildet die Schilderung seiner Internierung im

Hohenzollernschloß in Sigmaringen zusammen mit Gesindel seines Schlages. Dorthin hatten sie sich auf der Flucht vor den französischen Widerstandskämpfern 1944 begeben. Céline bemängelt den schwachen Schutz durch die Nazis, kein Nazi-Flugzeug am Himmel, bloß französische und amerikanische. Über das vergitterte Zimmer im Lager, in das der SS-Zuständige Menschen bringen und verschwinden läßt, breitet der Lagerarzt Céline Schweigen. Schlecht ernährt er sich, aber mehrere Köter kann er immer durchfüttern. Das Herrenmenschen-schwein urteilt über die Menschen zynisch, ein sterbender Hund ist für ihn wertvoller: „Oh, ich habe so manche Agonien erlebt ... hier, dort ... überall, aber bei weitem nicht so schöne, diskrete, treue ... was dem Sterben der Menschen Abbruch tut, ist der Klimbim.“

Seine „exzessive“ Sprache kommt zustande durch Häufung von Fäkalwörtern, abwertend benutzten sexuellen Wörtern und Brutalitäten der Sorte, die eng mit der Tätigkeit des Schlachtens verbunden ist. Seine Lieblingsphantasie, die immer wieder eingeflochten wird, ist Charon, der Totenfährmann, der mit seiner Ruderstange allen seinen Feinden den Schädel einschlägt.

Célines Satzbaumethode besteht darin, unvollständige Sätze zu reihen. Die Verknüpfung durch Satzzeichen geschieht ausschließlich durch drei Punkte. Die bewußte Über- und Unterordnung von Gedanken, die logische Folge und die Verarbeitung sind liquidiert. Céline wühlt in den Gefühlen wie Charon in den Gehirnen. Alles kann, sanktioniert über diese Form, gleichgesetzt werden. Persönliche Konkurrenten, Leute, von denen er abhängig ist, Politiker, Kollaborateure, Antifaschisten, kommunistische Künstler, alle können durch denselben Dreck gezogen werden.

Dieser Haltung angepaßt sind die Anmerkungen des Übersetzers Bökenkamp, der z.B. zu dem Namen „Doriot“ erklärt: „Prodeutscher Politiker, 1945 hingerichtet“. Ein Kollaborateur wird verkürt, den wenigstens die Gerechtigkeit erteilt hat, im Gegensatz zu Céline, der nach Gefangenschaft in Dänemark nach Frankreich abgeschoben wurde und dort erst 1961 starb.

Louis-Ferdinand Céline, *Von einem Schloß zum anderen*, Rowohlt-Taschenbuch 4964, 12,80 DM

Arbeiterbewegung und Katholiken

Italien: Gewerkschaftseinheit oder „historischer Kompromiß“

„Das Proletariat kann führende und herrschende Klasse in dem Maß werden, wie es ihm gelingt, ein System von Klassenbündnissen zu schaffen, das erlaubt, die Mehrheit der werktätigen Bevölkerung gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat zu mobilisieren. Das bedeutet in Italien, unter den in Italien bestehenden realen Klassenverhältnissen: in dem Maß, in dem es gelingt, die breiten Bauernmassen zu gewinnen. ... In Italien hat die Bauernfrage aufgrund der bestimmten italienischen Tradition, aufgrund der bestimmten Entwicklung der italienischen Geschichte zwei typische und besondere Formen angenommen: die süditalienische Frage und die vatikanische Frage.“

Seit Antonio Gramsci, der Sekretär der KPI, 1926 diese Zeilen schrieb, hat die „katholische Frage“ nichts an Bedeutung für die italienische Arbeiterbewegung verloren. Ihre Dimensionen haben eher noch zugenommen. Denn obwohl der Anteil der bäuerlichen Bevölkerung (das bäuerliche Kleingewerbe ist die traditionelle Basis des politischen Katholizismus) seit 1951 von 44 auf 14% gesunken ist, hat die katholische Partei, die Democrazia Cristiana (DC), ihre Stellung als größte italienische Partei und ihre massive organisierte Präsenz unter den werktätigen Massen halten können. Bei den Wahlen 1972, 1975 und 1979 erhielt die DC (rund 1,8 Mio. Mitglieder) jeweils gut 38% der Stimmen, ein gutes Drittel der Arbeiter wählt DC. Drei von acht Millionen gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen gehören dem katholischen Gewerkschaftsbund CISL an, die Christdemokraten beherrschen den bei weitem größten Bauernverband Coldiretti.

Seit Kriegsende ist die DC die maßgebliche Regierungspartei der italienischen Bourgeoisie. Alle Teile der herrschenden Klasse, von Großindustriellen des Nordens über „katholische Bankiers“ bis zur sizilianischen Mafia, sind an der Führung der Partei beteiligt. Was die DC jedoch von den großen konservativen Parteien in anderen europäischen Ländern unterscheidet, ist der organisierte Einfluß in der Arbeiterbewegung. Nachdem im Widerstand erstmals eine Einheitsgewerkschaft, die CGIL, gebildet worden war, konnten die Katholiken schon 1948 mit Hilfe der katholischen Arbeitervereine (ACLI) die Gewerkschaftsbewegung erneut spalten. Anfang stand die CISL völlig unter DC-Führung und beteiligte sich in den 50er Jahren durch Abschluß separater Tarifverträge an der Isolierung der größten, kommunistisch-sozialistisch geführten Gewerkschaft CGIL. Seit Beginn der 60er Jahre, vor allem aber seit 1968/69 löste sich die CISL unter dem Eindruck großer Streikämpfe von der direkten DC-Vormundschaft. Erstmals ist seit 1969 ein Nicht-Christdemokrat, Pierre Carniti, Generalsekretär.

Nach wie vor ist aber der überwiegende Teil der leitenden CISL-Funktionäre DC-Mitglied. Einer von ihnen umriß kürzlich die „Autonomie“ der Gewerkschaft gegenüber der DC: „Vor allem rigorose Beachtung der formalen Regeln der Unvereinbarkeit (von Gewerkschaftsfunktionen mit Parteiämtern und Parlamentsmandaten, d. V.). Als Christdemokraten in der CISL weigern wir uns, Forderungsfragen tariflicher wie wirtschaftlicher Art, die das Verhältnis zur Regierung berühren, in die innerparteiliche Diskussion einzubringen ... Dagegen haben wir intensive Beziehungen zur Partei, um das Projekt einer ganz neu aufzubauenden Gesellschaft zu entwerfen, das Probleme und Fragen löst, auf die sich die tägliche Aktion im sozialen Bereich selten konzentrieren kann.“

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat im letzten Jahrzehnt zwei zueinander widersprüchliche Richtungen verfolgt, um das Problem der Einheit der Werktätigen unter Einschuß der katholischen Massen zu lösen: den Kampf um die *Gewerkschaftseinheit* und die Linie des „*historischen Kompromisses*“. Die Aktionseinheit zwischen den Gewerkschaftsbünden ermöglichte seit 1969 große Erfolge nicht nur in der Tarifpolitik, sondern auch im Kampf gegen die katholische Reaktion. Die von Kirche und DC angestrebten Referenden gegen Scheidung (1974) und Abtreibung (1981) endeten mit überwältigenden Siegen der nichtklerikalen Kräfte (59,1 bzw. 68% Neinstimmen). Während der Kampf um die Gewerkschaftseinheit die Ablösung der katholischen Arbeiter von der DC voranbrachte, ging die seit 1973 von der KPI verfolgte Politik des „historischen Kompromisses“ davon aus,

gesellschaftliche Veränderungen seien in Italien nur im Bündnis mit den katholischen Kräften, *so wie sie durch die CD politisch repräsentiert werden*, zu erreichen.

Die ansatzweise Realisierung dieses Kurses durch die Regierungsmehrheit der „nationalen Einheit“ (1976–79) wurde überhaupt erst durch die Stimmengewinne der KPI im Gefolge des Erstarkens der Gewerkschaftsbewegung möglich. Die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die „nationale Einheit“ hat die Gewerkschaften zunächst geschwächt und dann (seit 1981) die Differenzen zwischen den Richtungsgewerkschaften verschärft. Stärker als je nach 1969 bezieht sich die CISL heute auf Elemente der katholischen Soziallehre, so mit dem heftig umstrittenen Vorschlag, aus Arbeiter-Zwangsbeiträgen einen „Solidaritätsfonds“ für Investitionen im Süden einzurichten.

Statt des Regierungsbündnisses mit der DC strebt die KPI jetzt eine „demokratische Alternative“ zum DC-Regime an, die über die traditionellen Arbeiterparteien hinaus auch katholische Kräfte einschließen soll.

Quellenhinweis: G. Galli, Storia della Democrazia cristiana, Bari 1978; Detlev Albers, Demokratie und Sozialismus in Italien, Frankfurt 1978; Laboratorio Politico 2–2/1982 (Il compromesso storico).

Deutsch-türkische Beziehungen (2)

Weimar und Faschisten: Die Plünderungsziele bleiben

Die Niederlage des Deutschen Reiches im ersten Weltkrieg hatte das Osmanische Reich zwar vor seinem beutegierigen Waffenbruder gerettet. Nicht aber vor den anderen Imperialisten. Britische, französische und italienische Imperialisten waren vielmehr fest entschlossen, nun ihrerseits die Beute zu verteilen.

Im Friedensvertrag von Sevres legten sie 1920 die Zerstückelung der Türkei im einzelnen fest. Zusätzlich sollte der Besitz der deutschen Imperialisten an die Siegermächte ausgehändigt werden. Die Vertreter des Deutschen Reiches in der imperialistischen Schuldenbank „Dette Publique Ottomane“ mußten ihre Arbeit einstellen, die deutschen Offiziere und sonstigen „Berater“ schleunigst abziehen. Die Anleihen, die das Osmanische Reich während des Krieges beim Deutschen Reich aufgenommen hatte, wurden gestrichen, mit Ausnahme der Schuldpapiere, die im Privatbesitz deutscher Kapitalisten und Banken waren.

Der koloniale Aufteilungsplan von Sevres trat aber – obwohl vom Sultan unterzeichnet – nie in Kraft. Die türkischen Arbeiter und Bauern erhoben sich gegen die einrückenden imperialistischen Kolonialtruppen und gegen das Feudalregime. Nach drei Jahren schwerer Kämpfe hatten sie die Imperialisten aus dem Land gejagt. Im Lausanner Friedensvertrag von 1923 gelang es der neuen türkischen Regierung unter Kemal Atatürk, die Anerkennung der Grenzen der heutigen Türkei durch die Imperialisten zu erzwingen. Die Kapitulationen wurden aufgehoben, die Steuereintreibung durch die „Dette“ beendet. Allerdings mußte die neue Regierung, die von türkischen Kapitalisten und Offizieren mit starkem Einfluß von Großgrundbesitzern gestellt wurde, das imperialistische Eigentum in der Türkei – ausgenommen das deutsche – anerkennen, d.h. durfte es in der Folgezeit nur gegen Entschädigung enteignen. Die Zollsätze blieben bis 1927 auf einem elend niedrigen Stand eingefroren, die Regierung mußte 62% der Vorkriegsschulden des osmanischen Reiches übernehmen.

Für die türkischen Arbeiter und Bauern bedeutete dieser Ausgang des Kampfes nur geringe Verbesserungen ihrer Lage. Die feudalen Eigentumsverhältnisse auf dem Land blieben unangetastet, revolutionäre Organisationen wie die 1920 gebildete Türkische Kommunistische Partei sowie die ebenfalls während des Befreiungskampfes gebildeten Gewerkschaften und Bauernverbände wurden bereits 1924/25 blutig unterdrückt, kurdische und armenische Aufstände blutig niedergeschlagen. An die Stelle des Feudalregimes und der Imperialisten traten für sie nun türkische Kapitalisten und Großgrundbesitzer, deren Profitinteresse auch den Imperialisten wieder ermöglichen sollte, sich festzusetzen.

Für die deutschen Imperialisten war umgekehrt deshalb die Lage Anfang der 20er Jahre nicht einfach ungünstig. Immer noch waren sie Gläubiger der türkischen Regierung. Vor allem aber bestanden die „Verbindungen“ zu türkischen Offizieren, Großgrundbesitzern und Kapitalisten fort bzw. konnten bald wieder geknüpft werden. Nach außen hin aber trat das Deutsche Reich als „geläuterte“ Kolonialmacht auf – wie eine Hyäne, der die Zähne verloren gegangen sind. 1930 schreibt ein K. Ziemke:

„Deutschland ist politisch in der Türkei überhaupt nicht interessiert und wirtschaftlich in dem gleichen Umfang wie an den übrigen Ländern, mit denen Handelsbeziehungen unterhalten werden ... Deutschland ist nicht mehr in der Lage, auf die Entwicklung des türkischen Verteidigungswesens irgendeinen Einfluß zu nehmen ... Die viel umstrittene und oft mißverständene Bagdadbahn-Politik ist abgeschlossen ...“

Kein Wort davon war wahr. 1924 war Rudolf Nadolny, während des Krieges mehrfach im Osmanischen Reich tätig, zum ersten Botschafter der Weimarer Republik in der Türkei ernannt worden. Nadolny schrieb später:

„In vielen Verwaltungen wurden Deutsche angestellt. Oberst Nicolai richtete, auf ausdrücklichen Wunsch des türkischen Außenministers, dem türkischen Generalstab einen Nachrichtendienst ein. Die Universität Konstantinopel engagierte zahlreiche deutsche Professoren, und eine landwirtschaftliche deutsche Mission unter Geheimrat Oldenburg wurde nach der Türkei berufen ... Der deutsche Handel hielt mit dieser Entwicklung Schritt. Nachdem er zeitweilig ganz aufgehört hatte, rückte er im Verlauf von drei Jahren wieder an die erste Stelle ... Am dringendsten brauchte die Türkei Eisenbahnen, und es war die Aufgabe eines deutschen Botschafters, ihr dabei zu helfen.“

Nadolny setzte durch, daß die türkische Regierung die deutschen Banken für die Übernahme der Bagdad-Bahn mit einer neuen Bahnstrecke entschädigte und deutsche Kapitalisten mit dem Bau einer Strecke zum Abtransport des Rüstungsrohstoffes Chromerz beauftragte – gegen einen Kredit von 120 Mio. RM.

Hierdurch gelang es der deutschen Industrie, einen großen Vorsprung gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu gewinnen und auch für die Zukunft ihre wirtschaftliche Vorzugsstellung in der Türkei zu festigen ... Es handelte sich um Friedrich Krupp, Otto Wolff, Ferrostaal, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Knorrbremse, Vereinigte Stahlwerke, Gutehoffnungshütte, Henschel und Sohn, Linke-Hofmann-Busch-Werke, F. Schichau“.

1926 konnten die deutschen Imperialisten einen weiteren Erfolg für sich verbuchen. Die türkische Regierung hatte sich geweigert, ihre Zins- und Tilgungsverpflichtungen für die alten osmanischen Schulden einzuhalten. Sie wollte die unerträgliche Schuldenlast abschütteln. Die französischen und britischen Imperialisten drängten deshalb sofort bei deutschen Banken auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Regierung. Die deutschen Banken willigten hochofrenet ein – nicht ohne freilich ihren Ausschuß aus der „Dette“, die als gemeinsamer Gläubigerauschuß weiter bestand, zu kritisieren. Eine Lösung war schnell gefunden. Die „Dette“ wurde um ein weiteres Organ erweitert, in dem deutsche Banken wieder vertreten waren. Schon 1928 mußte die türkische Regierung unter diesem konzentrierten Druck endgültig der Zahlung der osmanischen Schulden zustimmen – woran sie bis 1947 zu zahlen haben sollte. Zeitgleich mit diesem Schuldenabkommen trat ein Abkommen mit der deutschen Regierung in Kraft, in dem die türkische Regierung sich zu Entschädigungszahlungen für die Übernahme der Anatolischen Eisenbahn und der Hafenanlagen von Haidar-Pascha verpflichtete.

Nachdem sich die deutschen Imperialisten so wieder in die vorderste Front bei der Plünderung der Türkei geschoben hatten, konnten sie 1933 ihr berüchtigtes „Clearing-Abkommen“ mit der türkischen Regierung abschließen. Dieses Abkommen entsprach in vielen Punkten den Handelsabkommen, die die Faschisten gleich nach ihrem Machtantritt auch mit anderen südosteuropäischen Staaten abschlossen. Die Zentralbanken beider Länder richteten bei der jeweils anderen Zentralbank Konten ein, auf die alle Zahlungen für Warenlieferungen zu entrichten waren – so daß sämtliche ausländischen Banken und Kapitalisten künftig aus diesen Handelsbeziehungen ausgeschaltet waren. Die Konten der beiden Zentralbanken mußten gegenseitig täglich ausgeglichen werden. Dieses Locken der deutschen Imperialisten mit einer angeblich künftig „ausgeglichenen gegenseitigen Handelsbilanz“ hatte freilich einen derben Pferdefuß: 30% der Zahlungen deutscher Kapitalisten für ihre Bezüge aus der Türkei wurden von der deutschen Reichsbank gleich auf ein anderes Konto überwiesen, mit dem die türkische Zentralbank ihre Schulden – alte osmanische Schulden, Entschädigungen für frühere Enteignungen usw. – begleichen mußten. Kein Wunder, daß die deutschen Imperialisten sich großzügig bereit erklärten, für die türkischen Exporte „über dem Weltmarktpreis“ zu zahlen.

So sicherten sich die deutschen Imperialisten die Lieferung von strategisch wichtigen Erzen wie Chrom und von landwirtschaftlichen Produkten. Von 1933 bis 1938 steigerte das Deutsche Reich seinen Anteil an den türkischen Einfuhren von 24,3% auf 47,5%, an den türkischen Ausfuhren von 19,7% auf 44,1%. Dieses Außenhandelsmonopol erst einmal geschaffen, ließen sich bald weitere Geschäfte anbahnen. Deutsche Kapitalisten sicherten sich

den Markt für Eisenbahnmateriale, für Rüstungslieferungen, Maschinen usw., die Gutehoffnungshütte und die Philipp Holzmann AG – die bereits den Bau der Anatolischen Bahn durchgeführt hatte – erhielten 1939 den Auftrag zum Bau des Kriegshafens Gölcük – kreditfinanziert, versteht sich. 1940 meldete sich dann der Bagdadbahn-Experte Rohrbach wieder zu Wort:

„... wäre es anders als auf dem Wege des Verrechnungsverkehrs nicht möglich gewesen, den Handel zwischen Deutschland und dem Südosten so zu vergrößern, wie es seit 1933 geschehen ist. Dabei ist, vom Balkan und von der Türkei aus gesehen, entscheidend, daß die Vergrößerung des Handelsvolumens dieser Länder nicht auf eine gleichmäßige Zunahme ihres Umsatzes mit allen Staaten entfällt, ... sondern durchaus auf den Verkehr mit Deutschland. Dieser hebt sich aus allen übrigen Wirtschaftsbeziehungen des Südostens wie ein Berg in die Höhe ... Von feindlicher Seite wird dazu gesagt, Deutschland beabsichtige, den Südosten wirtschaftlich und politisch zu unterjochen.“

Zwei Jahre vorher hatte der „Türkei-Experte“ H. Gross dieses „ideale Ergänzungsverhältnis“ wie folgt beschrieben:

„Auf eine einfache Formel gebracht, könnte man sagen: Deutschland mit seiner hochentwickelten Wissenschaft und Technik sowie mit seinem Millionenheer qualifizierter Fachkräfte exportiert hochwertiges Sachkapital und Können, d.h. „Arbeit“, und importiert Produkte der Urproduktion, also sozusagen „Boden“, an dem wir als „Volk ohne Raum“ großen Mangel leiden. Genau umgekehrt stellt sich die Außenhandelsstruktur der südosteuropäischen Volkswirtschaften: als Rohstoffproduktionsländer haben sie Überfluß an Produkten der Urproduktion, d.h. sie exportieren „Boden“; da ihnen die industrielle Ausrüstung und die fachlichen Arbeitskräfte fehlen, importieren sie „Arbeit“.“

Daß sie im „Überfluß“ über „Boden“ und seine Produkte verfügen, dürfte den türkischen Arbeitern in den Bergwerken und den Bauern auf ihrem elenden Pachtboden mit seinen kargen Erträgen noch gar nicht aufgefallen sein. Dazu bedurfte es eines faschistischen Wirtschaftswissenschaftlers, der ihnen den tieferen harmonischen Sinn solcher kolonialer Ausplünderung erläuterte, während sie im Elend fast verreckten und der türkische Staat immer mehr in Abhängigkeit vom faschistischen Deutschland geriet.

1939 stellte Botschafter Franz von Papen in der Türkei fest, „daß die Frage nach der künftigen Gestaltung unserer Zusammenarbeit mit der Türkei nicht lediglich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden darf. Denn unsere wirtschaftliche Machtstellung in diesem Lande bedeutet ein so wichtiges, ja vielleicht das wichtigste Atout (Trumpf, d. Red.), das wir in den Händen halten, als daß wir darauf verzichten könnten, es für die Verfolgung der gesamtpolitischen Zielsetzung der Achsenmächte im Nahen Orient zu verwerten“, eine Zielsetzung, die sich mit der im ersten Weltkrieg deckte: Unterwerfung der Türkei, Eroberung der Ölquellen im Nahen Osten, Kontrolle der Landverbindung zwischen Europa, Afrika und Asien, Bedrohung bzw. Eroberung des Seewegs nach Indien und Bedrohung der Sowjetunion von Süden her.

Gleich als erstes unterbrach von Papen deshalb 1939 erst einmal die Lieferung deutscher Rüstungsgüter an die Türkei, obwohl diese die Lieferungen – über das „Clearing-Konto“ – bereits bezahlt hatte. Der Grund: die türkische Regierung hatte Kontakt mit den Westmächten aufgenommen. Trotzdem schloß die Türkei 1940 ein geheimes Abkommen mit Frankreich und Großbritannien, das diesen den Bezug allen türkischen Chroms bis 1943 sicherte. Aber schon 1941 gelang es dem Deutschen Reich, in einem neuen Wirtschaftsabkommen den Bezug von türkischem Chrom ab 1943 zu sichern. Zusätzlich zwang das Deutsche Reich 1942 der türkischen Regierung ein weiteres Kreditabkommen auf: die Türkei lieh 100 Mio. RM bei deutschen Banken, um damit deutsche Waffenlieferungen zu bezahlen – Waffenlieferungen, an denen die türkische Regierung interessiert war, weil mittlerweile deutsche Truppen direkt an ihren Grenzen standen und sie jederzeit mit einem Überfall rechnen mußten.

Tatsächlich waren zu diesem Zeitpunkt die deutschen militärischen Planungen für einen Überfall auf die Türkei zwecks „Ab-rundung“ des „Großwirtschaftsraums Europa“ bereits fertig. Nur durch die Mobilisierung von ständig einer Million Soldaten und durch die alsbaldigen ersten Niederlagen der Faschisten im Rußlandfeldzug und in Nordafrika konnte sich die Türkei vor diesem erneut zudringlich werdenden alten „Waffenbruder“ retten. Freilich um einen hohen Preis: Die Militärausgaben wuchsen von 1938 bis 1943 um 213%, die Inflation betrug 240% in dieser Zeit, große Teile der Bevölkerung hungerten, und die Türkei mußte mit den westlichen Imperialisten Getreidelieferungen vereinbaren und sich so bei diesen erneut verschulden.

Quellenhinweis: Zehra önder, Die türkische Außenpolitik im Zweiten Weltkrieg, München 1977; Paul Rohrbach, Balkan – Türkei, eine Schicksalszone Europas, Hamburg 1940; H. Gross, Die wirtschaftliche Bedeutung Südosteuropas für das Deutsche Reich, Berlin 1938; Osman Zeki Tor-gay, Der deutsch-türkische Handel, Hamburg 1939; Kurt Ziemke, Die neue Türkei, Politische Entwicklung 1914 – 1929, Berlin 1930; R. Nadolny, Mein Beitrag, Wiesbaden 1955.

„Blut und Ehre“

„Heil Hitler, mein Schatz“ Fernsehserie über Hitlerjugend

An insgesamt vier Abenden flimmert, von der ARD-Südwestfunk ausgestrahlt, jüngste deutsche Vergangenheit in die Wohnungen. Zwar mitten in der Ferienperiode, aber während einer Uhrzeit mit hohen Einschaltquoten. Die Serie, die durch die Originaleinblendungen von Hitlerauftritten als Dokumentarfilm verstanden werden will, handelt von Kindern und Jugendlichen einer Kleinstadt. Die Hauptrollen sind fünf Jugendliche und ihre Familien.

Die erste Familie

Vater Ernst Keller, Musiker, Klavier klassisch, arbeitslos, Mitglied der SPD, verteilt illegal Flugblätter, wird mit drei anderen verhaftet. Er wird nach sieben Monaten Arbeitslager entlassen. Ernst Keller tritt nach der Haft als Musiker in den Hitler-Arbeitsdienst ein und macht Karriere. Sohn Hartmut Keller, Schüler, wird gegen den anfänglichen Willen seines Vaters Mitglied beim Jungvolk. Tochter Renate Keller ist human und gegen die Nazis, geht äußerst widerwillig zum Arbeitsdienst. Daß sie dem Franz Blüm, Sohn eines jüdischen Händlers, weiter Klavierunterricht geben will, den ihr Vater auf Anraten des Ortsgruppenleiters abgebrochen hat, und daß sie dem SS-Mitglied Günter Mönkemann, der sie wohl erobern will, eine Abfuhr erteilt, vermittelt der Film als herausragende Tat der Tochter.

Die Mutter Keller entspricht so ziemlich allen üblen Klischees der Mutter. Sie kleistert und kittet so den lieben langen Tag.

Die zweite Familie

Dr. Mönkemann, Ortsgruppenleiter, dienstgeil. Seine Frau führend in der NS-Frauenschaft, Sohn Günter bei der SS, Sohn Hans Scharführer in der Jungenschaft und in der Schulklasse von Hartmut Keller.

Die dritte Familie

Robert Gruber, Arbeiter, arbeitslos, lebt von Gelegenheitsarbeiten und von Reparaturen aller Art. Sozialdemokrat und Freund von Ernst Keller und hat sich im Gegensatz zu diesem den Charakter nicht erkältet. Ist polterich und im Umgang mit dem Nazigesindel ungeschickt. Eben ein Arbeiter. Die Mutter lebt nicht mehr.

Familie Keller mit Sohn Hartmut spielt die Hauptrolle. Mit ihm führt Autor Helmut Kiesel die Jugend unter Hitler vor. Sicher waren sie das nicht, die Zehnjährigen des Jahres 1933, die alle, „außer Krüppel, Ausländer und Juden im Jungvolk“ waren, wie Kiesel durch Hartmut Keller sagen läßt. Die allesamt begeistert die „morschen Knochen“ zittern lassen. Rund um die Uhr sich als Pimpf im Dienst drillen und pausenlos Naziparolen stanzen. Den Führer im Blick, Großdeutschland auf den Lippen und das Arische unterm Hemd.

Nun, von rund 7,5 Millionen der 10- bis 18jährigen waren 1933 knapp ein Drittel HJ- oder BDM-Angehörige.

Die einfachen Leute, die mit dem Ehepaar und der Tochter Keller dargestellt werden sollen, reagieren nur. Sie haben keine Ziele und keinen Willen, weshalb sie geführt und geleitet werden müssen. Die Arbeiter sind vereinzelt, triebhaft. Sie sind nicht in der Lage, etwas durchzusetzen.

Und die Jugend? Randvoll mit dem Hingebungsbedürfnis an die, die ihnen gaben, was sie so sehr entbehrten: Autorität, Ordnung und Ziel. Vor allem aber Selbstbewußtsein. Ist sie für Hitler, ist sie geprägt durch Energie, Leidenschaft, Durchhaltewillen. Ausgenommen Linus, der Priester werden will, man erinnere sich, wie er ziellos herumstehend dargestellt wird. Oder Theo Gruber, der Arbeitersohn, der wie ein kindlicher, schwächlicher Mitläufer gezeigt wird. Verstärkt wird dieser reaktionäre Charakter des Films durch die ihm unterlegte Musik von Ernst Brandner, die von der Intonation von Naziliedern über Wagner-Posaunen bis zur romantischen Streichermusik in der Dämmerung reicht.

Eine Folge dieser Serie steht noch aus. Kann sein, daß gezeigt wird, wie die Hitlerjugend ihren Heldentod stirbt. Eines jeden-falls ist sicher: Arbeitsdienst ist dafür gut, daß man mal rauskommt, und das ist nicht mal ohne aktuellen Bezug.

Unternehmen: Verwertung des eingesetzten Kapitals

Unsere bisherigen Rechnungen prüften die These, daß die Kapitale in der Industrie nichts Einheitliches sind, sich nicht nur in ihrer Größe und in der Zahl der von ihnen ausgebeuteten Lohnarbeiter unterscheiden, sondern daß die Verwertungsbedingungen der Kapitale der verschiedenen Größenklassen sich qualitativ unterscheiden. Eine derartige Differenzierung unter den Kapitalen würde auch eine unterschiedliche gesellschaftliche Funktion der Kapitale, z.B. in Bezug auf die Bestimmung der Politik der Reaktion, nahelegen. Der grobe Begriff der Kapitalistenklasse könnte dann präzisiert werden, und es wäre z.B. empirisch faßbar, welche Teile der Kapitalistenklasse die Politik der Reaktion bestimmen.

Als Kennziffer für die Größe der Kapitale haben wir die Unternehmen, unterschieden nach Beschäftigtenzahlen, verwandt. Nun können zwar Unternehmen mit gleichen Beschäftigtenzahlen durchaus unterschiedlich große Kapitale repräsentieren, vor allem in verschiedenen Branchen mit unterschiedlicher organischer Zusammensetzung des Kapitals, aber im allgemeinen dürften die Beschäftigtenzahlen ein Gradmesser für die Größe der Kapitale sein. Zwar sind außerdem viele Unternehmen kapitalmäßig verflochten und sind deswegen nur beschränkt als selbständig wirtschaftende Einheiten zu fassen, dennoch dürfte zumindest die Mehrheit der in der Statistik erfaßten Unternehmen kapitalmäßig selbständig sein.

Zur Differenzierung der Unternehmen konnte bislang (s. Pol. Berichte 13 – 15/82) festgestellt werden:

1) Mit zunehmender Unternehmensgröße, etwa ab 1000 Beschäftigten, erhöht sich qualitativ die organische Zusammensetzung des Kapitals.

2) Mit zunehmender Unternehmensgröße steigen die Lohnkosten pro Beschäftigten, was u.a. darauf zurückzuführen ist, daß sich größere Belegschaften besser gegen die Kapitalisten wehren können. Die höheren Lohnkosten bedeuten aber keinesfalls, daß die Reproduktionsbedingungen der Lohnarbeiter in der großen Industrie relativ besser sind, sondern der dort stattfindende höhere Verschleiß der Arbeitskraft kann wahrscheinlich durch die höhere Bezahlung nicht annähernd ausgeglichen werden. Dafür spricht, daß die Arbeiter der großen Unternehmen unverhältnismäßig mehr konstantes Kapital (Material und Anlagen) verwerten müssen als in den mittleren Unternehmen.

3) Der höhere Einsatz von Maschinerie erlaubt den Kapitalisten in der Großindustrie eine erheblich gesteigerte Einsaugung lebendiger Arbeit. Nur so ist es zu erklären, daß der Kapitalertrag pro Beschäftigten in Unternehmen der Größenordnung von 1000 Beschäftigten aufwärts drastisch ansteigt, obwohl die Lohnkosten auch relativ höher sind. Ebenso steigt die Ausbeutungsrate (das Verhältnis des Ertrags zu den Lohnkosten) erheblich an. (Wenn hier vom Ertrag und nicht vom Mehrwert gesprochen wird, dann deswegen, weil die in der Kostenstrukturhebung der amtlichen Statistik eingehenden Daten der Unternehmen keinen Rückschluß auf die tatsächliche Höhe des Mehrwerts erlauben; dieses Problem ist aber zunächst zweitrangig, weil es in unseren Rechnungen nicht um die absolute Höhe der Größen, sondern um die relativen Unterschiede zwischen den Unternehmen geht.)

Es liegt die Vermutung nahe, daß bei Großunternehmen zwar der Ertrag pro Beschäftigten und die Ausbeutungsrate größer sind, aber der Ertrag bezogen auf das gesamte eingesetzte Kapital niedriger ist wegen des unverhältnismäßig größeren Einsatzes von konstantem Kapital. Wie die nebenstehenden Schaubilder zeigen, ist das nicht der Fall. Zwar fällt der Ertrag, bezogen nur auf die Sachanlagen, mit zunehmender Unternehmensgröße, um bei den Großunternehmen nur wenig anzusteigen. Aber bezogen auf das gesamte eingesetzte Kapital, also einschließlich der Kosten für Arbeitskraft und Materialien, ist die Ertragsrate der Großunternehmen deutlich höher als bei mittleren Unternehmen. Darin drückt sich einerseits die gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft und andererseits die Ökonomisierung der Lagerhaltung und des Materialeinsatzes in Großunternehmen aus.

Zu den Schaubildern

Die Daten für die *Investitionsgüterindustrie* sind gewonnen aus den nach jeweils sechs Größenklassen aufgeschlüsselten Daten von acht Unterabteilungen der Investitionsgüterindustrie: Stahl- und Leichtmetallbau und Schienenfahrzeugbau, Maschinenbau, Straßenfahrzeugbau, Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, Herstellung von Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen. Für Schiffbau und Luftfahrtindustrie sind in der Kostenstrukturhebung nur Gesamtdaten veröffentlicht (wegen Datenschutz). Die Erhebung erfaßt Unternehmen ab 20 Beschäftigte. Die Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten sind in einer Größenklasse zusammengefaßt. D.h., die besondere Lage kleiner Unternehmen kann anhand der Daten nicht dargestellt werden, außerdem sind keine präzisen Aussagen über die Großunternehmen zu treffen. Die den Schaubildern, die ja alle Verhältnisse darstellen, zugrunde liegenden Verteilungen der einzelnen Größen wurden mit einer Varianzannahme von 0,75 berechnet.

Die *Lohnkosten* pro Beschäftigten sind ermittelt aus dem in der Kostenstrukturhebung ausgewiesenen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit; darunter sind nicht nur Löhne und Gehälter sowie die von den Kapitalisten gezahlten gesetzlichen und freiwilligen Sozialleistungen erfaßt, sondern auch die erheblichen Bezüge der leitenden Angestellten und Unternehmensvorstände, die aus der Kapitalrevenue bezahlt werden und deren Bezüge nicht zum variablen Kapital v gerechnet werden können. Insofern sind die Lohnkosten pro Beschäftigten absolut sicher zu hoch angesetzt; hinzu kommt, daß die Kapitalisten unter den freiwilligen Sozialleistungen auch Kosten für Kantinen etc. verbuchen sowie die Rückstellungen für Betriebsrenten, die aber faktisch weiter als ihr Kapital fungieren.

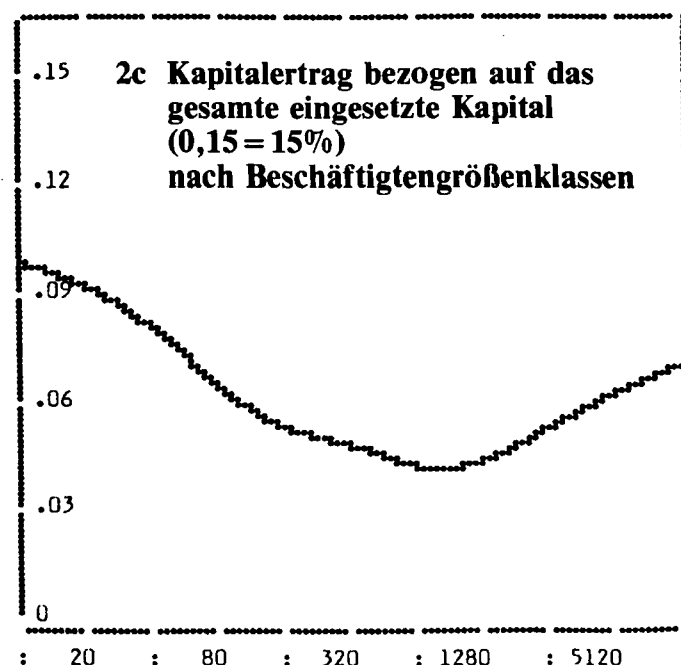
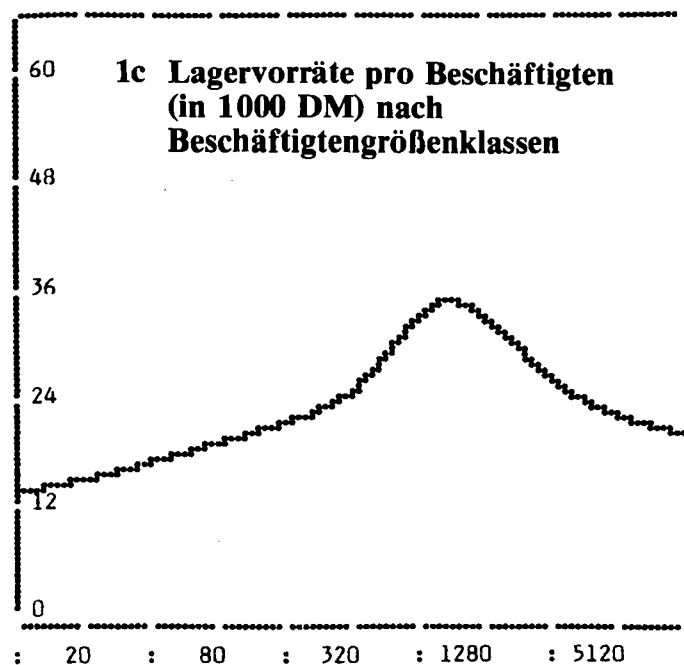
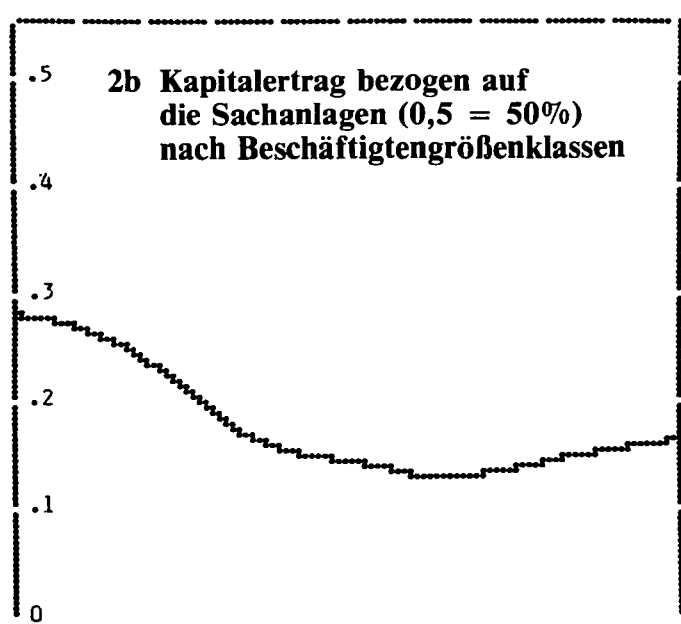
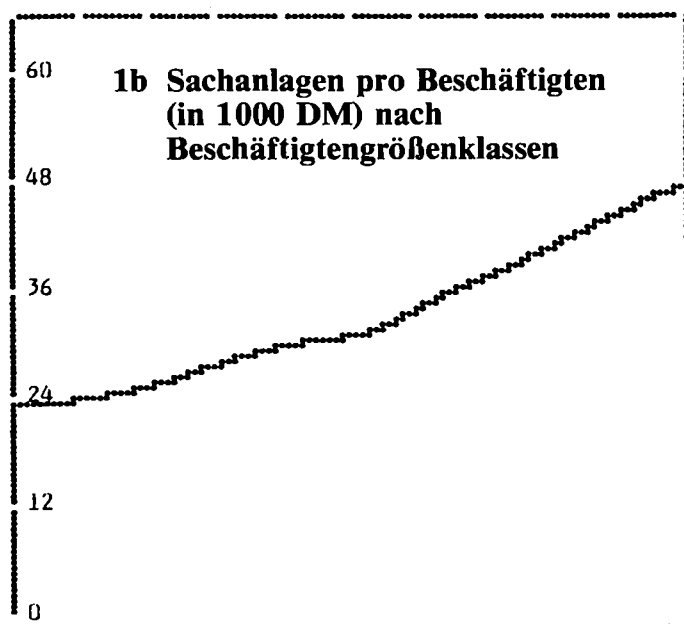
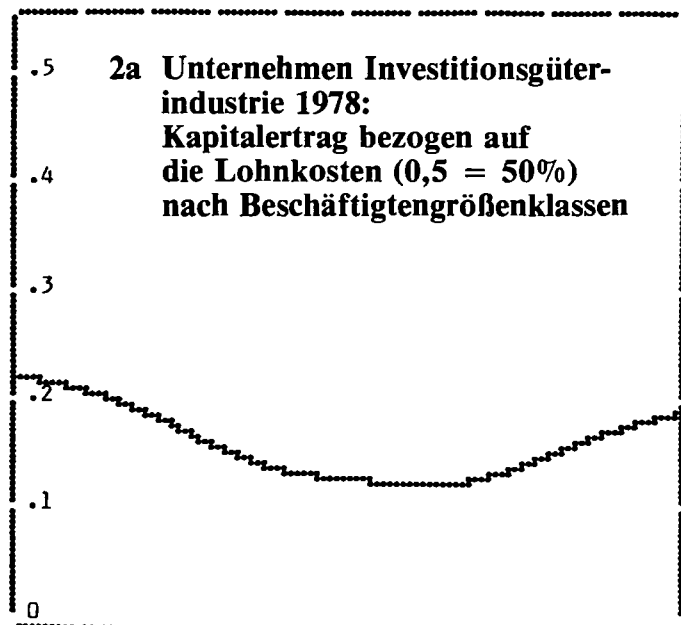
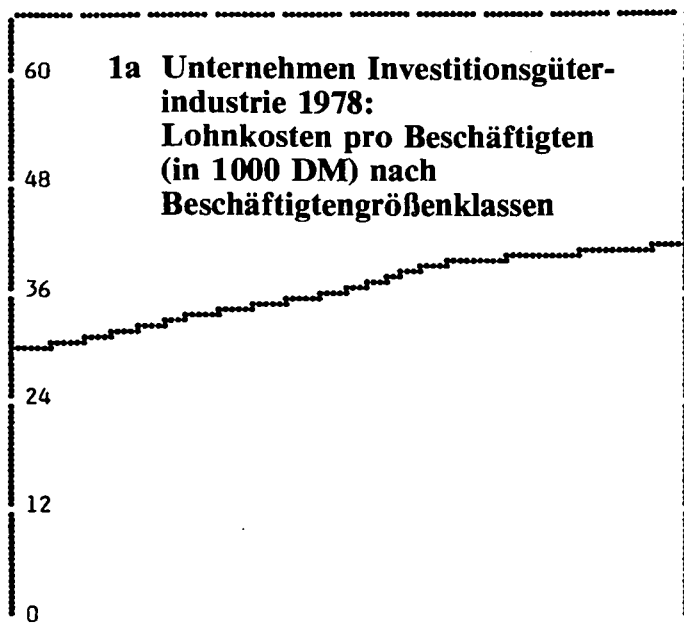
Die *Sachanlagen* nach Größenklassen sind in der amtlichen Statistik nicht erfaßt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlicht jährlich Daten über das Bruttoanlagevermögen nach Wirtschaftszweigen, darunter auch den Unterabteilungen der Investitionsgüterindustrie. Das Bruttoanlagevermögen umfaßt den gesamten Produktionsapparat (Gebäude, Maschinen, Fahrzeuge) ohne Lagerbestände. Die Zahlen werden jährlich fortgeschrieben mit den in dem Jahr erfolgten Bruttoanlageinvestitionen (noch nicht bereinigt um die Abschreibungen). Zieht man von dem am Stichtag der Vermögensrechnung vorhandenen Bruttoanlagevermögen die bis dahin aufgelaufenen Abschreibungen ab, so ergibt sich das Nettoanlagevermögen. Da sich das Bruttoanlagevermögen aus den Bruttoinvestitionen der einzelnen Jahre zusammensetzt, die Investitionen je nach Alter aber schon unterschiedlich weit abgeschrieben sind, werden in der Vermögensrechnung unterschiedliche Abschreibungsbeträge für jeden Jahrgang angesetzt. Außerdem differieren die Abschreibungssätze nach der Art der Anlagen: Maschinen verschleßen schneller als Gebäude.

Für unsere Verteilungsrechnungen mußte eine Annahme über das Anlagevermögen nach Größenklassen getroffen werden. Die für die Unterabteilungen der Investitionsgüterindustrie nur insgesamt ausgewiesenen Daten über das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen (von 1978) wurden entsprechend der Verteilung der Abschreibungen nach Größenklassen gewichtet und für die einzelnen Größenklassen berechnet. Dahinter steht die Annahme, daß die Höhe der Abschreibungen in den einzelnen Größenklassen zu den gesamten Abschreibungen z.B. des Maschinenbaus ungefähr dem Verhältnis der Sachanlagen in den Größenklassen zu den gesamten Sachanlagen entspricht. Die realen Verhältnisse können allerdings dadurch verzerrt sein, daß größere Unternehmen möglicherweise mehr von den Abschreibungsmöglichkeiten Gebrauch machen.

In der Unternehmensstatistik sind die *Lagervorräte*, aufgegliedert nach Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, nach Bestand an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und nach Handelsware (eingekaufte Stoffe und Waren, die ohne Bearbeitung weiterverkauft werden), erfaßt. Unseren Rechnungen wurden die Bestände zum Jahresende zugrunde gelegt.

Für die Kapitalisten stellen die Lagervorräte ebenso wie die noch nicht abgeschriebenen Anlagen einen Kapitalvorschuß dar. Die Profitrate wird berechnet auf das *gesamte eingesetzte Kapital*, also Sachanlagen (soweit noch nicht abgeschrieben) + Lagervorräte + Kosten für den Ankauf von Arbeitskraft.

Quellenhinweis: Stat. Bundesamt, Fachserie 4 (Produzierendes Gewerbe), Reihen 4.2.1 und 4.3.1; Rolf Kregel u.a.: Produktionsvolumen und Produktionsfaktoren des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Deutschen Institut f. Wirtschaftsforschung, Berlin 1981



Ostpolitik

CDU/CSU und Vertriebenenverbände mobilisieren „gen Osten“



Zwei Große Anfragen hat die CDU/CSU im Bundestag eingebracht: „Zur Lage der Deutschen in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße sowie in Mittel- und Osteuropa“ und zur Lage der „Heimatvertriebenen“. Daß die CDU/CSU wieder ohne öffentlichen Aufschrei ein Drittel des polnischen Staatsgebietes „Ostdeutschland“ nennen kann, ist neu. Die „Überwindung der Ordnung von Jalta“, vor Monaten wieder propagiert, gewinnt rasch Kontur.

Innere Sicherheit

Von Datenerfassung bis Grenzschutz Ausbau des Unterdrückungsapparats

Innenminister Baum sei zum „Unsicherheitsminister“ geworden, sagt die CDU/CSU. So durchsichtig der Zweck dieser Behauptung ist – noch weitergehende Maßnahmen zum Ausbau von Polizei-, Justiz- und sonstigem Bespitzelungs- und Unterdrückungsapparat sollen durchgesetzt werden –, so wenig ist sie wahr. Wenn Bestimmungen des Da-

tenschutzes den Behörden hinderlich sind, werden sie mißachtet oder beseitigt. Wenn es auf bestehender Rechtsgrundlage nicht möglich ist, Sympathisanten der RAF als Terroristen abzuurteilen, werden rasch die rechtlichen Grundlagen geschaffen. Wenn die Polizei „überfordert“ ist, wird ihre Bewaffnung verstärkt und ihre Zahl erhöht.



Baden-Württemberg

Alu-Konzern diktiert offene und heimliche Subventionen



Die Rheinfeldener Alu-Hütte verbraucht mehr Strom als die Stadt Stuttgart und zahlt dafür einen Preis unter den Herstellungskosten des Baden-Werks. Das vom Baden-Werk betriebenen KKW-Wyhl würde den Bedarf der Alu-Hütte decken. Jetzt will der Konzern trotz Finanzspritzen entlassen und droht mit Schließung, wenn nicht noch mehr Geld rein-

kommt. Die Folgen dieser Politik: Völlige Abhängigkeit der ganzen Region am Hochrhein von den wenigen dort angesiedelten Chemiekonzernen, Verödung und Vernichtung der Landschaft durch die hemmungslose Profitproduktion, hoher Verschleiß der Arbeiter infolge immer schärfer werdender Rationalisierung durch die Kapitalisten.

Israel

Vernichtung der PLO ein Schlag ins Wasser

Mit der Ankündigung, die PLO auszulöschen, hatte das Zionistenregime seinen Überfall auf den Libanon begonnen. Aber die PLO – fast ohne Unterstützung – konnte ihre Hauptkräfte bewahren, und die israelische Kriegsmaschinerie beißt sich an der Belagerung West-Beiruts die Zähne aus. In dem schon seit 1967 besetzten Westjordanland kann Israel die PLO und den palästinensischen Befreiungskampf nicht unterdrücken.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457